



Christian Ude:

Die Länder sind am Zug!

Wie der Präsident des Deutschen Städtetags erläuterte, sieht der Spitzenverband Handlungsbedarf u. a. bei Kinderbetreuung und Bahnreform. **Seite 3**



Roland Schwing:

Lebensqualität im Alter sichern

Auf Einladung des Miltenberger Landrats trafen sich Kommunalpolitiker, um über Altenhilfekonzepte für kleine Gemeinden zu diskutieren. **Seite 20**



Hans Schaidinger:

Sakralbauten sorgten für Besucherrekord

Als Hort des Denkmalschutzes bezeichnete Regensburgs OB seine Stadt bei der Zentralveranstaltung zum Tag des offenen Denkmals. **Seite 3**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 11. Oktober 2007

58. Jahrgang / Nummer 19



Nürnberg erwartet seine Gäste zur KOMMUNALE

Der Bayerische Gemeindetag hat gerufen und alle, alle kommen! Ausstellerrekord, Besucherrekord, Vortragsmarathon ... Zwei Tage volles Programm erwartet die Besucher am 11./12. Oktober auf der NürnbergMesse zur KOMMUNALE 2007. Neben der Jahrestagung des kommunalen Spitzenverbands bietet die größte süddeutsche Messe für Kommunalbedarf inzwischen nahezu alles an Informationen, an Know-how und technischen Innovationen für kommunale Entscheidungsträger, die inzwischen auch aus anderen Bundesländern und Österreich anreisen. Die Bayerische Gemeindezeitung präsentiert ihr Update 2007 der „Virtuellen Behörde“.

Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein:

Energiespar-Contracting bei staatlichen Gebäuden

Marktwirtschaftliches Instrument für den Klimaschutz

„Energiespar-Contracting trägt zur Reduzierung des Energieverbrauchs sowie des CO2-Ausstosses bei. Es ist somit ein marktwirtschaftliches Instrument für den Klimaschutz. Denn die Gewinner sind die Umwelt, die öffentliche Hand und der Contractor“, fasste Dr. Günther Beckstein noch in seiner Funktion als Innenminister in Nürnberg die Vorteile des Energiespar-Contractings bei staatlichen Gebäuden zusammen.

Beim Energiespar-Contracting realisiert der Vertragspartner (Contractor) nach sorgfältiger Analyse Energiesparmaßnahmen in den bestehenden Gebäuden. Der Contractor plant und finanziert die Maßnahmen, setzt diese um und ist während der meist zehnjährigen Vertragslaufzeit auch für Instandhaltung, Betriebsführung und Betriebsoptimierung verantwortlich.

Gebäudebetreiber entstehen deshalb in der Regel keine Kosten. Darüber hinaus wird die Anlagentechnik der Gebäude aufgewertet. Mit dem Abschluss eines Erfolgsgarantievertrags garantiert der Contractor sowohl die Höhe der jährlichen Energiekosteneinsparung als auch der Investitionen in die technischen Anlagen.

Beim Energiespar-Contracting werden das Innovationspotential, die Fachkunde und das Kapital privater Unternehmen in Be-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Das Büchergeld kommt vom Tisch

Schneider gibt dem Druck der Kommunen nach

Die Abschaffung des 2004 gesetzlich beschlossenen, ab 2005 erhobenen Büchergeldes an Bayerns öffentlichen Schulen ist auf dem Gesetzesweg im Landtag. Die CSU-Fraktion hatte die Streichung dieser Abgabe auf Initiative des neuen Ministerpräsidenten Dr. Günther Beckstein ab Schuljahr 2008/09 in ihrer Herbstklausur bejaht.

Auf Druck der kommunalen Spitzenverbände stimmte Kultusminister Siegfried Schneider zu, dass Städte, Landkreise und Gemeinden nach eigenem Ermessen auf das gerade fällige Schulgeld für das laufende Schuljahr verzichten können. Wer den Ausfall bezahlt, ist noch Gegenstand von Verhandlungen.

Im federführenden kulturpolitischen Ausschuss des Landtags zögerte die CSU, entsprechende Initiativen der Opposition aufzugreifen bzw. eigene Neuregelungsvorschläge zu machen. Man lasse sich nicht in Hektik drängen, erklärte Georg Eisenreich (CSU) als Mitberichterstat- ter unter Hinweis auf die haus-

haltmäßigen Schwierigkeiten für den Kultusminister. Die SPD (Fortsetzung auf Seite 2)



„Der Transrapid wird kommen“, jubeln Ministerpräsident a. D. Dr. Edmund Stoiber und der CSU-Parteivorsitzende Erwin Huber gemeinsam mit zahlreichen Verkehrsfachleuten. Die nunmehr unterzeichnete Realisierungsvereinbarung für den Bau der Münchner Strecke bedeute den Durchbruch weil sich die Systemindustrie bereit erklärte, die Magnetschwebebahn zu einem Festpreis zu bauen, so Huber. Münchens OB Christian Ude, die SPD und die Grünen sehen das anders. Sie werden sich mit aller Macht dagegen stemmen. Etwas seltsam wirkt das Stillhalten der Bahn bei diesem Thema. Es herrscht Grabesstille, wo sie doch eigentlich als künftige Betreiberin alles daran setzen müsste, das Projekt offensiv zu promoten.



Vorgänger und Nachfolger beim CSU-Parteitag: Das Duo Günter Beckstein und Erwin Huber gemeinsam mit Edmund Stoiber, dessen Ämter die langjährigen bayerischen Staatsminister nunmehr übernehmen.

CSU-Parteitag in München:

Neue Spitze, neues Programm

Chancen für alle / Starke Kommunen für ein starkes Land

Die Christlich-Soziale Union hat eine neue Führungsspitze: Wie erwartet, wurde Kommunalminister Dr. Günther Beckstein vom Münchner Parteitag mit 96,6 Prozent für das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten und als Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2008 nominiert. Neuer Parteivorsitzender ist Erwin Huber, der sich gegen Bundesagrminister Horst Seehofer und die Fürther Landrätin Dr. Gabriele Pauli durchsetzen konnte.

Bayerns Wirtschaftsminister bekam 58,2 Prozent der Stimmen. Der bisherige Parteichef und scheidende Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber wurde von den Delegierten einstimmig zum CSU-Ehrenvorsitzenden ernannt. Zudem gab sich die CSU nach 14 Jahren wieder ein neues Grundsatzprogramm mit dem Titel „Chancen für alle! In Freiheit und Verantwortung gemeinsam Zukunft gestalten“.

Leitbild dieses Programms, an dem sich über 33.000 CSU-Mitglieder auf Tagungen, in Internetforen und mit Fragebögen beteiligt haben, soll die „solidarische Leistungsgesellschaft“ sein,

in der die Eigenverantwortung der Bürger Vorrang hat.

Schwächere sollen sich aber auf die Solidarität der Gesellschaft verlassen können. Ferner wird das Festhalten am „Leitbild Ehe und Familie“ bekräftigt. Die Erziehungsleistung innerhalb der Familie müsse finanziell besser berücksichtigt werden. Die CSU setzt sich auch zum Ziel, „die Spaltung in Verlierer und Gewinner der Globalisierung durch eine gestaltende Politik zu überwinden“. Neu ist eine stärkere Betonung von Klima- und Umweltschutz.

Kommunen „Quellen des sozialen und kulturellen Lebens“

Bayerns Kommunen werden im Grundsatzprogramm als „Quellen des sozialen und kulturellen Lebens“ dargestellt. Die kommunale Gemeinschaft sei „Ursprung aller Politik“. Hier würden Selbstverantwortung, soziales Miteinander und demo-

kratische Transparenz der Entscheidungen gelebt und verwirklicht. Die CSU setze auf die politische Mitgestaltung der Bürger. Deshalb hätten Kommunal- und Regionalpolitik eine grundlegende Bedeutung für die Par-

(Fortsetzung auf Seite 4)



„Mitleid bekommt man geschenkt. Neid muss man sich verdienen“, lautet die humorvolle Erkenntnis des ehemaligen Quizmasters Robert Lembke. Daran wird sich der Bürgermeister aufrichten, hat doch sein Gegenkandidat bei der nächsten Wahl eine ziemlich perfide Geschichte in der Zeitung lanciert. **Seite 19**

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Öffentliche Verschwendung von Steuergeldern	2
Wohnraumerhalt wird Sache der Kommunen	2
GZ-Kolumne Hanns Dorfner: Abwälzungspolitik des Bundes wirksam bekämpfen	3
Kommunen müssen auf ihre Wohnungen achten	4
GZ-Fachthemen: Energieversorgung - Energiesparmaßnahmen	5 - 11
Abfall - Recycling	12
Kommunales Verkehrswesen	13
Kommunalfahrzeuge - Grünanlagen - Winterdienst	14 - 16
Aus den bayerischen Kommunen	17 - 20

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler in Bayern:

Öffentliche Verschwendung von Steuergeldern!

„Steigende Steuereinnahmen - immerhin rund 55 Milliarden Euro im Vergleich zum vergangenen Jahr - dürfen nicht zu unwirtschaftlichem und verschwenderischem Handeln verleiten“ so der Präsident des Bundes der Steuerzahler (BdSt) in Bayern e.V., Rolf Baron von Hohenhau bei der Vorstellung des dies-jährigen „Schwarzbuches“ seines Verbandes.

„Un glaubliche Versäumnisse bei der Planung“ und damit einhergehender Kostensteigerung öffentlicher Investitionen kritisierte der Baron ebenso wie „Luxus-Aufwendungen, Desorganisation und Bereicherung auf Kosten der Steuerzahler“.

Verschwender ihr übles Tun gar nicht so schlimm finden? Wenn es schon um Billionen geht wirken doch ein paar zig Millionen geradezu lächerlich.

Unendliche Geschichte in Bad Tölz

Vizepräsident Dr. Alfred Wöhl stellte die bayerischen Verschwender im Einzelnen vor. Die schlimmste Geschichte in Bayerns Kommunen rügte er schon zum zweiten Mal. Schuldig gemacht haben sich die Verantwortlichen im Landkreis Bad

Prüfungsverband, der bei der Prüfung der Vorgänge zu einem niederschmetternden Ergebnis gelangt sei. Augenscheinlich sah der Bayerische Kommunale Prüfungsverband gravierende Versäumnisse beim Kauf der Flintkaserne trotz Altlastenverdacht, bei der Investitionsentscheidung für die „Schnecke“ mit unzureichender Kosteninformation, in der gewagten, risikoreichen Bedarfs- und Vermarktungsplanung sowie im schwachem Projektmanagement.

Disziplinarverfahren

Ein gegen den Bund angestrebter Prozess war von vornherein von den Beteiligten als erfolglos eingestuft worden. Trotzdem wurde er geführt und schlug mit Gerichts- und Anwaltskosten von 410.000 Euro zu Buche.

Die für rund 17,2 Mio. Euro errichtete „Schnecke“ soll zudem einen aktuellen Immobilienerwert von gerade einmal 9,5 Mio. Euro haben. „Schönrechnerei machte auch vor dem Projektmanagement nicht halt. Unzureichende Information der zuständigen Gremien und mangelnde Vergabe- und Kostentransparenz sind weitere Kritikpunkte“, so Wöhl.

„Für die Steuerzahler bleibt zu hoffen, dass mit dem eingeleiteten Disziplinarverfahren endlich Licht in das Dunkel kommt und Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen werden; dürfen doch Schlendrian, Missmanagement und Inkompetenz nicht folgenlos bleiben“ hofft der Vizepräsident.

3,5 Milliarden Euro für Galileo

Heftig kritisiert wurde auch das satellitengestützte Navigationssystem Galileo der Europäischen Union. 3,5 Milliarden Euro sollen die Mehrkosten betragen, weil private Firmen aus dem Projekt ausgestiegen sind. Bisher habe das Vorhaben nach Auskunft der Bundesregierung schon 727 Millionen Euro verschlungen.

Angeprangert wurde im Schwarzbuch 2006 auch eine Fehlplanung der Bundesagentur für Arbeit (BA) bei der Einführung der Software „A2LL“ an. Damals bezifferte die BA den

durch Mehraufwand entstandenen Schaden auf 28 Millionen Euro. Der Regressanspruch war jedoch vertraglich auf 5 Millionen Euro begrenzt. Auf den restlichen 23 Millionen Euro bleiben die Steuerzahler sitzen und das einfach, weil die Verträge so mangelhaft ausgestaltet wurden.

Politourismus

Als überflüssigen Politourismus betrachten die Steuerwächter eine gemeinsame 7-tägige Informationsreise des Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten und des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz des Bayerischen Landtags. Die Kosten für diesen Brasilienausflug in Höhe von knapp 36.000,- Euro bewegen sich nach Auskunft des Präsidenten des Bayerischen Landtags innerhalb des beiden Ausschüssen pro Wahlperiode und Mitglied zustehenden Budgets von 4.345,98 Euro.

Schlechte Software

Wegen der Anschaffung einer Software zu Dienstplanung und Zeitmanagement für die Bayerische Polizei stieß das bayerische Innenministerium auf heftige Kritik. Nach zahlreichen Pannen und der Erkenntnis, dass das Programm für einen flächendeckenden Einsatz untauglich bleibt sowie bereits investierten rund zwei Mio. Euro beendete die Polizei das „Software-Trauerspiel“ und trat vom Vertrag zurück.

Bärendienst

Für Heiterkeit sorgte die Geschichte, dass das Umweltministerium für das finnische Spezialistenteam, das den Braunbären „JJ1“ alias „Bruno“, abschießen sollte, 32.500 Euro ausgegeben hat und eine Steuerungsgruppe „Wildtiermanagement/Große Beutegreifer“ einrichtete. Der eigens entwickelte Managementplan „Braunbären in Bayern - Stufe 1“, mit dem Ziel „in unserer heutigen Kulturlandschaft ein konfliktfreies Miteinander von Mensch und Bär“ zu ermöglichen, stieß auf Gelächter. „Sollte also ein Bär auftauchen“ erläuterte Wöhl, gibt es laut Managementplan eine abgestufte Bewertung, was zu tun ist: Von „Bär richtet sich bei Sichtung auf → ungefährlich“ über „Bär folgt Menschen in Sichtweite → kritisch“ bis hin zu „Bär hat einen Menschen getötet oder schwer verletzt → sehr gefährlich“. Mit den eigens geschaffenen zwei neuen Stellen für sog. „Bärenbeauftragte“ habe man der Sache wie auch den Steuerzahlern gleichermaßen einen Bärendienst erwiesen.

2.129.062.104,16 Euro Steuervorauszahlung

Die Schlampigkeit der bayerischen Finanzverwaltung, die einer Münchener Kioskbefitzerin einen Steuerbescheid in Höhe von 2.129.062.104,16 Euro für die Umsatzsteuervorauszahlung Oktober 2006 sandte, blieb ebenfalls nicht unerwähnt. Es könnte passieren, dass der Staat für die Steuerberater der verzeifelten Frau Honorarforderungen in mehrfacher Millionenhöhe berappen muss.

Aufmerksamkeit erregte auch die Danubia KOM GmbH der Stadtwerke Deggendorf und Plattling. Unternehmensziel war es, ein modernes zukunftsorientiertes Telekommunikationsnetz vorzuhalten. Nach gewaltigen Umsatzeinbußen zog man die Notbremse. Das operative Geschäft wurde eingestellt. Die Gesellschaft wurde letztlich liquidiert. Die Stadtwerke Deggendorf GmbH blieben mit rd. 1,5 Mio. Euro, die Stadtwerke Plattling mit rd. 650.000,- Euro hängen.

Ein riskanter Grundstückskauf

Wohnraumerhalt wird Sache der Kommunen

Schutz gegen Zweckentfremdung / Gesetz gilt fünf Jahre

Städte und Gemeinden mit den Problemen des Wohnungsmangels und der Zweckentfremdung von Wohnraum bekommen ab Juli 2008 einen landesgesetzlichen Rahmen, durch Satzungen das Gesamtwohnraumangebot zu erhalten, wenn es durch Neubauten oder andere Maßnahmen nicht gesichert werden kann. Bisher geschah dies nach Bundesrecht. In der Föderalismusreform wurde das Wohnrecht den Ländern übertragen.

„Wir wollen nur das Nötigste gesetzlich regeln“, betonte für die Staatsregierung der zuständige Sachgebietsleiter in der Obersten Baubehörde des bayerischen Innenministeriums im federführenden Kommunalausschuss des Landtags. Das Wohnrecht könne vor Ort am besten vollzogen werden, betonte Ministerialrat Wolf-Dietrich Schutz. Das neue Gesetz überlässt es den Gemeinden, welche Satzungen sie erlassen. Zur Prüfung einer Zweckentfremdung haben die Kommunen ein erzwingbares Betretungsrecht von Häusern und Wohnungen. Bei Verweigerung sind Geldbußen bis zu 50.000 Euro vorgesehen. Das Gesetz tritt Ende Juni 2013 wieder außer Kraft.

Diese und einige andere Bestimmungen erregten im Ausschuss das Misstrauen der Opposition, die dem Gesetz im Grundgedanken der CSU zustimmte. Mitberichterstatter Rainer Volkmann (SPD) fragte: „Warum überhaupt Gesetz, wenn es befristet ist?“ Einzelne Bestimmungen erschwerten zudem den Kommunen die Wohnraumvorsorge. Christine Kamm (Grüne) war ebenfalls für die Verlagerung des Wohnrechts auf die kommunale Ebene, aber nicht mit den im Gesetz vorgesehenen Einschränkungen und Unbestimmtheiten.

Zur Diskussion standen im Ausschuss u. a. die „überwiegende“ Zweckentfremdung von Wohnraum für gewerbliche oder berufliche Zwecke, durch bauliche Veränderung und mehr als drei Monate leer stand.

Berichterstatterin Angelika Schorer (CSU) hielt die Einwände für nicht stichhaltig. Sie stimmte mit dem Regierungsvertreter überein, die Überprüfung dieses bzw. jeden Gesetzes nach einer gewissen Frist sei richtig. Das rechtfertige den Schlusstermin 30. Juni 2013. Das Gesetz wurde mit kleinen von der CSU vorgeschlagenen Änderungen gegen die Stimmen der Opposition angenommen. rm

brachte die Gemeinde Taching a. See in bedrohliche Finanznot. Die Gemeinde erwarb eine 20.000 qm große landwirtschaftliche Fläche zum Preis von Bauland. Die Fläche konnte jedoch nicht als Bauland ausgewiesen werden, da sie sich überwiegend in einem Wasserschutzgebiet befand. Ein von der Gemeinde angestrebter Verwaltungsprozess brachte hinsichtlich der Bebaubarkeit keinen Erfolg aber weitere Kosten. Mit der Kaufpreiszahlung von 436.000,- Euro waren die Sorgen noch lange nicht erledigt, denn die Verkäuferseite beanspruchte auch Zinsen in Höhe von rd. 200.000,- Euro. Vor Gericht einigte man sich schließlich im Vergleichswege, dass mit einer Zahlung von 140.000,- Euro sämtliche Nebenkosten abgegolten sind.

„Im Interesse der steuerzahlenden Bürger“ hofft Wöhl, „dass künftig im Weidener Rathaus Rechtstreu herrscht statt Selbstherrlichkeit quasi nach Gutsherrenart“.

Kostensteigerung auf das Vierfache

Ein sanierungsbedürftiger Campingplatz der Stadt Landshut erregte ebenfalls Ärgernis: Anstatt der avisierten 210.000 Euro verschlang das Projekt letztlich wohl an die 782.000 Euro. Wöhl bemängelte, dass die gewaltige Kostensteigerung für den Stadtrat nicht sogleich erkennbar war weil die Sanierung und Erweiterung an die Landshuter Stadtwerke delegiert worden war. Diese wiederum haben die einzelnen Gewerke häppchenweise ohne vorherige Zustimmung des Stadtrats vergeben.

Klagemauer

Eine massive Rüge geht auch an die Stadt Bamberg. Hier baute die städtische Bauverwaltung selbstherrlich „am Stadtrat vorbei“ am Kunigundendamm eine 69 m lange, 4,70 m hohe und am Heinrichsdamm eine 84 m lange, 6 m hohe monströse Betonmauer für insgesamt knapp 500.000,- Euro. Die unsensible „Bau-Ästhetik“ führte zu einem „Aufschrei“ in der Bevölkerung. Deshalb wurden die Mauern später im Schnitt wieder um 1,35m abgesägt. Diese „Schönheitsoperation“ kostete weitere 140.000 Euro. Vom Vorhaben, die Mauerreste später zu versteigern, um einen Teil des verprassten Geldes wieder hereinzuholen, unterließ man. Beim Bund der Steuerzahler spricht man deshalb von einem Schildbürgerstreich. □

Nachmals Sonne tanken!

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen direkt im Internet unter www.1a-preisvergleichreisen.de

- ### Wir gratulieren
- ZUM 65. GEBURTSTAG**
Bürgermeister Karl-Heinz Bauernfeind
85435 Erding
am 19.10.
 - Bürgermeister Manfred Riedl
94130 Oberrzell
am 22.10.
 - ZUM 60. GEBURTSTAG**
Bürgermeister Günther Kob
96253 Untersiemau
am 17.10.
 - Bürgermeister Gerhard Preß
96472 Rödental
am 18.10.
 - Bürgermeister Georg Killemann
92507 Altdorf
am 21.10.
 - Bürgermeisterin Hertha-Brigitte Lang
82405 Wessobrunn
am 24.10.
 - Oberbürgermeister Christian Ude
80331 München
am 26.10.
 - ZUM 55. GEBURTSTAG**
Bürgermeister Paul Bauer
85408 Gammelsdorf
am 16.10.
 - Bürgermeister Silverius Bihler
86842 Türkheim
am 25.10.
 - ZUM 50. GEBURTSTAG**
Bürgermeister Michael Mangold
82442 Saulgrub
am 24.10.
 - Bürgermeister Jakob Eglseder
83624 Otterfing
am 26.10.
 - ZUM 40. GEBURTSTAG**
Bürgermeister Robert Moser
84558 Kirchweidach
am 26.10.
 - ZUM 35. GEBURTSTAG**
Bürgermeister Jochen Vogel
97786 Motten
am 24.10.

Tölz-Wolfratshausen. Der Begriff „Schuld“ lässt sich hier recht einfach verwenden, hat doch einer der Hauptverantwortlichen selbst schriftlich festgehalten, dass man „Steuergelder verblasen“ habe bei der Umdenklung der ehemaligen Flintkaserne in Bad Tölz in ein Behördenzentrum und der Erstellung eines futuristischen Neubaus auf dem gleichen Gelände, der sog. „Schnecke“, hat sich nach Auffassung des BdSt die gewaltige Kostenexplosion von 10,5 Mio. Euro auf 17,2 Mio. Euro erhöht.

Bestätigt sieht sich der BdSt in der Tölzer Endlos-Geschichte vom Bayerischen Kommunalen

Das Büchergeld ...

(Fortsetzung von Seite 1) hatte einen Gesetzentwurf zur Ersten Lesung eingebracht, die Grünen stellten einen Dringlichkeitsantrag, sofort auf das Büchergeld zu verzichten. SPD-Berichterstatter Hans-Ulrich Pfaffmann erachtete die Belastung der Eltern und Kommunen für stärker als die Finanzierungssorgen des Ministers und forderte, „weg mit dem Zeug“. Simone Tolle begründete den Dringlichkeitsantrag der Grünen damit, dass die Kommunen nicht bis zur Gesetzesänderung im Ungewissen gelassen werden dürften.

Regelung zu Gunsten der Kommunen

Die Oppositionsvorlagen wurden mit Hinweis auf die Verhandlungen des Ministers mit den kommunalen Spitzenverbänden zunächst abgelehnt. Diese sollen so rasch wie möglich, spätestens bis Jahresende, abgeschlossen werden. Die CSU-Fraktion, in der das Drängen der eigenen Kommunalpolitiker Resonanz gefunden hat, will das

Ergebnis der Spitzengespräche abwarten, ehe eine Interimslösung für heuer und die Gesetzesänderung ab kommendem Schuljahr beschlossen wird. Es geht um den Finanzausgleich. Der Sachaufwand öffentlicher Schulen wurde bisher im Verhältnis 2 : 1 von Staat und Kommunen getragen.

Die Opposition besteht auf gesetzlicher Regelung zu Gunsten der Kommunen. Es gehe nicht an, erklärte SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Maget, den Kommunen für den Ausfall des Büchergeldes die vollen Kosten aufzubürden. Nicht alle seien dazu in der Lage. Sie müssten über den Finanzausgleich vom Staat entschädigt werden.

In gleichem Sinne nahm die Grünen-Fraktionsvorsitzende Margarete Bause Stellung. Es sei Aufgabe der Staatsregierung, für klare Verhältnisse zu sorgen und nicht den Schwarzen Peter für ihr eigenes Versagen an die Kommunen weiterzugeben. Sie schätzte die zusätzlichen Kosten für den Staat heuer auf 15 Millionen Euro. rm

Tag des offenen Denkmals:

Sakralbauten sorgten für Besucherrekord

Bundesweite Eröffnung in Regensburg mit zahlreicher Prominenz

Mit einem Besucherrekord konnte heuer der bundesweite Tag des offenen Denkmals aufwarten. 5,5 Millionen Menschen nutzten nach Angaben der Deutschen Stiftung Denkmalschutz die Möglichkeit, rund 10.000 sakrale Gebäude an 3.300 Orten in ganz Deutschland zu besichtigen. Im Vorjahr hatten die Veranstalter 4,5 Millionen Besucher gezählt. In Bayern waren mehr als 80 Denkmäler geöffnet.

Das diesjährige Schwerpunktthema „Orte der Einkehr und des Gebets - Historische Sakralbauten“ bot wieder viele Möglichkeiten, historische Bauten und Bodendenkmäler unter neuen Gesichtspunkten zu präsentieren. Neben Kirchen, Klöstern

Das Ergebnis der langwierigen Rehabilitation, der sich die Stadt vor 50 Jahren unterzogen hat, sei nun sichtbar, so der Rathausschef. Das Regensburger Programm zum Tag des Offenen Denkmals sei außerdem wieder rekordverdächtig. Schaidinger freute sich

kus wieder stärker auf die alten Stadtkerne richten müsse. Die Einkaufszentren auf der grünen Wiese im „Speckgürtel“ der Städte dürften nicht bevorzugt werden. „Wir brauchen lebendige Städte, die sich durchsetzen“, erklärte Tiefensee. So könne das Gesicht der Städte authentisch erhalten bleiben.

Gemeinsame Identität

Kulturstatsminister Bernd Neumann lobte wie Tiefensee das Engagement der Bürger am Denkmaltag: „Sie helfen, das Bewusstsein für unser kulturelles Erbe zu stärken und die gemeinsame Identität zu fördern.“ Die Erhaltung der vielfältigen Kulturlandschaften in Deutschland sei von großer gesellschaftspolitischer Bedeutung.

Nach Angaben der Organisatoren gab es bei den Denkmaltagen, noch nie so viele Angebote. Der Aktionstag ist der deutsche Beitrag zu den internationalen „European Heritage Days“, die auf eine französische Initiative zurückgehen.



Mehr als ein Dutzend Gotteshäuser birgt Regensburg in seinem Stadtkern. Das bedeutendste und größte ist der Regensburger Dom.

und Synagogen, die heute oft nur noch zu Gottesdiensten zugänglich sind, wurden auch Kulturdenkmäler gezeigt, deren Bezug zum Thema etwas weiter gefasst ist: Wegekreuze, archäologische Ausgrabungen von Stätten mit kultisch-religiösem Hintergrund, Denkmäler entlang von Pilgerwegen, Spitälern, Schulen, Stifte, die auf kirchliche Gründer und Erbauer zurückgehen. Aber nicht nur Sakralbauten, auch alle anderen Denkmäler – vom alten Dampfschiff bis zur Jugendstilvilla – konnten den Denkmaltag bereichern.

Weltkulturerbe

Die zentrale Veranstaltung des Denkmaltages fand in diesem Jahr erstmals in Bayern statt. Die Regensburger Altstadt war vergangenes Jahr von der UNESCO zum Weltkulturerbe ernannt worden. Zum Aktionstag konnten die Besucher zwischen Führungen und Konzerten in mehr als 100 Bauwerken wählen. Das Angebot reichte vom Dom Sankt Peter, der zu den bedeutendsten gotischen Kathedralen östlich des Rheins zählt, bis hin zu den barocken Landkirchen der eingemeindeten Orte, von den Hauskapellen der mittelalterlichen Bürgerpaläste bis zu Sakralräumen des 20. Jahrhunderts.

Hort von Denkmalschutz und Denkmalpflege

Den Beginn der Arbeit, den Regensburg in den Tag des offenen Denkmals steckte, datierte Oberbürgermeister Hans Schaidinger bereits nach dem Zweiten Weltkrieg. „Die Stadt Regensburg versteht sich in der Tat als Hort von Denkmalschutz und Denkmalpflege. Sie ist in diese Rolle hineingewachsen, nachdem 1945 die Regensburger Altstadt plötzlich als einzige mittelalterliche Großstadt Deutschlands nahezu unversehrt dastand“, betonte Schaidinger. Die Altstadt sei in dieser Zeit ein denkmalpflegerisches Notstandsgebiet mit großen sozialen und hygienischen Problemen gewesen.

aber auch über die Teilnahme weiterer bayerischer Städte: München beispielsweise bot 46 Programmpunkte, die Welterbestadt Bamberg immerhin zehn.

Engagement der Bürger

Bundesbauminister Wolfgang Tiefensee wiederum hob die Bedeutung des Engagements der Bürger für den Erhalt historischer Bauten hervor. Besonders die kirchlichen Bauten müssten geschützt werden: „Wir sollten alles Erdenkliche tun, dass diese Zeichen offen sind.“ Regensburg sei als Stadt des Weltkulturerbes mit seinem reichen Bestand an historischen Sakralbauten für die Deutsche Stiftung Denkmalschutz die prädestinierte Gastgeberin.

Zudem forderte der Minister, dass sich der wirtschaftliche Fo-

Altstadtfreunde

Wie Bayerns Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel darstellte, sei der gesamte Freistaat stolz auf Regensburg. Die Stadt sei ein Schmuckstück und verdanke seinen Status auch dem Engagement der Bürgerschaft. 1966 gründeten sich in Regensburg die Altstadtfreunde, die mit ein Grund dafür seien, dass die Altstadt überlebte und sich noch heute in ihrer gewachsenen Struktur präsentiert, so Goppel.

Bayerns Generalkonservator Egon Johannes Greipl wies seinerseits darauf hin, dass Kirchengebäude „Identitätsträger von besonderer Bedeutung“ sind. Sie seien oft das letzte Zeugnis der Vergangenheit einer Ortschaft, nachdem andere hi-

Städtetagspräsident Christian Ude:

Die Länder sind am Zug!

Pressekonferenz zu Kinderbetreuung, Wohngeld- und Bahnreform

Die Städte rufen die Länder dazu auf, nach den Finanzzusagen des Bundes zum Ausbau der Kinderbetreuung nunmehr die noch fehlenden Milliarden bereitzustellen. „Nachdem der Bund bis 2013 vier Milliarden Euro zugesagt hat, sind jetzt die Länder am Zug. Durch den vorgesehenen Rechtsanspruch auf Betreuung für unter Dreijährige gehen die Länder die gesetzliche Verpflichtung ein, ihren Kommunen die zusätzlichen Kosten für diese Aufgabe auszugleichen“, hob der Präsident des Deutschen Städtetags, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, nach einer Präsidiumssitzung des kommunalen Spitzenverbandes hervor.

Dies sei Gegenstand der Konnexitätsregelungen in den Ländern, die die Übertragung von zusätzlichen kostenwirksamen Aufgaben auf die Kommunen verhindern sollen.

Die Aussage der Länder im Bund-Länder-Kompromiss zu ihrem eigenen Finanzierungsanteil nannte Ude „viel zu vage“. Dort heißt es lediglich: „Die Länder werden ebenfalls finanzielle Voraussetzungen dafür schaffen, dass die vereinbarten Ziele erreicht werden.“

Die Städte begrüßten ausdrücklich, dass sich Bund und Länder auf eine Bundesbeteiligung am Ausbau der Betreuungsangebote verständigt und dabei auch eine stärkere Aus-

richtung auf die Betriebskosten vorgenommen haben als ursprünglich geplant. „Es ist ein großer Fortschritt gegenüber früheren Jahren, dass der Bund für die Kinderbetreuung freiwillig eine stattliche Summe von vier Milliarden Euro bis zum Jahr 2013 zur Verfügung stellt und anschließend die Betriebskosten jährlich weiter fördert.“

Gute Arbeit

Hier hat die große Koalition gute Arbeit geleistet“, so Ude. Der Ausbau der Kinderbetreuung werde für die Familien in Deutschland ein großer Gewinn sein. Um ihn erfolgreich zu realisieren, müssten jetzt die noch

historische Bauten wie Bauernhöfe, Wirtshäuser oder Arbeitersiedlungen abgerissen wurden. Die kirchlichen Bauten machten allein im Freistaat rund 15 Prozent der insgesamt 120.000 Bau- denkmäler aus. **DK**

offenen Finanzfragen geklärt werden.

Kommunen brauchen acht Milliarden Euro

Der Städtetagspräsident bezifferte den nun notwendigen Länderanteil für den Ausbau über das bereits geltende Gesetz hinaus auf mindestens acht Milliarden Euro, wenn man die Rechnung des Bundes mit Gesamtausgaben von zwölf Milliarden Euro zugrunde lege. Allerdings müssten Bund und Länder zu realistischen Annahmen für die Kosten kommen. Die bisher verabredete Zielmarke einer Versorgung von 35 Prozent der unter Dreijährigen durch insgesamt 750.000 Plätze werde nicht ausreichen, um einen Rechtsanspruch zu erfüllen. Ude erinnerte daran, dass das Bundesfamilienministerium beim „Krippengipfel“ von Bund, Ländern und Kommunen im April die Platzzahl bei einem Rechtsanspruch mit einer Million beziffert hatte. „Die Kommunen nehmen ihre

GZ

Kolumne
Hanns Dorfner



Liebe Lesern

Die Kommunen sind ja schon Einiges gewohnt an finanziellen Zumutungen, die ihnen der Bund in den letzten Jahren gerade in der Sozialgesetzgebung aufgebürdet hat. Unter diese Kategorie ist leider auch das neueste Gesetzgebungsvorhaben im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung einzuordnen.

Ausgangspunkt ist das frühere Grundsicherungsgesetz, dessen Leistungen seit dem

Bundesrat auf den Weg gebrachter Gesetzesentwurf will diesem Missverhältnis entgegenwirken und eine 20 %ige Bundesbeteiligung an den Grundsicherungsausgaben anstelle eines Festbetrages sowie eine Verteilung der Bundesmittel auf die Länder nicht mehr nach Wohngeldausgaben, sondern nach den Grundsicherungsausgaben fest schreiben. Allerdings setzt diesem grundsätzlich begrüßenswerten Vorhaben nunmehr das Bundesministerium für Arbeit und Soziales einen Referentenentwurf entgegen, der eine deutlich geringere Bundesbeteiligung von lediglich 7,06 % vorsieht.

Dieser dramatischen Reduzierung der Bundesbeteiligung zu Lasten der Kommunen muss mit allen Mitteln begegnet werden. Während der Bund mit dem angestrebten geringen Beteiligungssatz gegenüber der früheren Festbetragsregelung schätzungsweise 180 bis 190 Mio. Euro Minderausgaben hätte, würde dies für die Länder und damit folglich auch für die Kommunen im Gegenzug einmal mehr zu einer enormen Zusatzbelastung führen. Dieser vom Bund erneut eingeschlagene einseitige Weg wiegt umso schwerer, als weder die Länder noch die Kommunen Auslöser der Mehrausgaben sind, sondern dies ausschließlich und alleine auf den Bundesgesetzgeber zurückfällt, der den Wegfall des Unterhaltsrückgriffs bei der Grundsicherung eingeführt hat.

Dass der Bund diese, wenn auch aus sozialpolitischer Sicht durchaus nachvollziehbare Regelung aber nunmehr auf dem Rücken der Kommunen austragen will, ist völlig inakzeptabel. Es sollte daher auf breiter Basis dem bereits vorgetragenen Protest zahlreicher bayerischer Landkreise bei unseren Parlamentariern gefolgt werden, damit im anstehenden Gesetzgebungsverfahren der vom Bundesrat beschlossene Gesetzesentwurf mit einer letztlich für den Bund kostenneutralen Bundesbeteiligung von 20 % zum Tragen kommt. Unter der Prämisse „Wehret den Anfängen“ müssen wir daher die derzeit noch bestehende parlamentarische Möglichkeit nutzen, will man einer weiteren einseitigen Abwälzungspolitik des Bundes noch rechtzeitig Einhalt gebieten.

Hanns Dorfner

Verantwortung für Kinderbetreuung in hohem Maße wahr. Weil es damals noch keine Schutzgesetze für die Kommunen gab, tragen sie den Löwenanteil der Kosten für einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für die Drei- bis Sechsjährigen“, erläuterte Ude. Außerdem leisteten sie finanziell Erhebliches für den bereits laufenden Ausbau der Kinderbetreuung für die unter Dreijährigen nach dem Tagesbetreuungs- ausbaugesetz.

Erhöhung des Wohngeldes

Im Zusammenhang mit den steigenden Wohnkosten forderte der Deutsche Städtetag Bund und Länder auf, dieser Entwicklung durch eine deutliche Erhöhung des Wohngeldes Rechnung zu tragen. Wie Vizepräsidentin Petra Roth betonte, müssten darüber hinaus die zahlreichen Geringverdiener, die derzeit Unterkunftsleistungen nach dem SGB II bzw. „Hartz IV“ beziehen, in Zukunft wieder Wohngeld erhalten.

„Die Zahl der Wohngeldbezieher ist seit Ende 2004 um zwei Drittel gesunken. Die meisten Geringverdiener beziehen inzwischen Unterkunftsleistungen nach dem SGB II, weil es hier nicht nur einen Wohnkostenzuschuss gibt, sondern Miet- und Heizkosten voll übernommen werden. Diese Entwicklung hat niemand erwartet und war vom Gesetzgeber nicht beabsichtigt“, so Roth. Das Sozialgesetzbuch II sei als Hilffssystem für Arbeitssuchende

gedacht, habe sich aber zunehmend zu einem Leistungssystem auch für Erwerbstätige entwickelt. Sozialpolitische wie systematische Gründe sprächen dafür, Haushalte mit Erwerbseinkommen aus dem SGB II zu holen und mit ausreichenden Wohngeldleistungen zu unterstützen.

Gestiegene Heizkosten

Trotz erheblich gestiegener Wohnkosten sei das Wohngeld seit 2001 nicht mehr erhöht worden. Am stärksten seien die Heizkosten in die Höhe geklettert – um 38 Prozent, erläuterte die Vizepräsidentin. Bund und Länder müssten handeln, damit das Wohngeld wieder angemessenes und familiengerechtes Wohnen für Haushalte mit niedrigen Einkommen absichern könne.

Regionalverkehr

Handlungsbedarf sieht der Deutsche Städtetag auch in punkto Regionalverkehr: Er befürchtet, dass durch die Pläne des Bundes zur Bahnprivatisierung ein Teil der Städte und Regionen vom Bahnnetz abgekoppelt wird und in Zukunft zu wenig finanzielle Förderung in den Regionalverkehr fließt. „Die Städte erwarten vom Bund im jetzt anstehenden Gesetzgebungsverfahren eine Korrektur seiner Pläne. Auch in Zukunft müssen alle Städte und Regionen ausreichend an das Schienennetz angebunden sein. Eine Teilprivatisierung (Fortsetzung auf Seite 4)

Kommunen müssen auf ihre Wohnungen achten

Fachtagung des Bayerischen Städtetags und des Verbands bayerischer Wohnungsunternehmen in Ingolstadt

Seit 1999 wurden in Deutschland 1,3 Mio. Mietwohnungen an Investoren verkauft, denen häufig an schneller Renditemaximierung liegt. Wohnungen werden dabei nicht mehr als langfristiges Anlagevermögen behandelt, sondern als kurzfristige Handelsware, die es mit Gewinn weiter zu veräußern gilt. Von diesem Paradigmenwechsel sind die Kommunen insbesondere im Rahmen der Stadtentwicklung betroffen. In einer gemeinsamen Fachtagung von Bayerischem Städtetag und dem Verband bayerischer Wohnungsunternehmen in Ingolstadt wurden Aspekte dieser Entwicklung beleuchtet.

Die bayerischen Kommunen dürfen nicht den Fehler machen, ihre Wohnungen leichtfertig zu verkaufen, so der Tenor der Tagung. Von 2004 bis 2006 veräußerten deutsche Städte und Gemeinden 400.000 Wohnungen, um auf diese Weise ihre Haushalte zu sanieren. Für den Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Regensburgs OB Hans Schaidinger, stellt dies eine bedenkliche Entwicklung dar, denn: „Wenn ich zehn Wohnungsbau-Gesellschaften anschreibe, weil

ich für einen Bürger, der auf dem normalen Markt keine Chance hat, etwas suche, bekomme ich neun Absagen.“ Die einzige Zusage komme von der städtischen Wohnungsbau-Gesellschaft.

Weniger Sozialwohnungen

Ohnehin werde sich die Situation noch verschärfen, prognostizierte Xaver Kroner, Direktor des Verbands bayerischer Wohnungsunternehmen: Bis 2011 werde die Zahl der Sozialwo-

nungen in Bayern um 70.000 sinken. Gerade deswegen sei es wichtig, dass die Kommunen Wohnungen behielten.

Gefahren wie im Silicon-Valley

Langfristig sei der Verkauf von Wohnungen ohnehin keine Lösung, betonte der Präsident des Deutschen Städtetags, Münchens OB Christian Ude. Schließlich seien die Fonds-Gesellschaften, die die Wohnungen kaufen, nur darauf erpicht, den schnellen Euro zu machen. Für die Kommunen ziehe dies Probleme nach sich. „Beispielsweise“, so Ude, „braucht niemand glauben, dass die Privaten mit einheimischen Handwerkern zusammenarbeiten“. Stattdessen setzen diese auf preislich optimierte Dienstleistungsun-

ternehmen. Auf diese Weise werde Lohndumping importiert. Darüber hinaus sieht Ude die Kommunen in Wachstumsregionen wie München und Ingolstadt in der Pflicht, günstige Wohnungen bereit zu halten. Andernfalls bestehe die Gefahr folgender Entwicklung im amerikanischen Silicon Valley: Dort sei der Dienstleistungssektor zusammengebrochen, weil sich Müllabfuhr-Fahrer und Pizza-Dienstboten keine Wohnungen leisten konnten.

Stadtentwicklung

Ude verwies zudem auf den Aspekt der Stadtentwicklung. Wenn hier große Projekte anstünden, könne eine Stadt immer besser mit ihrer eigenen Wohnungsbau-Gesellschaft zusammenarbeiten als mit Privaten. Schaidinger hieb in dieselbe Kerbe: „Unsere Gesellschaften werden auch in sozialen Brennpunkten aktiv, die private Investoren meiden.“ Und wer, außer kommunalen Wohnungsbau-Gesellschaften, investiere schon auf Brachflächen? fragte der Regensburger Rathauschef.

Sinkendes Rentenniveau

„Preiswerter Wohnraum ist in vielen Ballungszentren Mangelware. Hier entlasten die kommunalen Wohnungsunternehmen mit ihren günstigen Mieten die angespannten Wohnungsmärkte“, erklärte VdW-Verbandsdirektor Xaver Kroner. Laut Bayerischer Verfassung seien Wohnungswesen und Städtebau gemeindliche Aufgaben. „Ein Verkauf wäre rechtlich nur möglich, wenn kommunale Wohnungsunternehmen nicht mehr zur Erfüllung dieser Aufgaben benötigt werden“, so Kroner. Angesichts des sinkenden Rentenniveaus, einer steigenden Zahl von Haushalten, dem starken Rückgang von Sozialwohnungen und der seit Jahren wachsenden Lücke zwischen Wohnungsneubau und Neubaubedarf werde es in den meisten

dungen über staatliche Investitionen müssten die besonderen Stärken der ländlichen Räume, das vielfältige Bürgerengagement und das lebendige Gemeinschaftsleben in überschaubaren Einheiten berücksichtigt werden.

Mittelständische Strukturen

Die große ökonomische Stärke der ländlichen Räume seien die mittelständischen Strukturen. Deshalb will die CSU die Zusammenarbeit von Wissenschaft und mittelständischer Wirtschaft, die Förderung des Technologietransfers und die Beratungsangebote für die Weiterentwicklung der Betriebe stärken. Durch Konzepte der Vernetzung und die Entwicklung von Wertschöpfungsketten seien die regionalen Potenziale bestmöglich auszuschöpfen.

Überörtliche Zusammenarbeit

Fazit: „Die Kommunalpolitik der CSU steht für eine erfolgreiche lokale und regionale Entwicklung in Bayern. Für die Zukunft der ländlichen Räume will die CSU noch mehr auf überörtliche Zusammenarbeit setzen.“ Diese Vernetzung sei notwendig auch wegen des Zwangs zum möglichst rationalen Einsatz der knappen öffentlichen Mittel, wegen des sich verschärfenden Wettbewerbs der Standorte und wegen der demographischen Entwicklung. Eine besonders dringliche Aufgabe sieht die CSU in der interdisziplinären Zusammenarbeit über die Fachgrenzen hinweg in der Staatsverwaltung. Ziel sei letztlich „eine starke und soziale Heimat in allen Regionen Bayerns.“ DK

bayerischen Städten auch in Zukunft eine große Nachfrage nach günstigen Wohnungen geben - eine Nachfrage, die ohne kommunale Wohnungsunternehmen kaum zu befriedigen sei.

Satzungszweck Daseinsvorsorge

Ein Argument, das häufig für die Entbehrlichkeit der kommunalen Wohnungsunternehmen hervorgebracht wird, ist ihre angeblich mangelnde Rentabilität. „Hier werden Äpfel mit Birnen verglichen“, kritisierte der Verbandsdirektor. Dies werde bei einem Blick auf die Geschäftsmodelle von Immobilienhandels- und kommunalen Wohnungsunternehmen deutlich. Der Satzungszweck bei kommunalen Unternehmen sei Daseinsvorsorge im Wohnungswesen und Stadtentwicklung. Hauptziel sei die sozial möglichst stabile Wohnungsversorgung der Bevölkerung. Beim privaten Immobilienunternehmen gehe es um den Handel mit Immobilien und deren Bewirtschaftung. Im Mittelpunkt stünden möglichst hohe Renditen.

Innovative Projekte

„Die unterschiedlichen Unternehmensziele haben bei der Übernahme eines kommunalen Wohnungsunternehmens durch Investoren in der Regel negative Folgen“, betonte Kroner. Wegen der zu langen Kapitalbindung werde völlig auf Neubau verzichtet. Auch innovative Projekte wie experimenteller Wohnungsbau würden gestrichen. Da Leerstand bares Geld koste, würden die Wohnungen so schnell wie möglich belegt, häufig zu Lasten sozial stabiler Bewohnerstrukturen.

Energiespar-Contracting ...

(Fortsetzung von Seite 1) einzusetzender Klimawandel erfordern laut Beckstein eine noch stärkere Reduzierung des Energieverbrauchs. Über ein Drittel des heutigen Energieverbrauchs entfällt auf den Gebäudebereich. Der Freistaat Bayern hat bereits Mitte der 80er Jahre damit begonnen, den Energieverbrauch staatlicher Gebäude systematisch zu erfassen und auszuwerten. Seitdem werden die Anstrengungen zum Einsatz regenerativer Energieformen und effizienter Techniken laufend verstärkt. „Der Umgang des Staates mit seinen eigenen Gebäuden erfüllt eine wichtige Vorbildfunktion“, betonte Beckstein. So werden bei Umbaumaßnahmen und im Rahmen des Bauunterhalts laufend Maßnahmen zur Energieeinsparung durchgeführt. Innerhalb der letzten zehn Jahre wurde bei über 350 Gebäuden der Wärmeverbrauch um mehr als 15 Prozent gesenkt. Bei einer Auswahl von 38 Gebäuden mit dringendem energetischem Sanierungsbedarf konnte der Wärmeverbrauch um durchschnittlich 22 Prozent reduziert werden.

Erste Tranche

Die Hochbauverwaltung hat in einer ersten Tranche rund 100 staatliche Gebäude mit hohem Energieverbrauch in die Ausschreibung aufgenommen. Bei ursprünglichen Kosten für Wärme, Strom, Wasser und Abwasser von insgesamt 2,6 Millionen Euro pro Jahr wird eine jährliche Kosteneinsparung von einer Million Euro garantiert. Dies entspricht einer Einsparung von 40 Prozent. Die Contractor haben dabei über sieben Millionen Euro in die Anlagentechnik investiert.

Ein herausragendes Projekt davon ist die Justizvollzugsanstalt in Nürnberg. Hier garantiert der Contractor eine jährliche Kosteneinsparung bei Wärme, Strom, Wasser und Abwasser von rund 730.000 Euro. Dies entspricht einer Kostenminderung von 43 Prozent. „Alleine durch dieses Projekt kann der CO₂-Ausstoß um knapp 800 Tonnen jährlich reduziert werden. Um dies zu erreichen, investiert der Contractor nahezu 4,5 Millionen Euro in eine energiesparende Anlagentechnik. Im Ergebnis entsteht eine klassische Win-Win-Situation. Alle Beteiligten sind Gewinner“, stellt Beckstein heraus.

Wichtige Vorbildfunktion

Knapper werdende Ressourcen, steigende Energiepreise und

Kulturfonds Bayern:

Antragsfrist endet am 31.10.2007

Anträge auf Förderungen aus dem Kulturfonds Bayern müssen bis Ende Oktober eingereicht werden, wenn sie am Auswahlverfahren 2008 teilnehmen wollen. Der Fonds ist Bestandteil der „Offensive Zukunft Bayern“, mit der die Staatsregierung wichtige Impulse zur Verbesserung der kulturellen Infrastruktur geben will.

Aus dem Kulturfonds Bayern können kulturelle Investitionen und Projekte nichtstaatlicher Träger gefördert werden. Die Förderbereiche reichen von Theatern, Museen, der zeitgenössischen Kunst, der Musikpflege bis hin zur Laienmusik und der Heimatpflege. Für regelmäßig wiederkehrende Veranstaltungen beschränkt sich die Förderung auf eine Anschubfinanzierung. Die Vorhaben sollen grundsätzlich von überörtlicher Bedeutung sein. □

Die Vorteile des eigenen Wohnungsunternehmens für eine Kommune skizzierte Kroner folgendermaßen: Wohnungsneubau, auch von Sozialwohnungen, finde statt, das Unternehmen beteilige sich darüber hinaus an der Stadtentwicklung und könne für die Stadt vielseitige Aufgaben übernehmen. Bei schwierigen Bewohnerstrukturen werde mit Sozialmanagement gegengesteuert und günstigere Mieten würden das Gleichgewichtniveau senken. „Man kann zwar Problemlöser verkaufen, nicht aber die Probleme“, so der Verbandschef abschließend. DK

Neue Spitze, neues Programm ...

(Fortsetzung von Seite 1) „Mit unserer Kommunalpolitik wollen wir ein Höchstmaß an Bürgerorientierung, Partizipation und Integration ermöglichen und die Aktive Bürgergesellschaft fördern“, heißt es in dem Papier.

Verlässliche Einnahmen

Die CSU setzt sich zudem für verlässliche Einnahmequellen der kommunalen Ebene ein. Die Kommunen benötigen eine stabile Einnahmebasis, die ihre Eigenständigkeit sichert. Selbstbewusste und handlungsfähige Kommunen gebe es nur mit einer dauerhaft sicheren Finanzausstattung.

Seit jeher bildeten die Städte die Knotenpunkte der Kommunikation und der Kooperation. Sie seien Zentren des kulturellen und des wirtschaftlichen Austauschs. Die neuen Möglichkeiten einer vernetzten Entwicklung von Stadt und Land wolle die CSU fördern und ausbauen.

Teilhabe aller Generationen

Die Länder ...

(Fortsetzung von Seite 3) Sicherheit in jedem Stadtviertel sei ein Markenzeichen christlich-sozialer Politik. Durch eine präventive Sicherheitspolitik gerade auch in den Großstädten, wie zum Beispiel durch die Videoüberwachung von Brennpunkten und durch eine starke Präsenz der Polizei, wolle man Gewalt und Verbrechen verhindern. Für die CSU gelte es, den Schutz von Eigentum, Sicherheit und Freiheit aller Menschen auch in Zeiten der Globalisierung zu garantieren.

Die CSU arbeite für gute Straßen-, Schienen- und Flugverbindungen als Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand. Die gesamte Infrastruktur müsse so umweltschonend wie möglich weiterentwickelt werden. Insbesondere in den dicht besiedelten Räumen will die CSU für den Schutz der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen politische Anreize und Rahmenbedingungen schaffen.

Ude abschließend: „Aus Sicht der Städte ist es auch unverzichtbar, dass eine neutrale, von der Bahn AG unabhängige Instanz über die Nutzungsrechte am Schienennetz entscheidet. Nur so kann gewährleistet werden, dass kommunale Verkehrsunternehmen und andere Wettbewerber der Deutschen Bahn AG im Stadt- und Regionalverkehr bei Entscheidungen über den Zugang zum Schienennetz den gleichen Status erhalten.“ DK

Auf die demographische Entwicklung werde die Christlich-Soziale Union in Stadtpolitik und Städtebauförderung neue Antworten geben. Mit ihrer Kommunalpolitik will die CSU die Teilhabe aller Generationen am öffentlichen Leben ermöglichen und den Bedürfnissen der Älteren und der Jüngeren gleichermaßen gerecht werden. Ziel ist es, das Zusammenleben der Generationen zu fördern und neue soziale Netze wie zum Beispiel in Mehrgenerationenhäusern zu unterstützen. Besondere Bedeutung hätten Familien unterstützende Angebote in allen Kommunen, „wie zum Beispiel Einrichtungen und bürgerschaftliche Netzwerke für die Kinderbetreuung“.

Zukunft der Heimat

Für die Zukunft der Heimat stelle die Integration der Migranten eine große Herausforderung dar, heißt es in dem Programm. Integration sei allerdings nur mit wechselseitiger Bereitschaft und Anstrengung möglich. Landes- und Bundespolitik müssten die Kommunen bei ihren wichtigen Leistungen für die Integration unterstützen.

Sicherheit in jedem Stadtviertel sei ein Markenzeichen christlich-sozialer Politik. Durch eine präventive Sicherheitspolitik gerade auch in den Großstädten, wie zum Beispiel durch die Videoüberwachung von Brennpunkten und durch eine starke Präsenz der Polizei, wolle man Gewalt und Verbrechen verhindern. Für die CSU gelte es, den Schutz von Eigentum, Sicherheit und Freiheit aller Menschen auch in Zeiten der Globalisierung zu garantieren.

Die CSU arbeite für gute Straßen-, Schienen- und Flugverbindungen als Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand. Die gesamte Infrastruktur müsse so umweltschonend wie möglich weiterentwickelt werden. Insbesondere in den dicht besiedelten Räumen will die CSU für den Schutz der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen politische Anreize und Rahmenbedingungen schaffen.

Kommunale Daseinsvorsorge

Die kommunale Daseinsvorsorge habe in Bayern Vorrang. Deshalb wendet sich die CSU gegen Forderungen der Europäischen Union, auch die

Angebote der Daseinsvorsorge ausschließlich nach marktwirtschaftlichen Prinzipien zu regeln. Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung gehörten zu den Kernbereichen der kommunalen Daseinsvorsorge. Die CSU setzt sich dafür ein, „dass alle Kommunen weiter in eigener Verantwortung diese Aufgaben gestalten und eigenverantwortlich entscheiden, in wieweit sie Dritte mit dieser Aufgabenstellung betrauen“. Die Partei sieht die Kommunen auch weiterhin für Kultur, Sport und Freizeitgestaltung zuständig.

Verantwortung der öffentlichen Hand

Die CSU steht zur Verantwortung der öffentlichen Hand für eine gute Infrastruktur. Dazu will sie auch die Möglichkeiten von Partnerschaften zwischen öffentlicher Hand und privaten Anbietern zum Vorteil der Menschen nutzen. Im Schulwesen müsse die Chancengerechtigkeit der Kinder im Mittelpunkt aller strukturellen Entscheidungen stehen. Gestaltet werden soll ein flächendeckendes und möglichst wohnortnahes Netz der verschiedenen schulischen Bildungswege. Zudem soll der bedarfsorientierte Ausbau von Ganztagschulen vorangebracht werden. Neben der gebundenen Form der Ganztagschule mit rhythmisiertem Unterricht am Vormittag und Nachmittag sollen auch offene Ganztagsangebote, bei denen die Betreuung am Nachmittag in Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern wie Elterninitiativen, Kirchen, Sportvereinen oder Musikschulen stattfindet, gefördert werden. Schulen und Kommunen benötigten dafür entsprechende Gestaltungsmöglichkeiten.

Schwerpunkt ländlicher Raum

In den ländlichen Räumen sollen unverzichtbare Einrichtungen wie Kinderbetreuungseinrichtungen, kulturelle Angebote, eine qualifizierte ambulante und stationäre medizinische Versorgung, barrierefreies Wohnen und die Unterstützung häuslicher Pflege möglichst flächendeckend erhalten werden. Damit die ländlichen Räume Zukunft haben, legt die Christlich-Soziale Union einen weiteren politischen Schwerpunkt auf die Verkehrsinfrastruktur und das Angebot der modernen Informationstechnologien. Bei den Entschei-

Zukunftsweisendes Biogasprojekt:

Strom und Wärme für Bad Bocklet

E.ON Bayern und Maschinenring investieren 3 Mio. Euro

In nur acht Monaten Bauzeit ist in Bad Bocklet ein zukunftsweisendes Biogasprojekt mit einer Investitionssumme von rund drei Millionen Euro verwirklicht worden. Die Maschinenring Energie Bad Bocklet GmbH & Co KG hat eine Biogasanlage gebaut und wird diese auch betreiben. Bauherr und Betreiber des Biogas-Blockheizkraftwerks und des Wärmenetzes ist E.ON Bayern. Im Rahmen einer Festveranstaltung übergaben Finanzstaatssekretär Franz Meyer, Dr. Stefan Vogg, Mitglied des Vorstands der E.ON Bayern AG, und die Geschäftsführer der Maschinenring Energie GmbH & Co KG, Rudolf Weber und Werner Link, die Anlage ihrer Bestimmung.

In der Biogasanlage werden ausschließlich pflanzliche Stoffe zu Biogas verarbeitet, aus dem im Blockheizkraftwerk gleichzeitig umweltfreundlich Wärme und Strom gewonnen wird. Rund 12.000 Tonnen an nachwachsenden Rohstoffen werden pro Jahr benötigt, um ca. 4.700 Megawattstunden Strom zu erzeugen, die in das Netz von E.ON Bayern eingespeist werden. Damit kann rund ein Drittel des gesamten Jahresstrombedarfs der Haushalte und Gewerbebetriebe in Bad Bocklet aus regenerativer Energie gedeckt werden.

Gleichzeitig werden rund 3.200 Megawattstunden Wärme für die Beheizung der Kuranlagen Bad Bocklet, von Hotels, einer Apotheke und eines privaten Wohnhauses produziert. Da bei der Verbrennung von Biogas nur die Kohlendioxidmenge freigesetzt wird, die durch das Wachstum der Pflanzen der Atmosphäre vorher entzogen wurden, erfolgt die Energieerzeugung CO₂-neutral. Der Hauptteil der Wärme wird aus Biogas erzeugt. Zum Decken von Spitzen und für den Reservefall steht ein Heizkessel zur Verfügung, der sowohl mit Erdgas als auch mit Biogas betrieben werden kann. Der Dampferzeuger für die Moorbäder läuft mit Erdgas.

Zweite Anlage in Unterfranken

Dies ist nach Fuchsstadt die zweite Anlage, die in Unterfranken im Rahmen der Biogasoffensive von E.ON Bayern in Betrieb geht. „Wir investieren bis Ende 2007 zehn Millionen Euro in den Neubau von Biogasanlagen und die Modernisierung bestehender Blockheizkraftwerke zur Nutzung von Biogas. Dann verfügen wir über eine elektrische Kraftwerksleistung von vier Megawatt und eine Wärmeleistung von knapp fünf Megawatt auf Biogasbasis“, erklärte Stefan Vogg.

Angesichts des hohen Entwicklungsstands handle es sich dabei um eine sehr ökonomische Form regenerativer Energieerzeugung. „Wir erwarten für Bayern von der Biogasnutzung eine spürbare Substitution von Erdgas und damit eine deutliche Reduzierung der Importabhängigkeit“, begründete der Vorstand das Engagement. Laut einer Studie des Bundesverbandes der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft liegt das bayerische Biogaspotenzial im Jahr 2030 bei einem Volumen, das rund 16 Prozent des heutigen Erdgasverbrauchs in Bayern entspricht. Dieses Potenzial gelte es zu nutzen.

„Noch spannender wird es, wenn Ende dieses Jahres das aufbereitete Biogas in die vorhandenen Erdgasnetze eingespeist werden kann. Mit diesem Quantensprung sind wir bei der Biogasnutzung nicht mehr an die Wärmenutzung neben der Anlage gebunden, sondern können Gas einspeisen und dort nutzen, wo es mit dem besten Wirkungsgrad eingesetzt werden kann“, betonte Vogg. „Und für die Standortkommunen sind unsere Investitionen so etwas Ähnliches wie kleine Konjunkturprogramme“, ergänzte der Vorstand. Auch in der Region Bad Bocklet habe man der Wirtschaft mit

dem Projekt Impulse gegeben.

„Die Bayerische Staatsregierung begleitet den Strukturwandel der Wirtschaft und stößt dabei Neues an und fördert Innovationen. Auch im Staatsbad Bad Bocklet wurden seit Abschluss des Konsortialvertrages zwischen Marktgemeinde, Caritas und dem Freistaat Bayern vor

sieben Jahren umfangreiche Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen in den Kurbauwerken und -anlagen mit einem Gesamtkostenaufwand von rund 5,5 Millionen Euro durchgeführt“, hob Finanzstaatssekretär Franz Meyer hervor.

Beitrag zum Klimaschutz

Das Vertragsverhältnis mit der E.ON Bayern AG und dem Maschinenring Energie Bad Bocklet GmbH & Co. KG zur Errichtung und dem Betrieb der Biogasanlage erfüllt nach Meyers Worten wichtige Zielsetzungen des Freistaats Bayern. Damit sei ein weiterer Schritt der Teilprivatisierung des Staatsbades erreicht

worden. Gleichzeitig habe die Wirtschaftlichkeit des Staatsbetriebes weiter verbessert werden können. Nicht zuletzt sei ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz und zur Erhaltung der Lebensgrundlagen kommender Generationen verwirklicht worden.

Die moderne umweltfreundliche Biogasanlage sei für einen Kurort mit guter Luftqualität äußerst wichtig, stellte der Staatssekretär fest. Darüber hinaus trage die Anlage auch noch zur Existenzsicherung von landwirtschaftlichen Betrieben und zum Erhalt von Arbeitsplätzen bei.

Meyer dankte in diesem Zusammenhang der Marktgemeinde Bad Bocklet, dass sie als alleiniger Gesellschafter des operativen Kurgeschäfts seit 2001 mit soviel Engagement der örtlichen Verantwortung für die gesundheitstouristische Infrastruktur gerecht werde. Bei Fortführung der bewährten guten Zusammenarbeit mit der Staatsbad GmbH,



Von links: Evang. Ortsgeistlicher Jürgen Metschl, Werner Link und Rudolf Weber, Maschinenring Energie GmbH, Dr. Stefan Vogg, E.ON Bayern, Finanzstaatssekretär Franz Meyer, Bürgermeister Wolfgang Back und kath. Ortsgeistlicher Siegfried Bauer. Foto: E.ON Bayern

den Caritas Einrichtungen gGmbH und dem sehr aktiven Kur- und Fremdenverkehrsverein über das Jahr 2010 hinaus könne sich das Staatsbad Bad

Bocklet auch weiterhin im immer größer werdenden Gesundheits- und Wellnessmarkt behaupten, zeigte sich Meyer zuversichtlich. DK

„Papa spart jetzt 150 Euro beim Strom – mach' das mal nach!“



Senken Sie Ihre Stromkosten mit dem EnergieSpar-Paket von E.ON Bayern um 150 Euro.*

Das alles ist drin:

- kostenloser individueller EnergieSpar-Check
- EnergieSpar-Tipps, mit denen Sie 150 Euro* sparen
- hilfreiche Checklisten zum Beispiel zum Kauf von neuen Haushaltsgeräten

Auf der EnergieSpar-Tour in Ihrer Nähe oder im Internet:

www.eon-bayern.com/energiesparen

Mit Sicherheit faire Preise

e-on | Bayern

*Einsparpotenzial bei einem 4-Personenhaushalt.

Halbjahreszahlen der Schmack Biogas AG:

Umsatz und Ertrag auf erwartetem Niveau

Schwandorf - Die Schmack Biogas AG hat im ersten Halbjahr des laufenden Geschäftsjahres den Umsatz um rund 97 % auf 55,8 Mio. Euro steigern können. Dabei resultiert diese Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahreszeitraum insbesondere aus verstärkten Aktivitäten mit Energieversorgungsunternehmen. Weiterhin werden deutlich über 90 % der Erlöse mit der Projektierung und Errichtung von Anlagen erwirtschaftet.

Auf der Ertragsseite zeigt Schmack Biogas das auf Basis der vorläufigen Zahlen erwartete Bild: So beläuft sich das Betriebsergebnis (EBIT) nach den ersten sechs Monaten auf -10,7 Mio. Euro gegenüber -1,3 Mio. Euro im Vorjahreszeitraum. Grund für diese Entwicklung war vor allem die unerwartet schwache Nachfrage aus dem landwirtschaftlichen Sektor sowie neue Großprojekte, die zwar die Umsatzaufträge teilweise kompensieren und zukunftsweisend hinsichtlich Größe und Technologie sind, aber noch unterdurchschnittliche Margen aufweisen.

Komplexe Großanlagen

Ulrich Schmack, Gründer und Vorstandssprecher: „Aufgrund des starken Anstiegs der landwirtschaftlichen Rohstoffpreise konnten sicher geglaubte Projekte mit Landwirten nicht realisiert werden. Darüber hinaus arbeiten wir an technologisch anspruchsvollen Entwicklungen und errichten komplexe Großanlagen der nächsten Generation für Energieversorger. In diesem Bereich durchlaufen wir aktuell eine wichtige aber kostenintensive Erfahrungskurve. Wir arbeiten mit Nachdruck daran, auch diesen neuen

Anlagentyp zu standardisieren und so die Margen in diesem Kundensegment zu steigern.“

Zweites Halbjahr mit positiver Prognose

Im zweiten Halbjahr 2007 rechnet Schmack Biogas mit einem positiven Geschäftsverlauf. Dies betrifft die Umsatz- aber auch vor allem die Ertragsseite. Dabei werden Projekte mit Energieversorgern wesentliche Umsätze beitragen und damit einen Teil der ausfallenden Projekte aus dem landwirtschaftlichen Sektor kompensieren. Das Unternehmen rechnet für das Gesamtjahr mit einem Umsatz von 140 Mio. Euro bis 150 Mio. Euro und damit einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von bis zu 65 %.

Intakte Perspektiven

Dazu Ulrich Schmack: „Unser Ziel für das zweite Halbjahr 2007 ist, ein positives Ergebnis zu erzielen. Es wird sich sukzessive auszahlen, dass wir uns bereits seit dem Börsengang 2006 auf die Zielgruppe der Energieversorger konzentriert haben. Die Zukunftsperspektiven für den Biogas-Markt sind intakt - national wie international.“



Von links: Herbert Schneider (Kundenmanager N-ERGIE) und Rudolf Böhmeler (Vertriebsleiter impleaPlus) mit Ralf Woy (Vizepräsident 1. FC Nürnberg) vor der neuen Heizanlage am Sportpark Valznerweiher. Foto: N-ERGIE

1. FC Nürnberg und N-ERGIE Tochter impleaPlus:

Wärme-Contracting über 15 Jahre

Neueste Technik spart jährlich rund 340 Tonnen CO₂

Nach dem Pokalsieg setzt der 1. FC Nürnberg auch in Sachen Umweltschutz Zeichen und geht neue Wege. Die impleaPlus GmbH, ein Tochterunternehmen der N-ERGIE Aktiengesellschaft, liefert für die nächsten 15 Jahre auf das Clubgelände Wärme zur Raumbeheizung und Warmwasseraufbereitung. Die Club-Geschäftsführung hat sich für das 15-jährige Wärme-Contracting entschieden, nachdem das technische Ende der bestehenden Anlage erreicht wurde.

Das Konzept der impleaPlus GmbH beinhaltet Punkte, die für die Vereinsführung des 1. FCN von großer Bedeutung waren:

- Senkung der jährlichen Energiekosten
- Schonen der Umwelt ohne vereinseigene Investitionen und unternehmerisches Risiko.

Das Wärme-Contracting der impleaPlus GmbH mit dem 1.

FCN umfasst folgende Punkte:

- Planung, Projektierung der Neuanlage und Demontage der Altanlage
- Anlagenoptimierung über die gesamte Vertragslaufzeit
- Betrieb, Wartung und Instandhaltung
- 24-Stunden-Entstörungsdienst
- Fernüberwachung der Anlage
- Finanzierung der Anlage.

Innerhalb von drei Wochen wurde eine neue Heizanlage mit einem Anschlusswert von 920 Kilowatt (kW) eingebaut. Auf dem Vereinsgelände des 1. FCN am Valznerweiher werden mit Geschäftsstelle, Umkleideräumen, Turnhalle, Fitness- und Wellnessbereich, Reha-Zentrum sowie Fan-Shop Räumlichkeiten mit einer Grundfläche von insgesamt rund 4.700 Quadratmeter beheizt. Auch das 50 Meter lange Schwimmbecken des 1. FCN-Schwimmen e.V. ist an die Heizanlage mit angeschlossen.

Modernste Regel- und Steuerungstechnik sowie drei 1.000 Liter Warmwasserspeicher sorgen für genügend warmes Wasser und wohltemperierte Räume zu jeder Stunde. Die neue Niedertemperatur-Technologie ermöglicht in den nächsten 15 Jahren eine Einsparung von über 5.200 Tonnen Kohlendioxid, was einen aktiven Umweltschutz darstellt.

impleaPlus setzt 256 Photovoltaik-Module auf wbg-Dächer

Sonne versorgt zwölf-Drei-Personen-Haushalte

Die impleaPlus GmbH, ein Tochterunternehmen der N-ERGIE Aktiengesellschaft, hat innerhalb von zwölf Arbeitstagen eine Fotovoltaikanlage auf den Dächern der wbg, kommunalverbundene Immobilienunternehmen wbg Nürnberg GmbH, in der Äußeren Sulzbacher Straße 72-80 montiert. Insgesamt 256 Einzelmodule mit einer Gesamtfläche von knapp 323 qm speisen seit Anfang Oktober in das Stromnetz der N-ERGIE ein.

Module der neuesten Generation und ein auf die Sonneneinstrahlung optimal abgestimmter Standort machen die Anlage hoch effizient. Jedes Modul mit einer Fläche von 1,26 qm hat eine Leistung von bis zu 170 Watt Peak (Wp).

Mit einer Gesamtleistung von über 43 Kilowatt Peak (kWp) wird die Anlage über 41.000 Kilowattstunden (kWh) Strom pro Jahr in das öffentliche Stromnetz einspeisen. Dies entspricht einer Strommenge, die zwölf Drei-Personen-Haushalte im Jahr verbrauchen. Gleichzeitig

werden mit dieser Photovoltaik-Anlage mehr als 21 Tonnen Kohlendioxid (CO₂), gemessen am gesamtdeutschen Strommix, eingespart.

Die impleaPlus ist einer der größten Fotovoltaik-Anlagenbetreiber in Nürnberg mit einer installierten Leistung von über 788 kWp auf 48 Anlagen auch in der Region. Über 208 Drei-Personen-Haushalte können mit der eingespeisten Strommenge pro Jahr versorgt und dabei jährlich rund 385 Tonnen CO₂, gemessen am deutschen Strommix, eingespart werden.



Unterzeichneten den neuen Konzessionsvertrag: Bürgermeister Franz Meitinger aus Mittelneufnach und LEW-Prokurist Jürgen Gorki (links).

Mittelneufnach, Landensberg und Erkheim:

Strompartnerschaft mit LEW wird fortgeführt

Die Gemeinderäte von Mittelneufnach, Landensberg und Erkheim haben einem neuen 20-jährigen Wegenutzungsvertrag mit der Lechwerke AG (LEW) zugestimmt. Dieser Vertrag regelt die Rechte und Pflichten zwischen Gemeinde und Energieversorger zur Stromversorgung.

Für die ca. 480 Netzkunden der Gemeinde Mittelneufnach etwa garantiert der Vertrag auch für die Zukunft eine sichere Stromversorgung.

Bei der Vertragsunterzeichnung in der Hauptverwaltung der Lechwerke in Augsburg hoben Bürgermeister Franz Meitinger und LEW-Prokurist Jürgen Gorki die jahrzehntelange gute Zusammenarbeit hervor. Diese erstreckt sich auch auf weitere Dienstleistungen in der Energieberatung und der Straßenbeleuchtung. Mit dem Neuabschluss wird eine bewährte Partnerschaft fortgesetzt. Bereits seit 1920 liefern die

Lechwerke Strom für die Gemeinde. Der Strombedarf beträgt heute rund 5,4 Millionen Kilowattstunden pro Jahr.

Der Wegenutzungsvertrag erlaubt den Lechwerken, öffentliche Wege, Straßen und Plätze für die Verlegung von Stromleitungen zu nutzen. Außerdem gibt er dem Energieversorger die Planungssicherheit, um in den weiteren Ausbau des Netzes und die Verbesserung der Stromversorgung zu investieren. Als Gegenleistung erhält die Gemeinde eine Konzessionsabgabe in Höhe von rund 31.000 Euro pro Jahr.

Sparen ohne Wechseln.
Das ist SMART.



Umsteigen statt Wechseln: Sparen Sie an der richtigen Stelle und nutzen Sie **STROM SMART**. Damit bezahlen Sie weniger als beim bekanntesten Wettbewerber.

SMART-Vertrag online abschließen unter www.n-ergie.de. Noch mehr smarte Infos unter Telefon 0180 2 111444 (6 Cent pro Anruf aus dem Festnetz der Deutschen Telekom. Bei Anrufen aus anderen Mobilfunknetzen können möglicherweise andere Gebühren anfallen.)

N-ERGIE
Spürbar näher.

Biogas: Energie mit Zukunft.

Schmack
Biogas AG

Strom und Wärme aus der Region für die Region

Moderne Biogasanlagen leisten einen wichtigen Beitrag für **nachhaltige Energieerzeugung und Versorgungssicherheit** für nachfolgende Generationen.

Für Kommunen ist die Nutzung von Biogas nicht nur aus ökologischer Sicht eine interessante Möglichkeit zur eigenen Stromversorgung, sondern sichert auch den Wärmebedarf der Gemeinde.

Schmack Biogas bietet ein innovatives Anlagenkonzept für hochwertige Biogasanlagen mit zuverlässiger Technik und optimaler Vergärung - alles aus einer Hand:

- Projektierung & Errichtung
- Service & Betriebsführung
- Aufbereitung und Einspeisung von Biogas ins Erdgasnetz
- Akkreditiertes Labor



Ausführliche Informationen erhalten Sie unter:

Tel.: +49(0)9431/751-0 Fax.: +49(0)9431/751-204 info@schmack-biogas.com

www.schmack-biogas.com

ESB-Praxistest:

Die Strom erzeugende Heizung

Erdgas Südbayern und TU München untersuchen acht erdgasbetriebene Mini-BHKW im Praxistest

Wie wirtschaftlich arbeiten Mini-Blockheizkraftwerke in Gebäuden mit geringem Wärmebedarf? Um diese Frage zu untersuchen und innovative Erdgastechnik in der Praxis zu demonstrieren, verschenkt die Erdgas Südbayern (ESB) acht der energieeffizienten Geräte an ausgewählte Referenzkunden. In Kooperation mit der Technischen Universität München werden in den kommenden drei Jahren die Betriebsdaten der Anlagen gesammelt und ausgewertet.

Schwimmbäder, Hotels und Krankenhäuser - Objekte mit ganzjährig hohem Strom- und Wärmebedarf eignen sich meist problemlos für den wirtschaftlichen Einsatz eines BHKW. Wie schaut es aber beim Betrieb in

Ein- und Mehrfamilienhäusern oder Gewerbebetrieben aus? „Im Hinblick auf Energieeffizienz und Umweltschutz sind erdgasbetriebene BHKW in jedem Falle sinnvoll. Allerdings muss der Einsatz ökonomisch über-

zeugen, damit Verbraucher diese neue Technik annehmen. Um die Potenziale der neuen Mini-BHKW herauszufinden, spendieren wir acht Geräte an private Hauseigentümer, Gewerbebetriebe oder Handelsunternehmen“, erklärt Martin Heun, Geschäftsführer der ESB-Wärme.

Energieeffizienz zum Anfassen

Bis zum 31. Oktober werden im Internet unter www.esb.de/mini-bhkw und in regionalen Medien noch Bewerber gesucht, die an der Studie teilnehmen möchten. Innovative Techniken live zu präsentieren und Interessenten darüber zu informieren, ist ein weiteres Ziel der Aktion. Daher werden die Anlagen im Kühlschrank-Format während des Aktionszeitraumes auch zu besichtigen sein.

Günstige Pauschale

Jedes der BHKW-Systeme hat einen Wert von circa 18.000 Euro und geht im Rahmen des Tests komplett in das Eigentum der Referenzkunden über. Außer dem Erdgaspreis ist lediglich eine günstige Pauschale für Wartung und Installation zu entrichten. Mindestanforderungen an den Referenzstandort sind jedoch, dass sich das Gebäude im ESB-Grundversorgungsgebiet befindet, bereits einen Erdgasanschluss besitzt oder installiert werden kann und der Energieverbrauch bei mindestens 25.000 Kilowattstunden pro Jahr liegt.

ecopower und Lion(r)Powerblock

Zwei unterschiedliche erdgasbetriebene BHKW-Typen wird die ESB installieren, um Praxiserfahrung mit verschiedenen Nutzerprofilen zu sammeln.

Zum Einsatz kommt der Lion(r)Powerblock des Herstellers OTAG. Das High-Tech-System arbeitet dabei ähnlich wie eine klassische Dampfmaschine: Bei 350 Grad wird Prozessdampf erzeugt, der per Doppelkolben den integrierten Linear-generator antreibt und damit - anders als der Dampf-Oldie - 0,3 bis 2 kW Strom (+/- 5%) erzeugt. Über einen Plattenwärmetauscher wird die Wärme an den Heizkreislauf abgeführt und so eine thermische Leistung von 3 bis 16 kW (+/- 10%) erzielt. Wird einmal kein Strom benötigt, arbeitet das Gerät wie eine normale Heizung.

„ecopower“

Das zweite Modell im Einsatz ist das „ecopower“ der Firma PowerPlus Technologies. Das Gerät kann die Drehzahl des kleinen Erdgas-Motors stufenlos anpassen und damit in jeder Nutzungssituation mit optimalem Wirkungsgrad laufen. Ähnlich dimensioniert wie die Freikolbendampfmaschine produziert das ecopower eine thermische Leistung von 4 bis 12 kW und eine elektrische von 1,3 bis 4,7 kW.

Drei Jahre Laufzeit

Der Lehrstuhl für Energiewirtschaft und Anwendungstechnik der Technischen Universität München begleitet das Projekt während der gesamten Laufzeit von drei Jahren. Dabei hat die Hochschule die ESB bei der Auswahl der Referenzobjekte unterstützt und wird in Zukunft die Objekte im Rahmen einer Studienarbeit dokumentieren und auswerten.

Die Mini-BHKW-Aktion findet im Rahmen der ESB-Initiative mit dem Motto „SPAR'S DIR!“ statt. Mit SPAR'S DIR! ruft die ESB alle Energieverbraucher zu einem sparsamen, umweltschonenden Energieeinsatz auf. Die ESB macht als größter regionaler Erdgasversorger in Bayern deutlich, dass zu ihrer Kompetenz rund um Erdgas auch Umwelt- und Klimaschutz gehören. □

Herbstzeit ist Drachenzzeit

E.ON Bayern-Tipps für „Drachenbändiger“

Der Herbst steht vor der Tür. Zeit für graue Wolken, Regen und - viel Wind. Doch diese oft eher triste Jahreszeit hält an ihren vielen stürmischen Tagen eine Ablenkung bereit, die seit jeher Jung und Alt begeistert: Das Drachen steigen. Die ersten Drachen wurden schon vor 2000 Jahren von den Chinesen in die Luft gelassen.

Neben der Verwendung des richtigen Materials darf auch die Vorsicht nicht außer Acht gelassen werden, rät der Energiedienstleister E.ON Bayern, denn so manche Drachen mussten in den vergangenen Tagen schon aus Freileitungen entfernt werden.

Stets sollte man darauf achten, sich mindestens 500 Meter von Freileitungen für elektrischen Strom sowie von Bahngleisen fernzuhalten; die Nähe zu Flughäfen, Sportflugplätzen und Autobahnen ist ohnehin gänzlich zu meiden. Weiter gilt: Um Unfällen vorzubeugen sollten Drachenschwüre nie länger als 100 Meter sein und auch kein Metall enthalten. Es versteht sich von selbst, dass „Drachenbändiger“ bei den ersten

Anzeichen von Gewittern buchstäblich das Feld räumen sollten, denn Blitzschlag droht. Außerdem sollte man seinen Drachen nicht über Spaziergängen steigen lassen, da diese durch ein abstürzendes Fluggerät verletzt werden können.

Sollte trotz aller Vorsicht einmal ein Drache in einer Freileitung hängen bleiben, dürfen auf keinen Fall eigene Befreiungsversuche unternommen werden. Kinder und Erwachsene begeben sich bei diesen „Rettingsaktionen“ in akute Lebensgefahr. Stattdessen sofort die Leine loslassen und umgehend die Polizei oder die Störungsannahme von E.ON Bayern unter 0180-21 920 91 informieren, die Nummer ist rund um die Uhr erreichbar. □

Energieversorger warnen Verbraucher vor Gewinnspiel

Dubiose Verlosung von Urlaubsreisen

Derzeit grassiert wieder ein dubioses Preisausschreiben, mit dem Verbraucher zu einer Urlaubsreise in die Türkei gelockt werden sollen. Anknüpfungspunkt für das „Gewinnspiel“ sind Fragen mit Bezug zur Energieversorgung. Den Teilnehmern wird in Aussicht gestellt, eine komplette Urlaubsreise gewonnen zu haben.

Wie bei vielen „Gewinnspielen“ zuvor, soll der Eindruck erweckt werden, als sei dies eine Aktion des heimischen Energieversorgers. Diese Spiele stehen jedoch weder mit den betroffenen Unternehmen E.ON Bayern noch mit N-ERGIE oder LEW in Zusammenhang.

Alle Gewinnspiele, die z. B. von E.ON Bayern an Kunden geschickt werden, tragen eine Absenderadresse in Bayern und enthalten neben Telefonnummer und Email-Adresse auch in jedem Fall das E.ON Bayern-Logo.

Bei allen Preisausschreiben

der N-ERGIE Aktiengesellschaft - beispielsweise im Kundenmagazin „meine N-ERGIE“ - werden ausschließlich Sachpreise verlost. Die N-ERGIE gibt Adressen ihrer Kunden nicht an Dritte weiter. Nach der Verlosung der Gewinne vernichtet die N-ERGIE alle Gewinnspielkarten.

In der Vergangenheit gab es schon häufiger ähnliche Fälle. Auf juristischem Wege konnten keine Betrüger gestellt werden. Die Bayerische Verbraucherzentrale ist über den aktuellen Betrugsfall informiert. □

BioErdgas als Grünfütter für das Erdgasauto

BioErdgas bringt Erdgasautos noch umweltschonender in Fahrt. Der Autofahrer kann diesen Biokraftstoff der zweiten Generation ohne Veränderungen an der Fahrzeugtechnik nutzen, denn er hat die gleiche Qualität und Zusammensetzung wie herkömmliches Erdgas. Der regenerativ erzeugte Kraftstoff kann die CO₂-Bilanz von Erdgasfahrzeugen drastisch verbessern.

Mit dem „grünen“ Kraftstoff im Tank vergrößert sich der ohnehin schon vorhandene CO₂-Vorteil eines Erdgasfahrzeugs noch weiter, denn bei der Verbrennung wird nur so viel CO₂ freigesetzt, wie in der zur Kraftstoffherstellung eingesetzten Biomasse zuvor durch Photosynthese gebunden wurde. Erdgasfahrzeuge können den regenerativen Kraftstoff ohne technische Veränderungen sowohl in Reinform als auch in variablen Anteilen am fossilen Kraftstoff Erdgas nutzen. Regenerativ erzeugtes und auf Kraftstoffqualität aufbereitetes BioErdgas ist chemisch fast nicht vom Hauptbestandteil des Erdgases, dem Methan (CH₄), zu unterscheiden. Wird dem Kraftstoff Erdgas 20 Prozent Biomethan beigemischt, entspricht das einer CO₂-Reduktion von bis zu 20 Prozent, da das BioErdgas nahezu klimaneutral ist.

Verbesserte Klimabilanz

Ein siebensitziger Opel Zafira 1.6 CNG zum Beispiel emittiert im Erdgasbetrieb mit 138 Gramm je Kilometer bereits deutlich weniger CO₂ als die vergleichbaren Großraum-Vans. Mit 20 Prozent BioErdgas aus Gülle im Tank verbessert sich seine Klimabilanz auf 113 Gramm CO₂ je Kilometer - so viel wie ein zweisitziges Smart Fourtwo Coupé mit Benzinantrieb. Das optimiert die ohnehin gute Umweltbilanz von Erdgasautos, die kaum Feinstaub und im Vergleich zum Diesel bis zu 70 Prozent weniger Stickoxide ausstoßen, noch weiter.

Die bedeutendste Reduktion von Treibhausgas lässt sich laut einer aktuellen Studie der Empa, der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt in der Schweiz, durch die Produktion von Biomethan aus Gülle erzielen. Sie kann im Vergleich zu Benzin bis zu 90 Prozent betragen. Der Grund: Die Nutzung von Rest- und Abfallstoffen bietet deutliche Vorteile gegenüber der Produktion von Biokraftstoffen aus nachwachsenden Rohstoffen, da in deren Umweltbilanz der landwirtschaftliche Anbau zu Buche schlägt. Dennoch können auch mit pflanzlichen Rohstoffen beachtliche CO₂-Einsparungen von 30 bis 50 Prozent erzielt werden. Eine weitere Produktionsart, die Herstellung von Methan aus Holz, kann immerhin CO₂-Einsparungen von rund 70 Prozent erzielen. Die Forscher der Empa haben unterschiedliche Biokraftstoffe untersucht und kommen, je nachdem, wel-

cher Rohstoff für die Kraftstoffherstellung genutzt wurde, zu sehr differenzierten Ergebnissen. Einige Bereitstellungspfade, zum Beispiel für Biodiesel aus heimischem Raps oder Ethanol aus brasilianischem Zuckerrohr, weisen bei Betrachtung mehrerer Umweltindikatoren höhere Umweltbelastungen als Benzin auf.

Im Verkehrsbereich sind die Weichen für den Einsatz von BioErdgas gestellt: Bereits im vergangenen Jahr hat sich die Gaswirtschaft verpflichtet, dem Kraftstoff Erdgas bis 2010 zehn Prozent Biomethan beizumischen und diese Menge bis 2020 zu verdoppeln. Daher geht die Bundesregierung in ihrer Klimaagenda 2020 davon aus, dass Biogas als Biokraftstoff der zweiten Generation eine entscheidende Rolle beim Erreichen der geforderten nationalen Biokraftstoffquote bis 2020 spielen wird.

Bleibende Wertschöpfung

BioErdgas substituiert Gasimporte aus anderen Ländern und verringert damit die Abhängigkeit von Energie-Importen. Gleichzeitig bleibt die Wertschöpfung, die durch die Herstellung von BioErdgas entsteht, im eigenen Land. Zudem schont der Einsatz von regenerativem BioErdgas die fossilen Energiereserven. Zudem zeichnet sich BioErdgas im Vergleich zu Biokraftstoffen der ersten Generation, wie zum Beispiel Biodiesel, Rapsöl oder Bioethanol, durch eine sehr hohe Flächeneffizienz bei der Herstellung aus. Im Vergleich zu Biodiesel lässt sich aus dem Ertrag eines Hektars Anbaufläche mehr als viermal so viel Kraftstoff herstellen. Denn bei der Produktion von Biogas wird die ganze Pflanze genutzt und nicht nur Teile davon. Eine Gemeinschaftskampagne von: Für den Verbraucher, der sich an die günstigen Kraftstoffkosten von Erdgas gewöhnt hat, wird sich durch eine Beimischung von BioErdgas nichts ändern. Nach einer Studie der deutschen Gaswirtschaft entsprechen die Erzeugungskosten für BioErdgas unter günstigen Bedingungen etwa den heutigen Bereitstellungskosten für Erdgas.

In anderen Ländern hat die Technologie zur Erzeugung von BioErdgas hohe Priorität. Dank eines staatlichen Programms zur Nutzung des Biokraftstoffs fährt in Schweden mittlerweile mehr als die Hälfte der rund 12.000 Erdgasfahrzeuge mit BioErdgas. In der Schweiz betrug im Jahr 2006 der Anteil von BioErdgas am fossilen Kraftstoff Erdgas 26,5 Prozent. □

Energie-Partnerschaft mit Köpfchen

Das Contracting-Modell für öffentliche Gebäude und soziale Einrichtungen

Erdgas-Blockheizkraftwerk - Heizung und Strom aus einer Anlage



Gesundheits- und Sozialzentrum (GSZ) in Mering - für Wärme und Strom sorgt ein Erdgas-BHKW

Gesundheit und Lebensqualität mit innovativer Erdgas-Technik. Am Anfang steht das Energie-Konzept. Ob konventionelle Wärme, Stromversorgung oder innovative Klimasysteme, die ESB-Wärme plant nach individuellem Bedarf. Dabei stehen Wirtschaftlichkeit, regionale Energien und natürlich die Umwelt an vorderster Stelle.

Ihre Leistungen mit dem ESB-WärmeService:

- Modernisieren ohne selbst zu investieren
- ESB-Wärme plant, organisiert und betreibt Ihre Energieversorgung
- Moderne, umweltschonende Anlagen mit niedrigem Energieverbrauch
- Alle Leistungen sind im monatlichen Wärmepreis enthalten
- Sie haben einen Partner mit viel Erfahrung an Ihrer Seite

Rufen Sie uns an! Wir schicken Ihnen unsere Referenzbroschüre oder vereinbaren Sie einen Termin mit dem ESB-Wärme Berater.

ESB Wärme

Internationale Messe „Renexpo“ in Augsburg:

Bioenergien als „Leuchttürme“

Augsburg (jdt). „Hier gibt es neuen Schwung für den Klimaschutz“: Mit diesen Worten betonte der Bayerische Landwirtschafts- und Forstminister Josef Miller die weit reichende Bedeutung der „Renexpo“, der internationalen Fachmesse für erneuerbare Energienutzung in Augsburg. In seiner Eröffnungsrede war Miller voller Anerkennung für dieses viertägige „Glanzlicht“ unter den Ausstellungen in der Fuggerstadt: „Es ist mir eine große Freude, dass diese Ausstellung sich aus kleinsten Anfängen heraus zu einer der bundesweit größten Messen auf diesem Sektor entwickelt hat“.

In den Mittelpunkt der von „Reeco Deutschland“ Reutlingen veranstalteten Messe rückten die Schwerpunkte „Energiezukunft und Klimaschutz - Live erleben: Neueste Produkte und Dienstleistungen“. Verbunden damit war der 7. Internationale BBE-Fachkongress für Holzenergie, zu dem der Bundesverband BioEnergie e.V. (Bonn) eingeladen hatte.

Dokumentierter Fortschritt

Staatsminister Miller würdigte die zum achten Male in Augsburg durchgeführte „Renexpo“ mit dem Hinweis auf ihr inzwischen internationales Renommée. Die starke Beachtung beruhe auf einem breit gefächerten Überblick über die regenerativen Energien sowie über energieeffizientes Bauen und Sanieren. Die damit verbundene „IHE (R) Holz-Energie“ sei die Leitmesse für Wärme und Strom aus Holz in Deutschland. Sie dokumentiere den technischen Fortschritt und schaffe Akzeptanz für die Holzenergie. Die Teilmesse „PV - Expo (R)“ präsentiere Photovoltaik und Solarthermie.

Zum Treffpunkt für Bauherren und Handwerk im Bereich energieeffizientes Bauen und Sanieren geworden sei die „reConstruct(R)“. Nicht zuletzt, so Miller, würden im Rahmen der „Renexpo“ auch weitere Themen der

erneuerbaren Energien präsentiert, zum Beispiel Bioenergie, Kraft-Wärme-Kopplung, Wind- und Wasserkraft, Wärmepumpen und Geothermie.

Aufruf zur Mitverantwortung

Mit großem Nachdruck forderte Miller die gesamte Bevölkerung zur Mitverantwortung in den Bereichen „Schonung der Energieressourcen und Klimaschutz“ auf. Die derzeitige Nutzung fossiler Energieträger verwalde in nur einem Jahr das, was in 500.000 Jahren Erdgeschichte zu Kohle, Gas und Öl geworden sei, unwiederbringlich in „Kohlendioxid, Wasserdampf und erhebliche Mengen ungenutzter Abwärme“.

Bayerisches Gesamtkonzept

Noch vor zehn Jahren hätte niemand die Prognose gewagt, welche Entwicklung erneuerbare Energien und insbesondere Holzheizwerke, Biokraftstoffe und Biogasanlagen nehmen würden, registrierte der Landwirtschaftsminister. Angesichts des Klimawandels und der begrenzten Ölerserven sowie steigender Energiepreise steige auch der Stellenwert der „Nachwachsenden Rohstoffe“. Deren Bedeutung habe die Bayerische Staatsregierung früh-

zeitig erkannt. Deren Aktivitäten hätten bereits 1990 in das erste Gesamtkonzept „Nachwachsende Rohstoffe in Bayern“ gemündet.

„Hauptmotor in Deutschland“

Mit Beifall aufgenommen wurde Millers Feststellung, dass Bayern in Deutschland der Hauptmotor für die Nutzung der „Nachwachsenden Rohstoffe“ sei und europaweit vom Freistaat wichtige Impulse ausgingen. Der Anteil der Biomasse am gesamten Primärenergieverbrauch werde sicherlich noch heuer die 5-Prozent-Marke überschreiten, ein wichtiges Etappenziel beim Klimaschutz. Schon jetzt würden durch den Einsatz von Biomasse pro Jahr rund 2,5 Milliarden Liter Heizöl ersetzt und mehr als 6 Millionen Tonnen Kohlendioxid eingespart.

Energieträger Nummer 1

Unter den erneuerbaren Energien sei Holz, so fuhr Miller fort, der „Energieträger der 1. Wahl“. Der nachwachsende Brennstoff Holz stehe in Bayern reichlich zur Verfügung. Ein Drittel der Landesfläche sei mit Wald bedeckt, mit Holzvorräten „so hoch wie nie zuvor“. Der jährliche Zuwachs an Holz liege hier bei fast 30 Millionen Kubikmetern, von denen in den letzten Jahren weniger als zwei Drittel geerntet worden seien. Große Bedeutung habe die Nutzung von Biomasse für die heimischen Wirtschaftskreisläufe, wovon nicht nur die Land- und Forstwirtschaft, sondern die gesamte Wirtschaft profitiere, auch mit der Schaffung von mittlerweile zehntausenden von Ar-

beitsplätzen. Millers Argumente gipfelten in dem Ausblick: „Nachwachsende Rohstoffe werden das Megathema dieses Jahrhunderts.“

Glücksfall für Ländliche Regionen

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Dr. Gerd Müller MdB, nannte die erneuerbaren Energien einen „Glücksfall für die ländlichen Regionen“. Die Tatsache, dass Deutschland hier weltweit führend sei, gelte es zu nutzen. Die Bundesregierung messe dem Ausbau erneuerbarer Energien eine Schlüsselrolle zu. Vor kurzem habe sie bei ihrer Klausurtagung in Meseburg ein ehrgeiziges Energie- und Klimaprogramm, mit 30 konkreten Einzelmaßnahmen, beschlossen. Dabei hätten die erneuerbaren Energien einen wichtigen und unverzichtbaren Eckstein gebildet.

Holz wurde von Staatssekretär Müller als der wichtigste Bioenergieträger bezeichnet. Deutschland sei im übrigen „das Holzland Nr. 1 in Europa... Und wir haben die hochwertigsten Wälder“. Müller sprach von der „Bioenergie als hochwertiger umweltfreundlicher und sicherer heimischer Energiequelle, mit der Funktion von Leuchttürmen für die mittelständische Wirtschaft“.

Die Bedeutung der Fachmesse hoben in ihren Ansprachen auch Geschäftsführer Johann-Georg Röhms (Reeco-Gruppe), der rumänische Experte Corneliu Radulescu und Vorstandsvorsitzender Helmut Lamp vom Bundesverband BioEnergie e.V. hervor.

Eine „Weltleitmesse“

Oberbürgermeister Dr. Paul Wengert, Augsburg, äußerte seine Freude darüber, dass die „Renexpo“ sich inzwischen seiner Überzeugung nach zu einer „Weltleitmesse“ in diesem höchst bedeutsamen Sektor entwickelt habe und „immer internationaler geworden ist“. Dank sagte Wengert für das damit verbundene Vertrauen in die „Ausstellungs- und Messestadt Augsburg“. Als gewandter Moderator fungierte Egon Beckord (Kumas-Kompetenzzentrum Umwelt Augsburg-Schwaben).

Unter den rund 300 Ausstellern aus etwa 60 Ländern beeindruckten mit großen Sonderschauen die Lechwerke und „Erdgas Schwaben“. Bei der Ausstellungsöffnung gab es für Vorstand Paul Waning (LEW) und Geschäftsführer Klaus-Dieter Dietmayer (Erdgas) Komplimente für die vielseitige Demonstration gangbarer Wege in die „Energiezukunft“.



V. l.: Kumas-Geschäftsführer Egon Beckord, LEW-Vorstand Paul Waning, Staatsminister Josef Miller, Geschäftsführer Klaus-Peter Dietmayer (Erdgas Schwaben), Augsburgs Landrat Dr. Karl Voegel, MdL Johannes Hintersberger. Text und Bild: -jdt

Neue E.ON-Netzleitstelle in Neunburg vorm Wald

„Mit der Steuerung und Überwachung unseres gesamten Mittelspannungs-Stromnetzes und auch unseres Gasnetzes von einer Stelle aus setzt E.ON Bayern neue Maßstäbe bei der Netzführung“, betonte Hermann Wagenhäuser, Mitglied des Vorstandes der E.ON Bayern AG, bei der offiziellen Inbetriebnahme der neuen Netzleitstelle im oberpfälzischen Neunburg vorm Wald (Landkreis Schwandorf). Ständige Investitionen ins Netz seien unabdingbar, um Netzinfrastruktur und Netzbetrieb kontinuierlich zu verbessern. Mit der neuen Netzleitstelle mache der Energieversorger einen weiteren wichtigen Schritt, so Wagenhäuser.

Ab sofort wird von der Leitstelle in Neunburg vorm Wald aus das gesamte Mittelspannungs- und Gasnetz von E.ON Bayern gesteuert. In die Zuständigkeit der 42 Mitarbeiter fallen 44.000 Kilometer Mittelspannungsfreileitungen und -kabel, 800 fernsteuerbare Umspannwerke und Schalthäuser, 44.000 Ortsnetzstationen, 6.500 Kilometer Gasnetz und 800 Gasdruckmess- und Regelanlagen.

„Mit der neuen Netzleitstelle in Neunburg vorm Wald bleiben wir unserer Philosophie der regionalen Präsenz treu“, unterstrich E.ON Bayern-Vorstandsmitglied Hermann Wagenhäuser. Die Investition in Höhe von 11,5 Millionen Euro sei nur ein klei-

ner Teil der Summe, die E.ON Bayern Jahr für Jahr in sein Netz investiere. Schließlich gebe es Versorgungssicherheit nicht zum Nulltarif.

„Heuer liegt unser Investitionsbudget sogar bei 255 Millionen Euro“, so Wagenhäuser. Mit diesem Geld baue das Unternehmen mit Sitz in Regensburg neue Umspannwerke und Schaltanlagen. Dazu kämen Erweiterungen im Strom- und Gasnetz, die Erschließung neuer Bau- und Gewerbegebiete, die Errichtung neuer Kundenanschlüsse sowie die Instandhaltung der bereits vorhandenen Infrastruktur. Allein in diesem Jahr würden rund 1.000 Ortsnetz-Transformatorstationen erneuert.



E.ON Bayern-Vorstandsmitglied Hermann Wagenhäuser, Bürgermeister Wolfgang Bayerl (Neunburg vorm Wald), MdL Marianne Deml, Wolfgang Tauber (Leiter der Netzleitstelle) und Landrat Volker Liedtke lassen sich von einem Mitarbeiter der Netzleitstelle den Arbeitsablauf erläutern.

Block C des Kernkraftwerks Gundremmingen:

Abschaltung zur Revision mit Brennelementwechsel

Am 7. Oktober wurde Block C des Kernkraftwerks Gundremmingen zum 21. Brennelementwechsel mit Revision abgefahren. Für den neuen Betriebszyklus in Block C müssen 180 Brennelemente ausgetauscht werden. Im Rahmen der Revision sind rund 5.000 Arbeitsaufträge zur vorbeugenden Instandhaltung, kontinuierlichen Modernisierung sowie zu Reparatur- und Prüfmaßnahmen an Pumpen, Ventilen, Rohrleitungen und elektrischen Einrichtungen geplant.

Begleitend zu den Arbeitsaufträgen stehen umfangreiche wiederkehrende Prüfungen an. Dabei wird auch eine so genannte „integrale Reaktor-druckbehälter-Druckprüfung“ durchgeführt, bei der der Druckbehälter einer Belastung von 112 bar standhalten muss. Diesen Nachweis muss der Reaktor-druckbehälter, der während des Leistungsbetriebs unter einem Druck von rund 70 bar steht, alle acht Jahre erbringen. Weiterhin stehen Inspektionen des Generatorläufers und der beiden Niederdruckturbinen an.

Exakte Überwachung

Für die bislang umfangreichste Revision des Blocks C wird die Kraftwerksbelegschaft von über 2.000 Facharbeitern und Experten von Fremdfirmen und Dienstleistern auf der Anlage unterstützt. Rund 40 unabhängige Sachverständige und Gutachter des TÜV Süd sowie der Aufsichtsbehörde prüfen und

überwachen die Qualität der Arbeiten an sicherheitstechnisch relevanten Einrichtungen.

Im abgelaufenen Betriebszyklus hat Block C zu 97 Prozent der Zeit für die Stromproduktion zur Verfügung gestanden und dabei rund 9,8 Milliarden Kilowattstunden Strom CO₂-frei erzeugt. Mit dieser Strommenge können fast drei Millionen Durchschnittshaushalte ein Jahr lang versorgt werden. Der Atmosphäre wurden rund zehn Millionen Tonnen Kohlendioxid erspart.

Für Brennelementwechsel und Revisionsarbeiten sind Aufwendungen in Höhe von rund 25 Millionen Euro eingeplant. Soweit möglich werden Aufträge an Betriebe in der Region vergeben.

LEW
Lechwerke

Eine Idee von LEW: Der Fördermittel-Check

Als Hamster empfehle ich einen Pelz zum Warmbleiben.
Als Experte empfehle ich: Modernisieren Sie Ihre Heizung.
Bauen Sie eine Wärmepumpe ein. LEW hilft Ihnen dabei.



Mitmachen & gewinnen!
Beim großen Hamster-
Gewinnspiel unter
www.eine-idee-von-lew.de

Sparen Sie mit unseren speziellen Produkten und Dienstleistungen Energie: Mit dem Fördermittel-Check von LEW sichern Sie sich optimale Konditionen beim Bau und bei der Finanzierung Ihrer Heizungsanlage. Weitere Infos erhalten Sie im Internet unter www.eine-idee-von-lew.de

RWE Group

Bayerngas und Stadtwerke Ingolstadt:

Gaslieferungsvertrag mit BAYERNOIL

Mengenvolumen entspricht dem Bedarf von drei großen Stadtwerken München

Bayerngas und Stadtwerke Ingolstadt beliefern BAYERNOIL Raffineriegesellschaft mbH. Das Mengenvolumen entspricht dem Bedarf von drei großen Stadtwerken. Am 31. Mai 2007 wurde ein langfristiger Gaslieferungsvertrag bis Oktober 2010 geschlossen. Die Gaslieferungen werden im Frühjahr 2008 aufgenommen. Partner bei der Gasbeschaffung sind E.On-Ruhrgas und Eni. Der Vertrag mit Bayerngas umfasst für den Betriebsteil Neustadt eine Jahresmenge von ca. 5,5 Mrd. kWh/a.

Für den Betriebsteil Vohburg, der künftig von den Stadtwerken Ingolstadt versorgt wird, beträgt die Jahresmenge etwa 1 Mrd. kWh/a. Rund 50 % der Erdgas mengen fließen in die

Wasserstoffherzeugung am Standort Neustadt.

ISAR-Projekt

Der Ausbau der Wasserstoff-

erzeugung erfolgt im Rahmen des ISAR-Projektes (Initiative zur Standortsicherung, Anlagensoptimierung, Rentabilitätssteigerung) der BAYERNOIL.

Größter Einzel-Industriekunde

Über 3 Mrd. kWh/a werden als Ersatz für die Raffineriegas zur Unterfeuerung und Verstromung in Vohburg und Neustadt eingesetzt. Sowohl für die Stadtwerke Ingolstadt als auch für Bayerngas ist BAYERNOIL der größte Einzel-Industriekunde.

Bewährte Partnerschaft

Dieser Erfolg zeigt das Potenzial einer effizienten Partnerschaft bei der Erdgasbeschaffung und -belieferung. Ausschlaggebend für den Vertragsabschluss war die seit Jahren bewährte Zusammenarbeit mit BAYERNOIL, insbesondere im Hinblick auf die Versorgungssicherheit. □

Bayerischer Energiepreis 2008

„Mit dem Bayerischen Energiepreis geben wir neu entwickelten, innovativen und effizienten Energietechnologien ein öffentliches Forum. Sie sind gerade für den Klimaschutz von besonderer Bedeutung. Wir laden deshalb alle interessierten Personen und Unternehmen ein, sich mit neuen Ideen und Entwicklungen am Wettbewerb zu beteiligen“, erklärte Bayerns Wirtschaftsminister Erwin Huber.

Technologischer Input

„Für den Klimaschutz ist die Beschleunigung des energie-technischen Fortschritts von besonderer Bedeutung. Um die CO₂-Emissionen zu senken, brauchen wir effiziente Technologien, die auch für die Entwicklungsländer mit ihrem wachsenden Energiebedarf attraktiv sind. Bayern ist arm an Energierohstoffen, aber reich an innovativen Unternehmen, die hervorragende Energietechnik produzieren. Dieser technologische Input ist einer der wichtigsten Beiträge Bayerns für den globalen Klimaschutz.“

Intensive Förderung

Huber wies darauf hin, dass der Freistaat die neuen Energietechnologien seit über 25 Jahren intensiv fördere. Seit 1999 gebe der Bayerische Energiepreis zusätzlichen Schub. „Bisher gab es fünf Ausschreibungen. Aus 520 Bewerbungen wurden seither fünf Hauptpreise ermittelt und etwa vier Dutzend weitere Projekte ausgezeichnet. Der Bayerische Energiepreis ist mit insgesamt 25.000 Euro Preisgeld dotiert.

Die Ausschreibung für das Jahr 2008 wurde am 5. Oktober im Bayerischen Staatsanzeiger veröffentlicht. Interessenten können sich beim Bayerischen Energie-Forum über Teilnahmebedingungen und Verfahren informieren.

Auskünfte über das Verfahren bei:
Bayern Innovativ GmbH, Gewerbemuseumsplatz 2, 90403 Nürnberg, Tel: (0911) 20 671-154, Homepage: www.bayerisches-energie-forum.de □

Bayerngas-Portfolio von Gasquellen

Bayerngas hat über ihre norwegische Tochter Bayerngas Norge AS 30 % an der Lizenz PL147 mit dem Erdgasfund Trym erworben. Verkäufer ist die norwegische Statoil ASA.

„Mit dem Kauf der Anteile an Trym sind wir unserem Ziel, ein Portfolio von Gasquellen aufzubauen, ein großes Stück näher gekommen. Insgesamt halten wir jetzt Anteile an drei Gasfunden - Vega South, Sigrid und Trym - zuzüglich weiterer Explorationspotenziale“, sagte Gerd Obermeier, Bereichsleiter Beschaffung & Upstream bei der Bayerngas. Hinter diesem Ziel stehen risikopolitische Erwägungen.

Obermeier weiter: „Mit einem Portfolio aus Beteiligungen an mehreren Gasquellen lassen sich die Risiken teilen und minimieren, ohne dass wir befürchten müssen, die Chancen aus den Augen zu verlieren“. Trym befindet sich ca. 170 km nordwestlich der dänischen Stadt Nybro in der südlichen, norwegischen Nordsee, nahe der dänischen Grenze. Der Reservenanteil für Bayerngas beträgt ca. 1 Mrd. Kubikmeter Gas und 0,2 Mio. Kubikmeter Kondensat. Der Anteilserwerb steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung der norwegischen Behörden. □

Bayerischer Städtetag:

Ministerpräsident soll Stadtwerken helfen

Der Vorstand des Bayerischen Städtetags hat erneut dringend an den Bayerischen Ministerpräsidenten appelliert, sich dafür einzusetzen, dass die Stadt- und Gemeindewerke überleben können. Die Städte befürchten sonst eine schleichende Enteignung von kommunalem Vermögen. Eine Regulierung mit den derzeitigen Vorgaben wäre auch ein nicht verantwortbarer Schlag gegen die mittleren und kleineren Werke im ländlichen Raum.

Der Verordnungsentwurf des Bundeswirtschaftsministers für die ab 1. Januar 2009 geltende Anreizregulierung hat zum Ziel, Entgelt-Obergrenzen für das Durchleiten von Strom und Gas durch fremde Netze festzulegen. Positiv an der Regelung ist, dass ein vereinfachtes Regulierungsverfahren für rund 85 Prozent der bayerischen Netzbetreiber gelten kann. Davon profitieren die mittleren und kleineren Stadtwerke, die weniger als 30.000 Stromkunden und weniger als 15.000 Gas-kunden haben.

Nicht akzeptiert wird vom Städtetag, dass die Effizienzsteigerung der Unternehmen am Branchenbesten ausgerichtet werden muss. Damit würde ein Wettlauf ausgelöst, der viele Werke in den wirtschaftlichen Ruin treibt.

Vergleichsmaßstab muss vielmehr das durchschnittlich effiziente Unternehmen der Branche sein. Ein solches Verfahren ist auch in anderen Wettbewerbsmärkten gängige Praxis.

Anreizregulierung

Von der Regulierung massiv betroffen sind vor allem die mittleren und kleinen Stadt- und Gemeindewerke. Wenn es die Staatsregierung mit der Stärkung des ländlichen Raums ernst meint, dann muss sie auch eine kommunalverträgliche Regulierung in ihr politisches Programm aufnehmen. Die Städte warnen davor, dass die Anreizregulierung zu einem reinen Kostensenkungsinstrument missbraucht wird. □

Energiesparen im Haushalt

Bei stetig steigenden Lebenshaltungskosten bedeuten Energieeinsparpotenziale bares Geld. Der Verband der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft (VBEW) rät, alle energieverbrauchenden Einrichtungen eines Haushalts daraufhin zu überprüfen und dabei nicht nur an die mit Strom betriebenen Geräte zu denken.

Bei einem durchschnittlichen Privathaushalt entfallen ungefähr 55 % der Energiekosten auf die Raumheizung und 31 % auf das Auto – entsprechend kostenwirksam sind in diesen Bereichen die Spareffekte. Besonders die Heizung und die Raumtemperatur

bieten ein hohes Potenzial für Einsparungen. Kurzes, aber regelmäßiges Lüften und die Reduzierung der Raumtemperatur um nur 1 °C senken die Energiekosten bereits um etwa 6 %. Der meiste Strom wird im Haushalt durch den Kühl- und Gefrierschrank und beim Kochen und Bügeln benötigt. Fast die Hälfte des Stromverbrauchs fällt dafür an. Entsprechend groß sind die Energieeinsparpotenziale. Beobachtet man den Braten oder Kochen im Backofen durch eine Glasscheibe, verhindert man, dass bei jedem Öffnen rund 20 % der Wärme verloren geht. □



Unsere Partner sehen den Gaseinkauf eher entspannt.

Kunden und Vertriebspartner von Bayerngas können beruhigt sein. Durch diversifizierten Gaseinkauf und innovatives Portfoliomanagement sind wir die ideale Beschaffungsplattform für Erdgas.

Know-how und Erfahrung im Dienste des Kunden.



bayerngas

Energiepartnerschaft mit Zukunft

www.bayerngas.de

Regenerative Energie aus der Region für die Region:

erdgas schwaben setzt auf Bio-Erdgas

Klimaschutz, Versorgungssicherheit, bezahlbare Energiepreise und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region zu verbinden, das sind die Ziele des regionalen Energieversorgers erdgas schwaben für die nahe Zukunft. Bio-Erdgas als erneuerbare Energie gewinnt im Hinblick auf ein zukunftsfähiges Energiesystem dabei immer mehr an Bedeutung.

Der weltweite Energieverbrauch steigt immer schneller. Diese beständig wachsende Energienachfrage führt zu immer höheren Energiepreisen und zum anderen zu ei-

ner Zunahme der Emission von Treibhausgasen. Der Energieversorger erdgas schwaben engagiert sich dafür, diese Entwicklung zu bremsen.

Gezielte Investition

Unter den fossilen Brennstoffen ist Erdgas die Energie mit den geringsten CO₂-Emissionen. In der Kombination von Erdgas und nahezu CO₂ neutralem Bio-Erdgas liegt eine große Chance für die Zukunft der Region. Deshalb investiert erdgas schwaben gezielt in die Entwicklung von Bio-Erdgasanlagen.

Wirkungsvolle Maßnahme

„Bis zum Jahr 2020 können in Bayerisch-Schwaben mit Bio-Erdgas etwa 20 % des heutigen Erdgas-Verbrauchs ersetzt werden“, erläutert Klaus-Peter Dietmayer, kaufmännischer Geschäftsführer von erdgas schwaben. „Damit fördern wir eine der weltweit wirkungsvollsten Klimaschutzmaßnahmen. Statt in der Importabhängigkeit

von Russland liegt die Zukunft darin, möglichst viel Energie z. B. mit Hilfe von Bio-Erdgas in der eigenen Region zu erzeugen.“ - Ein ökologisches Vorhaben mit positiven Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation in der Region, vor allem im Bereich Landwirtschaft.

Beste Voraussetzungen

Hier in Schwaben gibt es bereits alle Voraussetzungen, um erneuerbare Energien nutzbar zu machen: Die landwirtschaftlichen Flächen, das Know-how der Landwirte, das Erdgasnetz, und die Technik, aus Bio-Rohgas Bio-Erdgas zu machen.

Bei der Vergärung organischer Stoffe, wie beispielsweise der Energiepflanze Mais, entsteht Rohgas, durch einen Reinigungsprozess wird daraus Bio-Erdgas, das qualitativ dem Erdgas gleichkommt, und somit als Energie die gleichen Einsatzmöglichkeiten bietet.

Wachstumsmarkt

„Der Markt der erneuerbaren Energien ist ein Wachstumsmarkt. Ein Markt mit viel Zukunft, denn umweltschonende Energie erhält unseren Kindern und Enkeln eine intakte Heimat“, so Markus Kittl, technischer Geschäftsführer bei erdgas schwaben. □



Bio-Erdgas gewinnt im Hinblick auf ein zukunftsfähiges Energiesystem immer mehr an Bedeutung. □

3. Konferenz Europäischer Regionen in Salzburg:

Schicksalsfrage Energieversorgung

Mit der Energiepolitik und besonders der Versorgungssicherheit stand ein klassisches Europathema auf der Tagesordnung der 3. Konferenz Europäischer Regionen in Salzburg. Wie Wirtschaftsminister Erwin Huber betonte, könne dieses Thema für die EU schon deshalb zur „Schicksalsfrage“ werden, weil die Energie-Importabhängigkeit Europas weiter rasch zunimmt. Für 2030 sei prognostiziert, dass die EU 70 bis 80 Prozent ihres Energiebedarfs durch Importe decken muss. Dabei ließen bereits heute „viele Energielieferländer ihre Muskeln spielen“. Der russisch-ukrainische Gastreit Anfang 2006 etwa habe das Thema Versorgungssicherheit einer breiten europäischen Öffentlichkeit bewusst gemacht.

Wie Huber erläuterte, „kann und muss die EU gegenüber Dritten als starker und selbstbewusster Verhandlungspartner auftreten - mit größerem Gewicht als ein einzelner Mitgliedstaat“. Wichtig erscheine in diesem Zusammenhang die Ratifizierung der bereits in den 90er Jahren ausgehandelten Energiecharta durch die Russische Föderation. Die Ratifizierung wäre ein wichtiger Beitrag zur europäischen, deutschen und bayerischen Versorgungssicherheit. Interessant erscheint nach Hubers Dafürhalten auch die Erarbeitung gemeinsamer Programme mit Entwicklung- und Schwellenländern mit dem Ziel, europäische Technologien im Bereich der Nutzung erneuerbarer Energien rascher und wirkungsvoller anzuwenden.

Eine weitere Kernaufgabe der EU sieht der Wirtschaftsminister in der Vollendung des Europäischen Binnenmarktes auch im Energiesektor. Dazu gehört die konsequente Durchsetzung der geltenden EU-Richtlinien in allen Mitgliedstaaten. Protektionistische Marktbehinderungen, wie sie die spanische Regierung beim gescheiterten Zusammenschluss von E.ON und Endesa praktiziert habe, darf es künftig nicht mehr geben. Auch in der Energieforschung sei europäische Zusammenarbeit dort sinnvoll, wo der Umfang von Forschungsprojekten die Leistungsfähigkeit einzelner Mitgliedstaaten übersteigt. □

Trotz der vielfältigen Handlungsfelder beim Thema Energie dürfe die Energiepolitik nicht vollständig der EU überlassen werden, meinte Huber. Auch hier sei die Subsidiarität zu beachten: „Keinesfalls würde etwa ein Energieversorgungs-Optimum dadurch erreicht, dass die EU den Mitgliedstaaten Mindestanteile bestimmter Energieträger am Energiemix vorschreibt. Hier besitzen gerade die Regionen die größte Erfahrung und damit auch die größte Entscheidungskompetenz.“

Strom- und Gaswirtschaft

Ein Zuviel an EU sieht Bayerns Wirtschaftsminister zur Zeit auch bei dem Ziel, den Wettbewerb im Bereich der Strom- und Gaswirtschaft zu verstärken: Dem Vorschlag der EU-Kommission, das Netz von der Erzeugung eigenumsrechtlich zu trennen, könne er bei weitem nicht zustimmen. In Deutschland seien die großen Energiekonzerne in privater Hand. Ein derart massiver Eingriff in das Eigentumsrecht wäre mit dem Grundgesetz kaum vereinbar. Zudem dürfe ernstlich bezweifelt werden, dass das sog. Ownership Unbundling die gewünschte Wirkung entfalten würde, erklärte Huber. Neue Netzrenten würden sich kaum anders verhalten als die alten. Vor allem müssten sie erst einmal den für die Netze bezahlten Kaufpreis amortisieren. Die Netzentgelte dürften demzufolge kaum sinken. Huber: „Es kommt auf eine wirksame Regulierung an. Dafür müssen wir die gesetzlichen und administrativen Voraussetzungen schaffen.“

Allerdings lehne Bayern die von der Kommission ins Gespräch gebrachte Einrichtung einer europäischen Regulierungsbehörde ab. Um verbraucherfreundlich arbeiten zu können, sei die Kenntnis der regionalen Gegebenheiten dringend erforderlich. „Es dürfte kaum sinnvoll sein, etwa das Strom- und Gasnetz der Stadtwerke Rosenheim von Brüssel aus zu regulieren“, meinte Huber. Eine verstärkte Koordination und Kooperation der Regulierungsbehörden und -prinzipien der Mitgliedstaaten könne hier mehr bewirken als Zentralismus und neue Bürokratie.

Als unverzichtbar aus bayerischer Sicht bezeichnete der Minister schließlich die Weiternutzung der Kernenergie. Sie trage nicht nur zur Versorgungssicherheit bei, sondern punkte auch bei den Zielen Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit. □

Ehrgeizige Ziele für Erneuerbare Energien

EUROFORUM-Konferenz „Biogas - Die Zukunftenergie“ in Düsseldorf

Die Erwartungen der Bioenergiebranche an die Novellierung des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes (EEG) und die Potenziale für die Energie- und Agrarwirtschaft an den Energieträger Biogas bestimmten die Diskussionen und Vorträge der rund 70 Teilnehmer auf der EUROFORUM-Konferenz „Biogas - Die Zukunftenergie“ in Düsseldorf.

Dr. Frank Scholwin (Institut für Energetik und Umwelt) verwies zunächst auf die politischen Vorgaben auf internationaler und nationaler Ebene, die die starke Entwicklung auf dem Markt für Erneuerbare Energien vorantrieben haben. Die Reduzierung der Klimagasemissionen sowie die Diversifizierung der Energieversorgung hätten insbesondere auch den Markt für Biogas aufblühen lassen. Scholwin prognostizierte zwar eine weiter wachsende Bedeutung des Biogas-Marktes, allerdings sei der Peak mit 3.500 Biogasanlagen und einer installierten Leistung von 1,2 bis 1,3 MW schon überschritten. Wirtschaftlich seien zurzeit nur Heizwerke zu betreiben, andere Erzeugungsformen lägen mit ihren Kosten noch über denen der fossilen Energieträger. Weitere Standorte, die ökonomisch und ökologisch sinnvoll zu nutzen sind, seien nur noch begrenzt vorhanden. Der Trend, der seit 2004 zu beobachten sei, gehe zu größeren Anlagen (über 500 kW) und solchen, die auf nachwachsende Rohstoffe setzen, sagte Scholwin.

Nach Schätzungen des Institutes für Energetik und Umwelt wird bis im Jahr 2010 eine Nutzfläche von 2,6 bis 3 Millionen ha/a für Biomasse in Anspruch genommen werden. In Deutschland könnten solche Flächen nachhaltig ohne negative Auswirkungen auf die Nahrungsmittelproduktion zur Verfügung gestellt werden. 2010 soll es laut Scholwin in Deutschland 5.000 Biogasanlagen geben, 2020 etwa 7.500. Biogas sei ein Energieträger, der bei vergleichsweise geringen Investitionskosten genauso zur regionalen Wertschöpfung wie zur CO₂-Reduktion beitra-

gen könne. Im Vergleich sei die Holzverstromung aber noch effektiver, denn hier erfolge die gleiche CO₂-Reduktion zu erheblich geringeren Kosten.

Wichtig sei, dass die Prozesskette nachhaltig ist, betonte der Energie-Experte weiter. Die Bioenergienutzung müsse zur CO₂-Reduktion beitragen, die Energieträger müssten regenerativ sein und durch die Produktion dürfe auch kein Umweltnachteil durch die Ausweitung der Agrarflächen entstehen. Zukünftige Handlungsfelder sind laut dem Leipziger Institut die verstärkte Nutzung von Energiepflanzen, neue und optimierte Konversionsanlagen und eine bessere Integration der Biomasseerzeugung und -verwendung im Energiesystem.

Die weiteren energie- und klimapolitischen Ziele der Bundesregierung erläuterte der Vertreter des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Bernhard Dreher. Die deutsche EU-Präsidentschaft bezeichnete er als einen Höhepunkt der deutschen Energie- und Klimapolitik. Hier sei nicht nur beschlossen worden, dass die EU Vorreiter bei der weltweiten Reduzierung von Klima-Emissionen werden wolle, sondern auch eine konkrete Reduzierung der CO₂-Emissionen um 20 Prozent. Als eine historische Entscheidung bezeichnete er das verbindliche Ziel, bis 2020 den Anteil der Erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch auf 20 Prozent festzusetzen. Für Ende des Jahres kündigte er die Richtlinie der EU für die Erneuerbaren Energien an, in der das von Bundeskanzlerin Angela Merkel vorangetriebene Klima- und Energiepaket umgesetzt werden solle. □

Bio-Wärmeanlage in Dillingen:

Mit großen Schritten zur grünen Energie

Der Bau der Bio-Wärmeanlage nimmt immer mehr Gestalt an. Die Außenwände ragen bereits aus dem Boden heraus und seit Anfang September steht das Herzstück der Bio-Wärmeanlage: zwei Bio-Masse-Heizkessel.

Ende des Jahres wird der Thermoölkessel und die ORC-Turbine in Betrieb gehen. Die Hauptaufgabe des Thermoölkessels ist es, die ORC-Turbi-



Zwei Heizkessel für die Bio-Wärmeanlage in Dillingen. Hier schweben 28 Tonnen auf die Erde. □

ne anzutreiben, um daraus Strom zu gewinnen.

Mit der ORC-Turbine werden 875 kW Strom produziert, was umgerechnet ca. 90.000 Stück 10W-Energieparlampen entspricht! Mit dem Thermoölkessel und dem Warmwasser werden etwa 6,0 MW Wärmeleistung produziert, wovon knapp 600 Einfamilienhäuser die Vorteile der grünen Energie nutzen und ökologisch und CO₂-neutral heizen können.

Klimakiller CO₂ wird eingespart

Mit der Bio-Wärmeanlage leistet Dillingen einen großen Beitrag zum Klimaschutz in unserer Heimat. Jährlich können über 11.000 t Klimakiller CO₂ eingespart werden. Ein Schritt in die Richtung von erdgas schwaben, bis 2020 gut 30 % des Erdgasverbrauchs durch grüne Energie zu ersetzen, ist somit geschafft. □



Unsere Energie wird Bio

Bio-Erdgas nachwachsende Energie aus unserer Heimat

- CO₂-neutral
- regional produziert
- stärkt den Wirtschaftsstandort Schwaben
- rund um die Uhr verfügbar

erdgas schwaben gmbh
Bayerstraße 43
86199 Augsburg
Telefon 0821 9002-0
www.erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben
Wir sind da, wo unsere Kunden sind

Bayerische Elektrizitätswerke GmbH:

Rundum-Sorglos-Paket für Kommunen

BEW-Geschäftsführer Dr. Olaf Heil im GZ-Interview
Thema: Wärme-Komplettlösungen

Als verlässlicher Partner der Kommunen präsentiert sich die Bayerische Elektrizitätswerke GmbH (BEW), eine 100%-ige Tochter der Lechwerke AG, Augsburg. Wie Geschäftsführer Dr. Olaf Heil in einem Gespräch mit der GZ erläuterte, bietet der in Augsburg ansässige Energieversorger Wärme-Komplettlösungen an, wodurch Städte und Gemeinden in die Lage versetzt werden, sich mehr auf ihre Kernkompetenzen zu konzentrieren.

Die Wärmeversorgung von öffentlichen und privaten Gebäuden ist ein Thema mit weitreichenden Konsequenzen, gilt es doch, Entscheidungen über die Sanierung oder Neuinstallation einer Heizungsanlage, über die Finanzierung, den Betrieb, über Reparaturen oder den Brennstoffeinkauf zu fällen. Hinzu kommt, dass bei vielen Immobilien der Energieverbrauch unnötig hoch ist, was nicht nur Kosten, sondern auch vermeidbare CO₂-Emissionen verursacht.

Mehr Produktivität

Das BEW Wärme Contracting zeichnet sich Heil zufolge dadurch aus, dass sich Experten nicht nur um Planung und Errichtung der Heizungsanlage kümmern, sondern auch für Betrieb, Zählung, Abrechnung und Finanzierung zuständig sind. Somit stellt die BEW als Contractor auch das Kapital für Investitionen in die Heizungsanlage zur Verfügung. Für den Kunden ergibt sich ein monatlicher Grundpreis mit langfristiger Preisgarantie und den Verbrauchskosten. Damit kann dieser ohne zusätzliche Belastung seines Budgets Einsparpotenziale erschließen. Dank freier werdender finanzieller und personeller Kapazitäten wird die Produktivität der Kommune gesteigert.

Viele Serviceleistungen

Mit Hilfe des Einsatzes modernster Energietechnik, der optimalen Auslegung der Anlagekomponenten und der langjährigen Erfahrung der BEW-Experten lassen sich Energiekosten und Umweltbelastung stark reduzieren (vgl. Kasten zur dena-Marktstudie). Dieses Einsparpotenzial ermöglicht es der BEW, die Anlage des Kunden zu finanzieren, zu warten und eine Vielzahl von Serviceleistungen anzubieten. Für die Kommunen stellt das BEW Wärme Contracting eine Variante einer öffentlich-privaten Partnerschaft (PPP) dar und ermöglicht eine Vertrags-

laufzeit von wahlweise 10, 15 oder 20 Jahren.

Die Gestaltung der Anlage richtet sich Heil zufolge nach den individuellen Bedürfnissen des Kunden. Nach einer exakten Analyse wird in enger Abstimmung mit der Kommune die optimale Lösung entwickelt. „Dieses Rundum-Sorglos-Paket geht weit über das hinaus, was Ingenieurbüros oder Planer leisten können“, betonte Heil: „Schließlich liegt das komplette Finanzierungsrisiko bei uns.“ Für die Gemeinde bedeute dies Preisstabilität und -sicherheit. Hinzu komme, „dass wir völlig frei in der Wahl unserer Lieferanten und unseres Konzepts sind“. Die BEW unterliege nicht dem Zwang, sich auf bestimmte Brennstoffe fokussieren zu müssen.

Know-how rund um die Uhr

Die Bereiche Energiedienstleistung und Umweltdienstleistung (hierzu zählt auch der Betrieb von Abwasseranlagen) sind Bestandteil des Kundenportfolios. Bei Abwasseranlagen ist das Unternehmen nach Heils Angaben „sehr erfolgreich unterwegs“. Allein in diesem Jahr erhielt die BEW bereits drei neue Betriebsführungsaufträge. Diese Tatsache, so Heil, komme nicht von ungefähr: „Wir verfügen gerade im Ingenieurfach über sehr gute Spezialisten, die auch in der Lage sind, solche Anlagen zu optimieren.“ Das „Know-how von Energie und Biologie“ sei rund um die Uhr vorhanden.

Moderne Zentralwarte

BEW betreibt in der Region Bayerisch Schwaben knapp 40 Kraftwerke - vornehmlich Wasserkraftwerke, aber auch thermische Kraftwerke. Der Betrieb aller Anlagen wird in Gersthofen von einer modernen Zentralwarte aus gesteuert. „Somit sind technische Voraussetzungen gegeben, die einzelne Kommunen nicht haben“, hob Heil hervor. Die Fernüberwachung gelte für Heizungsanlagen. Kos-

teneinsparpotenziale ließen sich auch hier durch moderne Technik erzielen. Bei Bedarf könnten Anlagen auch abgebaut werden, ergänzte der Geschäftsführer: „Die Leute, die sich mit Energiecontracting beschäftigen, sind bundesweit miteinander vernetzt. Das heißt: Wenn man an Ort A eine Anlage abbaut, ist es möglich, diese bei Bedarf am Ort B wieder aufzustellen.“

Stoffstrommanagement

Momentan werden die Kommunen nach Heils Beobachtung „sehr stark über Erdgas versorgt“. In letzter Zeit allerdings sei das Interesse an regenerativen Energien, insbesondere an der Biomasse, merklich gestiegen. Auch hier bietet die BEW ihre Dienste an: Über den LEW-Mutterkonzern, die Essener RWE AG, offeriert sie ein zentrales Stoffstrommanagement, d. h.: „Wir vergleichen deutschlandweit die Preise.“ Heil: „Natürlich kann sich jeder Bürgermeister eine Holzpelletheizung beschaffen und selbst mit diversen Brennstofflieferanten verhandeln. Jedoch haben wir den Vorteil, über große Mengen unsere Einkäufe kostengünstiger gestalten zu können.“

Tiefengeothermie

Die BEW verfolgt auch das Thema (Tiefen-)Geothermie sehr offensiv. Beim bayerischen Wirtschaftsministerium hat sich der Energieversorger die Erlaubnis für Erdwärmehohlräume im Gebiet um Buchloe mit dem Ziel ein Geothermiekraftwerk zu errichten, gesichert. Ebenso hat der Standort am Hohenpeißenberg eine weitere Priorität bei BEW: Nachdem die Machbarkeitsstudie hier vorliegt, werden derzeit im sog. Reprocessing die geologischen und seismischen Daten nochmals überprüft, um die Bohrplätze exakt festzulegen. Die Gemeinde Peißenberg ist am Projekt beteiligt. Weitere Erlaubnisfelder zur Strom- und Wärmeerzeugung aus geothermischen Quellen werden derzeit geprüft.

Laut Geschäftsführer Heil verfügt die LEW auch beim Thema Geothermie über „eine Menge Know-how“. Vor dem Hintergrund einer relativ neuen, innovativen Technik, die auch Risiken berge, sei man prädestiniert, „Kosten, Chancen und Ri-

siken zwischen Energieversorgungsunternehmen und kommunalem Partner aufzuteilen“. Hinzu komme, dass die RWE Dea, in der Gas- und Ölförderung seit Jahrzehnten aktiv, „in Bayerisch Schwaben umfangreiche Erfahrungen und sehr gute Referenzen vorzuweisen hat“. Beispielsweise sei RWE über die Tochtergesellschaft Kelag-Kärntner-Elektrizitäts-AG an einem Geothermieprojekt in Simbach beteiligt.

Oberflächennahe Geothermie

„Sehr hohes Potenzial“ sieht Heil auch bei der oberflächennahen Geothermie. Hier bietet LEW das Wärmepumpencontracting an. Im Netzgebiet des Energieversorgers sind bereits jetzt über 5000 Wärmepumpen installiert. Aus gutem Grund, handle es sich doch dabei „um eine ausgesprochen günstige Gelegenheit, unabhängig von Öl- und Gaspreiserhöhungen das Thema Wärmeversorgung sicherzustellen“.

Energieeffizienzkampagne

Zunehmende Bedeutung gewinnt das Thema regenerative Energien auch durch die Energieeffizienzkampagne der EU. Die nunmehr neun Jahre währende EU-Richtlinie sieht eine jährliche Energieeinsparung von einem Prozent vor; die Bundesregierung wiederum hat sich verpflichtet, diesen Wert zu überschreiten und deshalb den Kommunen vorgegeben, drei Prozent an Energie pro Jahr einzusparen. Da die Städte und Gemeinden eine Vorreiterfunktion innehaben, „wird auf sie in den nächsten Jahren enormer Druck ausgeübt werden“, prognostizierte Heil. RWE habe sich dieses Themas ange-

nommen und hierzu verschiedene Maßnahmenpakete innerhalb eines 150 Mio. Euro-Programms geschürt.

5000-Rathäuser-Programm

So sieht das sog. 5000-Rathäuser-Programm vor, für bundesweit 5000 kommunale Einrichtungen einen Energieeffizienzcheck durchzuführen. Den 293 Rathäusern in Bayerisch-Schwaben wird dieses Angebot in absehbarer Zeit unterbreitet werden. Die Kosten trägt ausschließlich RWE. Hier fließt Heil zufolge wieder das Know-how der BEW mit ein: „Sollte die betreffende Gemeinde Interesse haben, ein Contracting

oder Energiedienstleistungen mit BWE durchzuführen, würden wir uns gerne beteiligen.“

Krankenhausprogramm

Weiterer Bestandteil des Maßnahmenpakets ist das Krankenhausprogramm, das bundesweit 100 Energiepässe für private und kommunale Krankenhäuser vorsieht. In ausgewählten Kliniken ab 200 Betten soll jeweils über eine Strom- und Verbrauchsmessung ein Energiecheck durchgeführt und mittels Branchenvergleich der Handlungsbedarf ermittelt werden. Im Nachgang bietet die BEW ein kontinuierliches Monitoring und die Umsetzung der Maßnahmen an. **DK**

Dena-Marktstudie zum Energie-Contracting

Bund, Länder und Kommunen können jährlich bis zu 300 Millionen Euro an Energiekosten in ihren Liegenschaften einsparen. So lautet das Ergebnis einer Marktstudie, die die Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena) veröffentlicht hat. Errechnet wurde das Einsparpotenzial, das bis zum Jahr 2016 erreicht werden kann, wenn spezialisierte Dienstleister eingesetzt werden.

Dieses Potenzial entspricht rund 30 Prozent der Energiekosten in etwa 20.000 Schulen, Justizvollzugsanstalten, Verwaltungsgebäuden und anderen öffentlichen Liegenschaften, die sich auf Grund ihrer Größe besonders für Energie-Contracting eignen. Unter verbesserten Rahmenbedingungen kommen langfristig weitere 18.000 öffentliche Liegenschaften für Energie-Contracting in Frage.

„In den meisten öffentlichen Liegenschaften sind die Kosten für Heizung, Warmwasser, Beleuchtung, Lüftung und Kühlung immer noch viel zu hoch“, erläuterte dena-Geschäftsführer Stephan Kohler. „Mit Energie-Contracting können Bund, Länder und Kommunen eine Menge Energie und damit Geld sparen. Gleichzeitig schützen sie das Klima, stärken die Bauwirtschaft und geben ein wichtiges Signal für das Energiesparen in Nichtwohngebäuden.“ **DK**

KOMMUNAL-ENTWICKLUNG STANDORT-ENTWICKLUNG WOHNUNGSBAU

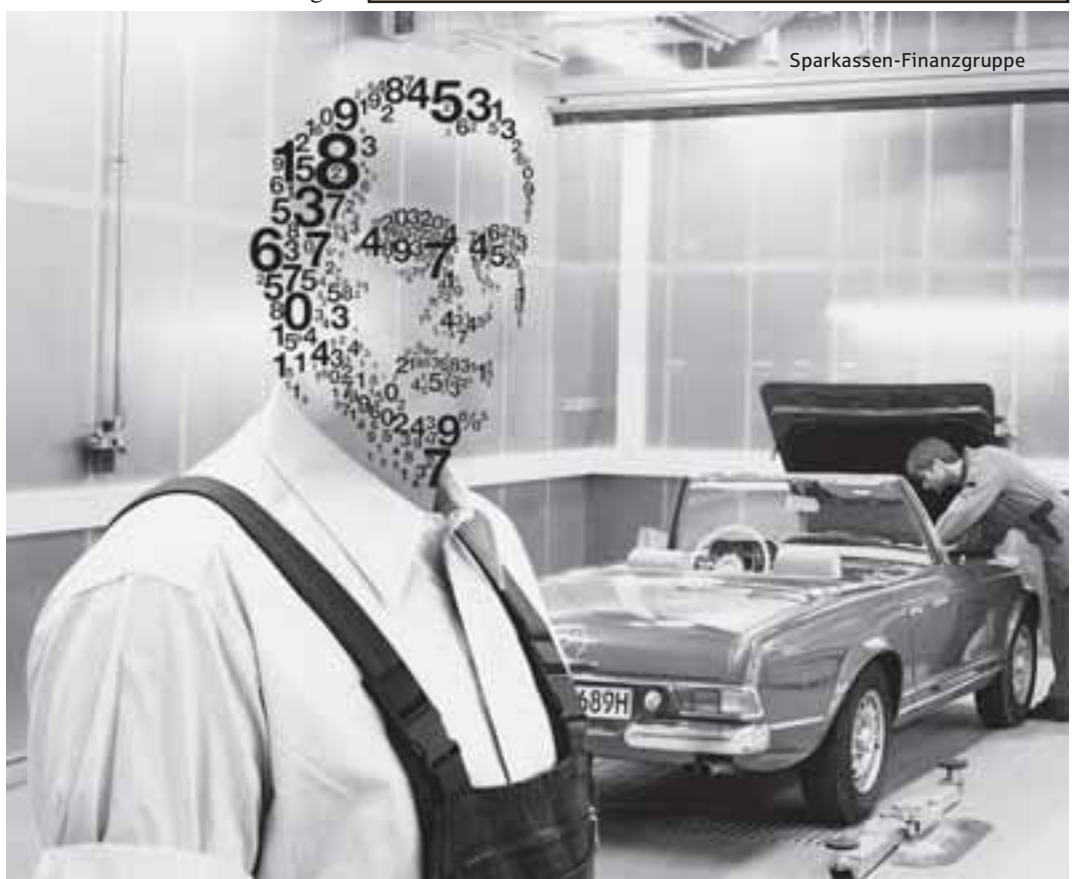
Bayerische Landessiedlung
Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14
81669 München
Tel. +49 (0) 89 / 23 87-0
Fax +49 (0) 89 / 23 87-99
info@bls-bayern.de

10. bis 11. Oktober
Kommunale 2007

Besuchen Sie uns auf unserem Messestand Nr. 402, Halle 12.0 in Nürnberg

Kompetente Dienstleistungen für Kommunen

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN



Befreien Sie Ihren Kopf von Finanzfragen.

Mit dem Sparkassen-Finanzkonzept.



Brummt Ihnen der Kopf vor lauter Zahlen? Nutzen Sie eine umfassende Beratung, die Ihre privaten wie geschäftlichen Bedürfnisse optimal strukturiert und auf eine erfolgreiche Entwicklung ausrichtet. Damit bei Ihnen das Geschäft brummt. Und nicht der Kopf. Mehr dazu in Ihrer Geschäftsstelle und unter www.sparkasse.de. **Wenn's um Geld geht - Sparkasse.**

Bundeskongress des VKS im VKU in Potsdam:

Eckpfeiler Kommunalbetriebe

„Im Gegensatz zu vielen anderen Branchen hat sich die kommunale Abfallwirtschaft den Klimaschutz schon lange auf ihre Fahnen geschrieben“, hat der Vorstandsvorsitzende des VKS im VKU, Dr. Rüdiger Siechau, beim zweiten Bundeskongress des Verbandes kommunale Abfallwirtschaft und Stadtreinigung (VKS im VKU) in Potsdam die aktuellen Diskussionen um den Klimawandel kommentiert. Zahlreiche kommunale Betriebe und Unternehmen trügen schon heute durch eine umweltgerechte Behandlung und nahezu vollständige Verwertung der Abfälle zu einer deutlichen Reduktion der Treibhausgasemissionen bei.

Damit hätten sie bereits jetzt die von der Bundesregierung erst für 2020 geforderten Verwertungswege eingeschlagen und hielten die entsprechenden Standards ein, erklärte Siechau. So fielen beim Einsatz von Abfall als Brennstoff zur Energieerzeugung zum Beispiel über 50 % weniger an klimaschädlichen CO₂-Emissionen an - verglichen mit dem Einsatz anderer fossiler Brennstoffe. Kommunale Abfallwirtschaft heiße aber auch regionale Abfallwirtschaft. Das bedeute kurze Transportwege und damit jede Menge Einsparung von verkehrsbedingten Emissionen.

Schlüsselrolle

Siechau: „Häufig wird der Beitrag der kommunalen Abfallwirtschaft zum Klimaschutz völlig unterschätzt.“ Dabei nähmen die kommunalen Abfallwirtschaftsbetriebe und -unternehmen schon heute eine Schlüsselrolle als Mittler zwischen Politik und Bürger ein - und das nicht nur aufgrund ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur umweltfreundlichen Beschaffung.

Kommunale Daseinsvorsorge

„Die kommunale Entsorgungswirtschaft hat entscheidend dazu beigetragen, dass wir heute in Deutschland im Bereich der Verwertung und Beseitigung von Siedlungsabfällen über ein Niveau verfügen, um das uns fast alle europäischen Mitgliedsstaaten beneiden“, würdigte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel die kommunale Abfallwirtschaft. Deren wesentliche Aufgabe sei es, allen Bürgerinnen und Bürgern langfristige Versorgungssicherheit bei bestmöglichem Service, hohem ökologischen Niveau und sozialverträglichen Gebühren zu bieten. Damit erfüllten Kommunen eine wichtige

Teilfunktion der Daseinsvorsorge. Auch in Zukunft sei die kommunale Daseinsvorsorge - insbesondere im Hinblick auf Europa - als wesentlicher Bestandteil des Staats- und Gemeinschaftssystems unverzichtbar. In diesem Zusammenhang verwies Gabriel auf die Bekräftigung der Anerkennung der kommunalen Selbstverwaltung und die Gestaltungsfreiheit der Kommunen beim EU-Gipfel im Juni 2007.

Bekanntnis zum bestehenden Recht

Im Hinblick auf die aktuelle Diskussion um das so genannte Steuerprivileg kommunaler Unternehmen bekannte Gabriel sich klar zum bestehenden Recht: „Öffentlich-rechtliche Unternehmen der Abfall- und Abwasserentsorgungswirtschaft sind im Gegensatz zu privatrechtlichen Unternehmen zu Recht von der Gewerbe-, Körperschafts- und Umsatzsteuerpflicht befreit.“ Hier sei die vorgegebene Daseinsvorsorgeaufgabe der kommunalen Abfallentsorgung den Kommunen - steuerrechtlich betrachtet - „eigentümlich und vorbehalten“. Natürlich könnten Kommunen zur Erfüllung ihrer Aufgaben auch privatrechtliche Unternehmen betrauen, in der rechtlichen Verantwortung blieben jedoch allein die Kommunen, so Gabriel. Siechau begrüßte die Unterstützung dieser wichtigen Kernthemen des Verbandes durch die Bundesregierung: „Es ist mehr als erfreulich, dass die Bedeutung der Daseinsvorsorge von der Politik so umfänglich gestützt wird.“

Hohe Kompetenz

Insgesamt zeigte sich der Vorstandsvorsitzende mehr als zufrieden mit der großen Resonanz auf den Potsdamer Bundeskongress. Im Mittelpunkt standen wichtige Themen wie Daseinsvorsorge, kommunale

Selbstverwaltung, europäische Entwicklungen, Ressourcenschonung, Energieeffizienz und Klimaschutz. Darüber hinaus ging es jedoch auch um praxisnahe Bereiche, wie beispielsweise neue Konzepte zur Stadt-

Landkreis Rosenheim:

50 Jahre kommunale Müllabfuhr

Rund 1000 interessierte Bürgerinnen und Bürger aus dem gesamten Landkreis Rosenheim waren auf das Betriebsgelände der Landkreis-Müllabfuhr nach Raubling gekommen, um dort beim „Tag der offenen Tür“ an das 50-jährige Jubiläum des Abfuhrbetriebs zu erinnern. Vor Ort konnten sich die Besucher ein Bild von der Wirtschaftlichkeit des modernen und leistungsstarken Unternehmens machen.

Neben der Besichtigung aller technischen Einrichtungen sowie der Fahrzeuge und Gebäude gab es zahlreiche Informationen und Beratungen zum Thema Abfallentsorgung, -vermeidung und -verwertung sowie Filme und Gewinnspiele. Besonders beliebt nicht nur bei den jungen Besuchern waren die angebotenen Mitfahrgelegenheiten und Rundfahrten mit Müllautos.

Anlässlich des Jubiläums gab es großes Lob von Rosenheims Landrat Dr. Max Gimple: Die Abfallwirtschaft des Landkreises Rosenheim, so der Landkreischef, werde seit Jahrzehnten von den drei Säulen „Wirtschaftlichkeit“, „Umweltverträglichkeit“ und „Bürgerfreundlichkeit“ geprägt. Einen wesentlichen Beitrag hierzu leiste der nun seit 50 Jahren bestehende kommunale Abfuhrbetrieb.

Die Geschichte der heutigen Müllabfuhr im Landkreis Rosenheim begann 1957 mit der Gründung des Müllabfuhrzweckverbandes der vier Gemeinden Raubling, Bernau, Degerndorf und Stephanskirchen. Nach langwierigen Verhandlungen mit anfangs noch 19 interessierten Gemeinden und der laufenden Unterstützung durch Landrat Georg Knott fand am 19. Juli 1957 die Gründungsversammlung statt.

Am 5. September 1957 trat der erste „KUKA-Müllwagen“ seinen Dienst an. Zu dieser Zeit betrug die eingesammelte Müllmenge rund 900 Tonnen. Die stetige und unaufhaltsame Verbandsausweitung forderte die Schaffung eines Standorts zum

sauberkeit. Siechau: „Wir haben eindrucksvoll bewiesen, welche wichtige Rolle die kommunalen Betriebe mit Ihrer Kompetenz für eine funktionierende Abfallwirtschaft und einen nachhaltigen Klima- und Ressourcenschutz in unseren Kommunen spielen.“ Das gelte schon heute und erst recht, um den Anforderungen der Zukunft gerecht zu werden. **DK**

Tagung im Bayerischen Landesamt für Umwelt:

Schatzkiste Biotonne

Rund drei Viertel aller bayerischen Landkreise haben die Biotonne zur Getrenntsammlung von Bioabfällen eingeführt und so die Voraussetzung dafür geschaffen, diese Abfälle stofflich und/oder energetisch zu verwerten. Das Für und Wider der Biotonne wird seit längerem unter Kostenaspekten diskutiert - mit teilweise widersprüchlichen Ergebnissen: Während ein Kosten- und Gebührevergleich des Bayerischen Umweltministeriums durchschnittlich leicht höhere Abfallgebühren in Landkreisen mit Biotonne ausweist, kommt eine aktuelle Studie des INFA-Instituts zu dem Schluss, dass die Einführung der Biotonne vor allem in ländlich strukturierten Gebieten eindeutig kostengünstiger sei.

Neben dem Kostenaspekt darf aber auch die ökologische Komponente in der Diskussion nicht unbeachtet bleiben, wie die Tagung „Biotonne - Jetzt erst recht?“ im Bayerischen Landesamt für Umwelt aufzeigte. Veranstaltung wurde die sehr gut besuchte Veranstaltung vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, dem Landesamt für Umwelt, dem bifa Umweltinstitut und dem Landesverband Bayerischer Biomasse- und Komposthersteller (LBK e.V.).

Vorteile der Getrenntsammlung

Referenten aus Wissenschaft, Politik, Verbänden und Verwaltung stellten in ihren Vorträgen klar die Vorteile der Getrenntsammlung heraus. So zeigte Professor Dr. Bernhard Gallenkemper, Institut für Abfall, Abwasser und Infrastruktur-Management GmbH, anhand seiner Untersuchungen auf, dass die separate Erfassung des organischen Stoffstroms das Restabfallaufkommen deutlich reduziert und insgesamt betrachtet die getrennte Erfassung und Verwertung von Bioabfall insbesondere in ländlichen Gebieten kostengünstiger ist. Diese These wurde auch gestützt durch die Erfahrungswerte Öffentlich-Rechtlicher Entsorgungsträger mit der Biotonne, wie die Vorträge von Karl-Heinz Kellermann (ZAW Donau-Wald) und Jürgen Pfister (Landkreis Bamberg) zeigten.

Bamberger Praxis

Pfister zufolge ist die Biotonne im Landkreis Bamberg mittlerweile etabliert und unumstritten; es gebe „kaum bis keine Probleme“ in der täglichen Praxis. Das Ziel der Verbesserung der Grün- und Entsorgung sei erreicht worden, ebenso sei es gelungen, für eine Vergärung der Bioabfälle unter Einbeziehung der heimischen Wirtschaft und Landwirtschaft zu sorgen - Stichwort Wertschöpfung im Landkreis. Die Kostensituation sei abhängig von den örtlichen Verhältnissen, zum Beispiel von der Höhe und der künftigen Entwicklung der Verbrennungsgebühren, betonte Pfister.

Auf dem Prüfstand

Auch Josef Kotz (Landratsamt Amberg-Sulzbach), Vertreter eines Landkreises ohne Biotonne, möchte das Thema Biotonne vor diesem Hintergrund in seinem Landkreis erneut auf den Prüfstand stellen. Finanzielle Gründe, Probleme bei der Durchführung der Getrenntsammlung (Hygienische Probleme vor allem bei großen Mengen Bioabfall, Fehlbefüllung, keine ausreichende Reinigung der Abfallbehälter und kein ausreichendes Abfallbehälter-Volumen bei großen Grundstücken) sowie die Tatsache, dass Aufwendungen für die Getrenntsammlung der Bioabfälle letztlich höher waren als der Nutzen, hatten den Landkreis Ende 1996 bewogen, den 1991 begonnenen Biotonne-Versuch zu beenden.

Gleichwohl, so Kotz, mache die flächendeckende Einführung der Biotonne aus fachlicher

Sicht durchaus Sinn. Das Restmüllaufkommen könnte um etwa 35 Prozent reduziert werden, die Konsequenz daraus wäre allerdings 1998 im Landkreis Amberg-Sulzbach eine Erhöhung der Abfallgebühren um 45 Prozent gewesen. Grundsätzlich sei für ihn, Kotz, der beste Lösungsansatz die Vermeidung von Abfällen durch Verwendung von Mehrwegbehältern und durch die Eigenkompostierung von Grün- und Gartenabfällen. Verwertung sei stets nur der zweitbeste Weg.

Energieeinsparung

Der Bayerische Bauernverband, vertreten durch Werner Reihl (Bezirkspräsident Oberfranken des BBV), zeigte die sinnvolle Anwendung qualitätsgesicherter Komposte auf, die auch nachhaltig die Böden verbessern. Weitere Vorträge stellten die ökologischen Vorteile der Getrenntsammlung dar. Komposte und Gärreste sind wertvolle Nährstofflieferanten und substituieren mineralische Dünger. Neben mineralischen Rohstoffen wird dabei auch Energie eingespart, etwa bei der energieintensiven Herstellung von Stickstoffdüngern.

Beitrag zum Klimaschutz

Kompost verbessert die Struktur, Wasserhaltekapazität und Fruchtbarkeit des Bodens nachhaltig. Damit wird die Produktionsgrundlage der Landwirtschaft, insbesondere beim Anbau von Biomasse zur energetischen Verwertung, gestützt. Schließlich können Komposte Torf substituieren und so einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Das Fazit der Tagung durch den LBK-Vorsitzenden Gerd Weber war daher eindeutig: „Das Fragezeichen, das wir ursprünglich hinter den Titel unserer Veranstaltung setzten, muss nach diesen eindeutigen Statements pro Biotonne durch ein Ausrufezeichen ersetzt werden!“ **DK**

Ja zu europaweiten Abfall-Standards!

Die geplante EU-Abfall-Richtlinie wäre ein wesentlicher Fortschritt für die Abfallwirtschaft, hätte sie nicht ein Zuviel an Bürokratie im Schlepptau. Diese Einschätzung zur neuen EU-Abfall-Richtlinie traf Bayerns Umweltstaatssekretär Otmar Bernhard im Rahmen des „Brüssler Dialogs“ in Brüssel. Bernhard: „Die neue Abfall-Richtlinie stellt die Weichen für eine moderne, europäische Recycling-Gesellschaft. Weg von der alten Abfallbeseitigung hin zu Abfallvermeidung und -verwertung. Aber die Vorschriften brauchen die nötige Flexibilität und dürfen keine neue Bürokratie aufbauen.“ Bayern hält sein Abfallaufkommen seit vielen Jahren auf gleichem Niveau, obwohl die Bevölkerung um eine Million gewachsen ist und ein Wirtschaftswachstum von 34 Prozent zu verzeichnen ist. „Das bayerische Konzept der Integrierten Abfallwirtschaft, in der Abfallvermeidung und Abfallverwertung Vorrang haben, hat seine Effizienz bewiesen“, so der Staatssekretär. **□**

Der sichere Weg zur Doppik führt über die DATEV.

Unsere Einstellung zur Umstellung lässt sich so beschreiben: partnerschaftliche, sichere Wegbegleitung mit kommunalem Know-how und mit unseren bewährten Doppik-Programmen. Gemeinsam mit ihrem steuerlichen Berater bieten wir Städten und Gemeinden ein maßgeschneidertes Paket aus Dienstleistung, Fachwissen und flexibler Software, auf Wunsch mit einem leistungsstarken Rechenzentrum. Das ermöglicht ausgefeilte Detaillösungen für die speziellen Anforderungen Ihrer Kommune oder des Eigenbetriebs. Und genau das schätzen Kämmerer. Denn im scheinbar Kleinen liegen die größten Herausforderungen bei der Doppik-Umstellung. Sie sehen, der Weg zur Doppik lässt sich gemeinsam meistern. Es kommt nur auf die richtige Umstellung an.

Wir denken schon mal vor.



Zukunft gestalten. Gemeinsam.

www.datev.de/kommunal, Telefon 0800 0114348

Kürzung der Staatsmittel für Kommunalstraßen:

Empörung bei unterfränkischen Landräten

Mit großer Enttäuschung und Empörung nehmen die unterfränkischen Landräte die geplanten Kürzungen der staatlichen Mittel im Bereich des Baus von Kreisstraßen, Gemeindeverbindungsstraßen und Radwegen zur Kenntnis.

Nach Angaben der obersten Baubehörde im Bayerischen Innenministerium ist beabsichtigt, die Fördermittel des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) im Jahr 2008 um 25 Millionen Euro auf nur noch 120 Millionen Euro zu kürzen.

Schlechterer Straßenzustand

Das würde bedeuten, dass kommunale Straßenbauvorhaben nicht mehr mit rund 65 Prozent vom Staat gefördert wer-

den, sondern nur noch mit maximal 50 Prozent. Im Jahr 2002 hatte das GVFG-Fördervolumen seinen Höchststand von 172 Millionen erreicht, 2007 belaufen sich die Zuschüsse noch auf 145 Millionen Euro.

Die jetzt beabsichtigten Kürzungen hätten nach übereinstimmender Ansicht der Landräte eine zunehmende Verschlechterung der Straßenverhältnisse im ländlichen Raum zur Folge.

„Dies ist“, so der Bezirksvor-

sitzende des Bayerischen Landkreistags Landrat Harald Leitner (Landkreis Schweinfurt), „ein Beispiel dafür, dass man in München nicht müde wird, die Notwendigkeit der Förderung des ländlichen Raums zu postulieren, jedoch nicht immer entsprechend handelt.“

„Wohltaten“

Völlig daneben sei auch die Begründung für die Kürzungen im GVFG: Mit den eingesparten Mitteln soll der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) stärker gefördert werden. In der Tat habe die Staatsregierung in

den vergangenen Jahren erhebliche Kürzungen der ÖPNV-Mittel vorgenommen; erst in diesem Jahr wurde die Förderung von Busbeschaffungen völlig eingestellt. Es sei zwar begrüßenswert, endlich die ÖPNV-Mittel aufzustocken, sofern nicht nur überwiegend Geld in den ÖPNV der großen Städte München, Nürnberg und Augsburg gepumpt, sondern auch für den ländlichen Raum eingesetzt werden würde; die Finanzierung hierfür dürfe jedoch keinesfalls über Kürzungen im Straßenbaubereich geschehen. Es mache keinen Sinn, mit einer Hand zu nehmen, mit der anderen Hand „Wohltaten“ auszustreuen.

Landrat Leitner wurde beauftragt, gegenüber dem Innenministerium und dem Wirtschaftsministerium die Einwände der unterfränkischen Landräte gegen die geplanten Kürzungen vorzubringen. □

Verkehrssicherheitspreis an Kreisverkehrswacht Traunstein

Innenstaatssekretär Georg Schmid hat in Traunstein den mit 4.000 Euro dotierten 1. Preis des Bayerischen Verkehrssicherheitspreises an die Kreisverkehrswacht Traunstein verliehen.

„Die Kreisverkehrswacht Traunstein hat zusammen mit der Fachoberschule Traunstein, den örtlichen Fahrschulen, der Kreissparkasse und örtlichen Partnern aus der Wirtschaft eine erfolgreiche Verkehrssicherheitskampagne gegen den Unfalldod junger Verkehrsteilnehmer konzipiert und durchgeführt. Die Kampagne macht in eindrucksvoller Form auf den erschreckend hohen Anteil junger Verkehrsteilnehmer an den Verkehrstoten aufmerksam“, so Schmid.

Das Projekt <http://www.18bis24.de> richtet sich gezielt an die Jugendlichen und ihre Eltern. Die Eckpunkte waren eine aufwändige Plakataktion, die

Verteilung von Flyern, die Schaltung von Anzeigen, die Durchführung einer Pressekonferenz sowie eine öffentlichkeitswirksame Berichterstattung.

Der Staatssekretär hob hervor, dass jeder Verkehrstote und jeder im Straßenverkehr Verletzte einer zuviel ist: „Daher sind Ideen und Aktionen, die die Verkehrssicherheit erhöhen, herausragende und unverzichtbare Leistungen.“ Dass die gemeinsamen Anstrengungen für mehr Verkehrssicherheit erfolgreich seien, beweise die jüngste Entwicklung der Bayerischen Verkehrsunfallstatistik in den vergangenen Jahren. □

Straßenbeleuchtung:

Abschalten war gestern

Jede der neun Millionen Straßenlaternen in Deutschland verbraucht im Jahr etwa für 85 Euro Energie. Die hohen Stromkosten bewegen viele Kommunen zu Einsparungen am falschen Ende: Oft schon vor Mitternacht wird die Beleuchtung ganzer Straßenzüge rigoros abgeschaltet. Motto: Je kleiner die Gemeinde, desto dunkler des Nachts. Die Einsparungen zu Lasten der Sicherheit sind bei Einwohnern umstritten. Ihre Kritik hat inzwischen über 60 Bürgermeister bewogen, nach dem technischen Königsweg zur Lösung dieser Kosten-Sicherheits-Problematik zu suchen.

dimmlIGHT-Neuheit

In Gehren (Thüringen) setzt Bürgermeister Ronny Bössel auf die CE-konforme dimmlIGHT-Neuheit „ZDM 3000“. „Wir wollten keine Diskussion über die Abschaltung der Straßenbeleuchtung führen. Also haben wir nach Alternativen gesucht, wie wir die Kosten dafür trotzdem senken können.“ Ähnlich denken Stadtväter in Hannover, Unna oder Ilmenau, die jetzt Straßen und Plätze über ein Zeitprofil in der Helligkeit abdimmten. In Hirschau (Bayern) ist zusammen mit dem Energieversorger E.ON gerade ein Modellversuch angelaufen. Bei Erfolg, so Amtsleiter Martin Beck, sollen die gedimmten Lampen bald in allen anderen Mitgliedskommunen des oberbayerischen regEN e.V. brennen. Kann eine Kommune die Anschaffungskosten für die innovative Technik nicht aufbringen, bietet der Hersteller auch eine Vorfinanzierung an. Die gesparten Energiekosten stehen dann anteilig zur sofortigen Entlastung des kommenden Haushalts und zur Refinanzierung zur Verfügung.

Das Wirkprinzip des nachrüstbaren und nur Schuhkarton großen Geräts, das sich allein durch die Kosteneinsparungen binnen zwei Jahren amortisiert, ist absolut neu und zum Patent angemeldet: Statt die Spannung zu reduzieren wird die Wechselstromfrequenz auf bis zu 100 Hertz verdoppelt. Die Folge: Ein höherer Widerstand im Vorschaltgerät drosselt den Stromfluss. Stufenlos lässt sich so der Stromverbrauch von jeweils bis zu 30 Quecksilber- oder Natriumdampfhochdrucklampen zu 100 Watt um 67 Prozent verringern. Herkömmliches Dimmen, wo es technisch überhaupt möglich ist, bringt allenfalls 20 bis 25 Prozent Einsparung. □

**| wehe, wenn die zinsen steigen | ZINSVERÄNDERUNGEN
KÖNNEN IHREN FINANZIELLEN HANDLUNGSSPIELRAUM DRAMATISCH EINENGEN.
ABHILFE SCHAFFT PROFESSIONELLES SCHULDENMANAGEMENT MIT KONKRETEN
HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN ZUR REDUZIERUNG VON ZINSRISIKEN.
INNOVATIVE LÖSUNGEN UND LEISTUNGEN FÜR DEN ÖFFENTLICHEN SEKTOR -
BEI UNSEREN KOMMUNALKUNDENBERATERN.
| ideen nach vorn |**

COMMERZBANK 



150 Jahre Beilhack:

Firmenjubiläum am neuen Standort in Kiefersfelden

Wir brauchen Firmen wie Sie, die selbstbewusst mit Innovativem und Bewährtem zuversichtlich die Zukunft meistern“, sagte Bürgermeister Erich Ellmerer bei der Einweihung des neuen Firmenstandorts der Traditionsfirma Beilhack in Kiefersfelden. Bei dem Fest wurde gleichzeitig das 150-jährige Bestehen des Unternehmens gefeiert.

Für Beilhack und die Aebi-Schmidt-Gruppe, zu der das Unternehmen gehört, begrüßten CEO Walter T. Vogel, Schmidt-Geschäftsführer Walter Schmitz und Beilhack-Geschäftsführer Jens Skowronnek bei dem fröhlichen Fest neben zahlreichen Kunden aus dem kommunalen Bereich auch viele Vertreter von Partnerfirmen, die die Anbaugeräte bei ihren eigenen Fahrzeugen einsetzen, sowie die früheren Eigentümer des Unternehmens, das Ehepaar Beilhack.

Einsatz in Sibirien

Tradition, Fortschritt und Optimismus treffen hier zusammen, meinte der Bürgermeister. Der traditionsreiche Name Beilhack stehe für den Qualitätsbegriff „Made in Germany“ und genieße weltweit einen hervorragenden Ruf. Das riesigste



Bayerische Wertarbeit für den Einsatz im Himalaya.

Schneeräumfahrzeug seines Lebens habe er in Wladiwostok gesehen und darauf prangte der Name Beilhack.

Partner der Kommunen

Als Partner der Kommunen im In- und Ausland habe sich die Firma größte Verdienste bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben erworben. Der Bogen spanne sich vom modernsten Schneepflug über leistungsfähige Schneeschleudern und Streuau-

tomaten bis hin zu robusten Kehrmaschinen. Dass Langlebigkeit, Funktionssicherheit und Zuverlässigkeit der Produkte auch bei schwierigsten Einsatz- und Witterungsbedingungen gewährleistet sind, konnte Ellmerer aufgrund der positiven Erfahrungen in der eigenen Gemeinde belegen. Auch der Kundendienst arbeite hervorragend.

Standortvorteil im Kaiserreich

„Ihre Firma ist ein großer Gewinn für unsere Gemeinde und die ganze Region“, versicherte der Bürgermeister, der bei dieser Gelegenheit seinen eigenen Standort lobte. Dank hervorragender Verkehrsverbindungen nach Österreich und in den Mittelmeerraum biete der Ort am Kaisergebirge - „im Kaiserreich“ - ansiedlungswilligen Unternehmen beste Voraussetzungen.

Klangvoller Name

Dass Beilhack ein klangvoller Name ist, stellte auch der Vize-landrat des Landkreises Rosenheim, Lorenz Kollmannsberger, heraus. In seiner 24-jährigen Zeit als Bürgermeister habe er ebenfalls beste Erfahrungen mit den Produkten gemacht.

Über soviel Lob freuten sich die Vertreter der Unternehmensgruppe Aebi-Schmidt ebenso wie das Ehepaar Beilhack.

CEO Vogel und Geschäftsführer Schmitz lobten die unkomplizierte Zusammenarbeit mit der Kommune, den verkehrsgünstigen Standort und die hochqualifizierten, engagierten und treuen Mitarbeiter. Letztlich seien es tatsächlich die gemeinsamen

Werte gewesen, die zur Fusion von Schmidt Winterdienst und Aebi im bernischen Emmental geführt hätten, sagte Walter Vogel. Verantwortungsbewusstsein gegenüber Kunden und Mitarbeitern und der Wunsch, solide und innovative Problemlösungen zu entwickeln seien die Ziele beider Häuser.

In einem mit viel historischem



Die gelungene Ansiedlung zum 150-jährigen Firmenjubiläum der Firma Beilhack feierten am neuen Standort in Kiefersfelden (v.l.): Das Ehepaar Beilhack, Bürgermeister Erich Ellmerer, Schmidt-Geschäftsführer Walter T. Schmitz und Beilhack-Geschäftsführer Jens Skowronnek.

Bildmaterial angereicherten Fachvortrag stellte Jens Skowronnek, der die ganze Veranstaltung moderierte, schließlich die Entwicklung der Schneeräumtechnik während der letzten 150 Jahre dar.

Nunmehr umfasst das Beilhack Gesamtprogramm die Winterdiensttechnik, die Fahrzeugtechnik, die Bahntechnik und das Kundendienstzentrum.

Einsatz im Himalaya und in der Wüste

Die Kunden sind über den ganzen Globus verstreut. Man liefert Schneeräumfahrzeuge

Beckstein bei Landesfeuerwehrverband Bayern:

Dank für kompetenten und effizienten Einsatz

„Einsatz der Feuerwehren bei individueller Not und Großschadensereignissen von unschätzbarem Wert“

„Ganz gleich, ob es sich um Schneekatastrophen, Hochwasserereignisse, Starkregen oder Stürme handelt, oder ob es darum geht, einen Menschen aus individueller Not zu retten - die Feuerwehrfrauen und -männer stehen im Fall des Falles sofort mit ihrem Wissen und ihrer Tatkraft als Helfer zur Verfügung. Das ist von unschätzbarem Wert und verdient größte Anerkennung“, würdigte Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein (noch in seiner Funktion als bayerischer Innenminister) bei der 14. Landesverbandsversammlung des Landesfeuerwehrverbandes Bayern e.V. in Bad Gögging die Arbeit der Feuerwehren im Freistaat.

Beckstein eröffnete zugleich die diesjährige Feuerwehr-Aktionswoche, in der landesweit in zahlreichen Städten und Gemeinden Veranstaltungen zum Thema Frauen in der Feuerwehr stattfinden.

In seiner Ansprache verwies der Ministerpräsident darauf, dass auch in diesem Jahr zahlreiche Großeinsätze den Feuerwehren im Freistaat Höchstleistungen abverlangt haben: „Allein beim Sturm Kyrill im Januar mit extremen Orkanböen hat es rund 20.000 Feuerwehreinsätze gegeben. In der Nacht vom 18. auf den 19. Januar 2007 waren etwa 75.000 Feuerwehrendienstleistungen im Einsatz“. Beckstein dankte den Einsatzkräften nochmals für den kompetenten, beherzten und effizienten Einsatz der Feuerwehren zusammen mit Polizei, Technischem Hilfswerk und Hilfsorganisationen.

nach Indien - der Einsatz in den Gebirgen im Norden des Subkontinents erfordert höchste Professionalität - und Sandräumgerät für die Wüsten in Ägypten. Die Königsklasse im Lieferprogramm von Beilhack bilden die selbstfahrenden Schneeräummaschinen. Sie räumen die Bahngleise selbst bei schwierigsten Schneeverhältnissen im Winter noch zuverlässig.

Eines der größten Projekte der Schmidt Gruppe im vergangenen Jahr war der „Flotte Anderl“, die Selbstfahrende Bahnschneeschleuder HB 1200 S. Von Ende März bis kurz vor der Auslieferung im Dezember waren Mitar-



Peter Mayer, Leiter des Traunsteiner Landkreises-Bauhofs, kann mit neuester Technik den Fuhrparkeinsatz viel besser planen.

Mobidat mit lokalen Wetterdaten:

Bauhof kann besser planen

Reduzierte Umrüstzeiten / Effizienter Fuhrparkeinsatz

Erfahrungen aus der Winterdienstpraxis im Landkreis Traunstein bestätigen, wie nützlich es sein kann, lokale und regionale Wetterdaten umfassend in ein Telematiksystem zu integrieren.

Seit dem Winter 2005/2006 arbeitet der Straßenbetriebsdienst im Landkreis Traunstein mit Mobidat, der Telematikplattform des Raublinger Systemanbieters Mobiworx. Zuvor hatte der Landkreis-Bauhof seine tägliche Einsatzplanung mehr oder weniger auf die überregionale Wettervorhersage in Radio und Fernsehen gestützt. Mit Mobidat steht ihm heute rund um die Uhr eine Fülle aktueller, auf den Landkreis bezogener Wetterdaten zur Verfügung. Der Einsatzleiter braucht nur einen PC mit Internetzugang, um die entsprechenden Informationen abrufen zu können, und kann den Räum- und Streudienst entsprechend gezielt steuern.

Daten aus der Region

Das System sammelt Wetterdaten aus dem ganzen südostbayerischen Raum und stellt sie grafisch dar. Es integriert Meldungen von stationären Glätte-sensoren, Radar- und Satellitenbilder, Wetterdaten des Flughafens Salzburg und einige weitere Quellen. Prognosen für die nächsten Stunden und die kommenden fünf Tage lassen sich ebenfalls abrufen. „Der gesamte Tagesablauf lässt sich damit besser koordinieren“, bestätigt Peter Mayer, Leiter des Landkreis-

Bauhofs. Wenn die Fahrzeuge morgens vom Streudienst zurückkommen, werden sie oft für Tagesaufgaben, z.B. Baumschnittarbeiten, umgerüstet. Bricht tagsüber erneut Schneefall herein, mussten die Mannschaften bisher zum Bauhof zurück und die Lkw wieder für den Streudienst umrüsten. „Mit den Wetterinformationen aus Mobidat weiß ich rechtzeitig, was in den nächsten Stunden vom Himmel kommt. Wir konnten die Umrüstzeiten reduzieren und den Fuhrpark effizienter einsetzen“, bilanziert der Bauhof-Leiter.

Klimatische Herausforderungen

Der Landkreis Traunstein zählt zu den Regionen mit den größten klimatischen Herausforderungen in Deutschland. Unberechenbare Wetterkapriolen überraschen die Straßendienstler Winter für Winter. Im Winter 2005/2006 maß man hier sieben Meter Gesamtschneefallhöhe. An einzelnen Tagen gab es mehr als einen Meter Neuschnee. Nur eine Woche war das Thermometer über null Grad. Rund 6.500 Tonnen Streusalz wurden ausgebracht. Der Landkreis am Alpenrand hat ein Gesamtstraßennetz von 3.000 Kilometern in Höhenlagen von 400 bis fast 1.000 Meter.

Zuwendungsrichtlinien ist es gelungen, den 2004 noch bestehenden Förderberg weitgehend abzubauen. Ein Grund hierfür ist, dass seit 2004 über 120 Millionen Euro für die Förderung von Feuerwehrfahrzeugen und -geräten sowie für die Förderung von Feuerwehrgerätehäusern eingesetzt werden konnten“, sagte Beckstein. Er verwies in diesem Zusammenhang auf das seit einigen Jahren wieder steigende Feuer-schutzsteueraufkommen. Weiterer Grund für die positive Ent-

wicklung ist aber auch, dass die Fördergegenstände reduziert und Festbeträge eingeführt wurden. Ob angesichts der positiven Entwicklung künftig Förderfestbeträge gegebenenfalls erhöht und die Fördergegenstände unter Umständen wieder ausgeweitet werden können, kann erst nach Abschluss der laufenden Evaluierung der Förderrichtlinien entschieden werden. Ziel der Ausgestaltung der Richtlinien zur Feuerwehrförderung ist es, einen neuen Förderstau zu vermeiden.

LADOC

Bärenstark!

Stadtmüllsauger Leichtmüllverdichter

BERTSCHE

www.bertsche-online.de

BERTSCHE KOMMUNALGERÄTE
Hüfninger Straße 47 · 78199 Bräunlingen
Tel. 0771 9235-0 · Fax 0771 9235-30
info@bertsche-online.de
www.bertsche-online.de

Erfassung Übermittlung Auswertung

Merkmale von MOBIDAT:

- ✓ Störungsfreier Dauerbetrieb
- ✓ Einfachste Anwendung
- ✓ Kundenspezifische Auswertungen
- ✓ Weiterverarbeitung der Daten
- ✓ Erfassung sämtlicher Anbaugeräte
- ✓ Günstige drahtlose Datenübertragung
- ✓ Patentgeschütztes System

Starten Sie durch, mit effizienter Betriebsdatenerfassung.

Profitieren Sie von der nutzenbringenden Auswertesoftware. Erstellen Sie verständliche Analysen und Tourenverfolgungen auf Knopfdruck.

Tel. 0 80 35/9 64 63-0 · www.mobiworx.de

Jetzt testen!

Leistungsschau bei der Henne-Unimog GmbH in Heimstetten:

Alles aus einer Hand!

Zahlreiche Kommunalfahrzeuge und -geräte im Vergleich
Der Mercedes-Benz Unimog - eine Fahrzeuggattung für sich

„Alles aus einer Hand“ heißt das Stichwort bei der Henne-Unimog GmbH in Heimstetten. Dass Geschäftsführerin Marion Schoppe und Verkaufsleiter Rainer Partelly in der Lage sind, diesem hohen Anspruch gerade auch im schwierigen Segment Nutzfahrzeuge zu genügen, bewiesen sie mit einer Leistungsschau der Superlative in Heimstetten bei München.

Konzeptarbeit für den Kunden - nicht Verkauf - steht im Vordergrund. Nur durch eine Rundum-Betreuung des Kunden könne man die hohen Qualitätsanforderungen sicherstellen, die letztlich zur Zufriedenheit der Geschäftspartner beitragen und damit letztlich langfristig ge-

ders darauf, dass Motivation und Zusammenarbeit im Team „passen“. Jeder einzelne Mitarbeiter trage mit seiner Motivation entscheidend zum Unternehmenserfolg bei. Nur gemeinsam lasse sich letztlich langfristig erfolgreich arbeiten.

Dass die gute Stimmung im



Das komplette Unimog-Programm wurde präsentiert einschließlich der neuesten Anbaugeräte zum Kehren, Mähen, Mulchen, Kanälespülen und Holzhacken. Es gab Aufbau-Bagger, Ladekrane und Winterdienstgeräte zu besichtigen. Neben den Mercedes-Benz LKWs mit Winterdienstausrüstung wurden der Mitsubishi Canter, der Lindner-Unitrac, der Pfau-Rexter, der Hansa-Schmalspurgeräteträger und der Werner Forstrac gezeigt. □

deihliche Beziehungen sicherstellen, so Frau Schoppe. „Unsere Außendienstmitarbeiter müssen vor Ort die Entscheidungsfindung der Kunden durch eine qualifizierte Beurteilung der vorgegebenen Rahmenbedingungen unterstützen und die Kunden mit allen benötigten Informationen versorgen“, so ihr Anspruch.

Erstklassiger Service

Dienstleistung werde extrem hoch gewichtet. Es gelte das Prinzip, dass Service und Kundendienst nach dem Verkauf so gut sein müssen, dass das nächste Gerät erneut bei Henne geordert wird. Dazu habe man die Werkstätten erstklassig ausgestattet. Denn gerade im Winterdienstesatz in Bayern müssten die Mitarbeiter häufig sehr schnell agieren und reagieren.

Rainer Partelly achtet beson-

der Henne nicht nur vom schönen Wetter an den Tagen der Leistungsschau abhängt, wurde immer wieder spürbar. Die Kunden hatten in aller Ruhe Gelegenheit, sich die Geräte anzuschauen und auszuprobieren. Weil sich zahlreiche Gäste angesagt hatten, mussten dieses mal gleich drei Tage eingeplant werden. Insgesamt beschäftigt die Henne-Unimog GmbH 143 Mitarbeiter an fünf Standorten. Im Großraum München sind es 50. Die Kunden kommen aus Städten und Gemeinden, Landkreisen, Wasserwirtschaftsämtern, Gewerbe und Industrie.

Ein besonderes Augenmerk galt bei der Leistungsschau dem neuen Unimog U 20, der ab 2008 ausgeliefert wird. Durch Orientierung am Markt habe man herausgefunden, dass im Portfolio ein kleiner, wendiger Unimog fehle, so Partelly.

Wo der Allrad-Lkw an seine Grenzen stößt und ein Traktor nicht weiterkommt, ist ein neuer Typ Arbeits- und Zugmaschine gefragt. „Der Mercedes-Benz Unimog definiert Einsatzfähigkeit auf 4 Rädern neu“ heißt es im Prospekt. „Nur er vereint alle Leistungen in einer eigenen Fahrzeuggattung - und bietet Möglichkeiten, die weltweit unerreichbar sind“. Mit Geräteanbau räumen vorn, in der Mitte und hinten - für mehr Flexibilität im Einsatz als bei jedem anderen Fahrzeug. Mit höchster Geländegängigkeit. Und mit Schnellfahreigenschaften für hohes Transporttempo auf der Straße. Das macht den Unimog zum kompromisslosen Profi. In jeder Einsatzsituation. Und auf jedem Terrain.

Der Unimog U 20

Als universeller Geräteträger bis 7,5/8,5 t zulässigem Gesamtgewicht erfüllt der Unimog U 20 perfekt die Bedürfnisse des kommunalen Bauhofs. Er kostet nicht mehr als ein hochwertiger Kommunal-Traktor, besitzt alle Vorzüge eines Allrad-Lkws und die Leistungsreserven eines echten Unimog. Kurz: maximales Einsatzpotenzial über das ganze Jahr hinweg. Zu einem sehr günstigen Preis.

Frontlenker-Fahrerhaus

Der Unimog U 20 ist der kleinste und wendigste Geräteträger in der Klasse 7,5/8,5 t. Mit seinem im Vergleich zum Unimog U 300 um 38 cm verkürzten Radstand erreicht der U 20 einen Wendekreis von nur 12,8 m, meistert mit 2,7 m Gesamthöhe auch niedrige Brückendurchfahrten. Trotzdem bietet er Raum für eine Pritsche von 2,2 m Länge. Beste Voraussetzungen also für den effizienten Ganzjahresinsatz im kommunalen Bauhof.

Das schmale und niedrige Frontlenker-Fahrerhaus aus verzinktem Stahlblech wird in Großserie gefertigt - einer der Gründe für das herausragende Preis-Leistungs-Verhältnis des U 20. Seine weiteren Vorzüge: Es bietet hohen Korrosionsschutz im Winterdienst, wird spielend mit engen Straßenverhältnissen fertig und sorgt mit Sitzposition auf der Vorderachse und gefedertem Fahrerhaus

für angenehmen Fahrkomfort.

Ermüdungsfrei arbeiten

Beim Unimog U 20 ist die Fahrerentlastung ein Prinzip. Das beginnt mit dem bequemen Einstieg vor der Vorderachse, erstreckt sich über die 3 Sitze (serienmäßig) und hört bei der großzügigen Bewegungsfreiheit und der individuell verstellbaren Lenksäule noch lange nicht auf. Die regulierbare Instrumentenbeleuchtung, Fahrer-Informationen-Display und Kombischalter beidseitig der Lenksäule fördern den Bedienkomfort. Ob Fahrtrieb oder Gerätebedienung, auf der Mittelkonsole findet man alle Bedienelemente und Anzeigen auf einen Blick: in logischen Funktionsgruppen, gut erreichbar und leicht verständlich. Hinzu kommt die integrierte professionelle Gerätesteuerung per Joystick

Multifunktionsbox

Hinter das Fahrerhaus passt auf Wunsch auch eine integrierte, abschließbare Multifunktionsbox mit fünf herausnehmbaren Einsätzen zum sicheren Verstauen von Material. So sind Schaufel, Kleingeräte, Schneeketten und weiteres Werkzeug immer griffbereit zur Stelle.

Unschlagbarer Wendekreis

Das kurze Frontlenker-Fahrerhaus und der Radstand von nur 2,7 m Länge ermöglichen einen für Allradfahrzeuge fast unschlagbaren Wendekreisdurchmesser von 12,8 m. Damit und mit seiner Breite von nur 2,15 m kommt der U 20 locker an Stellen, vor denen Lkw und Traktor kapitulieren müssen. In engen Altstadtbereichen ebenso wie auf schmalen Landstraßen. Leichter rangieren, manövrieren und wenden das schafft häufig eine deutliche Überlegenheit gegenüber dem LKW. Damit wird der U 20 ideal für den kommunalen Bauhof und Garten-/Landschaftsbaubetriebe.

Permanenter Allradantrieb

Die serienmäßige Ausstattung mit einem permanenten mechanischen Allradantrieb sorgt für hohe Traktion und Spurtreue, z. B. im Winter. Für maximale Traktion kann man das Längsdifferenzial und die beiden Achsdifferenziale während der Fahrt sperren - einfach per Drehschalter und ohne Zugkraftunterbrechung. Achsen in Portalausführung geben dem U 20 seine herausragende Bodenfreiheit. Damit bewältigt er selbst unwegsames Gelände, auch mit an-



Gut lachen haben Mercedes-Benz-Geschäftsführerin Marion Schoppe und ihr Verkaufsleiter Rainer Partelly. Sie sind ein tolles Team und gemeinsam haben sie im September in Heimstetten eine Leistungsschau auf die Beine gestellt, die keine Wünsche offenließ. Rund um viele wichtige Informationen über den neuen U 20 (im Bild) wurde alles gezeigt, was für die aktuelle Winterdienst- und Fahrzeugplanung wichtig ist. □

oder aufgebauten Geräten. Die Längslenkerführung der Achsen mit integrierten Stabilisatoren bewirkt das spurstabile Fahrverhalten, die geringe Wank- und Nickneigung und die gute Spurstabilität beim Ein- und Ausfedern.

Schraubenfedern und Single-Bereifung

Die progressiv ausgelegten Schraubenfedern mit Teleskopstoßdämpfern verleihen dem schmalen Fahrzeug die größtmögliche Stabilität. Durch die langen Federwege und die große Achsverschränkung haben auch im Gelände jederzeit alle 4 Räder Bodenkontakt.

Im Gegensatz zum herkömmlichen Allrad-Lkw mit Zwillingen-Bereifung an der Hinterachse ist der U 20 einzelbereift. Die Hinterräder laufen in der verdichteten Spur der Vorderräder und bieten so eine hohe Traktion bei geringem Rollwiderstand.

ABS und ALB

Das serienmäßige Anti-Blockier-System fördert die hohe Sicherheit und Fahrstabilität. Es gewährleistet auch bei einseitig glatten Fahrbahnverhältnissen einen spurtreuen und kurzen Anhalteweg und lässt sich, z. B. bei Fahrten ins Gelände, abschalten. Die automatische, lastabhängige Bremskraftregelung (ALB) sorgt - abhängig vom Beladungszustand - für eine gleichmäßige Bremswirkung.

Das voll synchronisierte elektropneumatische Schaltgetriebe (Telligent®) mit bis zu 16 Vorwärts- und 14 Rückwärtsgängen zeichnet sich durch große

Laufruhe, lange Lebensdauer und einen hohen Wirkungsgrad aus und ist perfekt auf die unterschiedlichsten Einsatzbereiche abgestimmt. Die synchronisierte Wendegruppe EQR (Electronic Quick Reverse) erleichtert den schnellen Richtungswechsel, z. B. beim Schneeräumen.

Parametrierbare Bordelektronik

Praktische Grundeinstellungen lassen sich unkompliziert und individuell in der Bordelektronik hinterlegen. Dies bedeutet eine Entlastung des Fahrers in kritischen Fahrsituationen.

Ein Schlüsselement für den hohen Auslastungsgrad des Unimog U 20 ist die leistungsfähige Hydraulikanlage. Das Basispaket besteht aus 2 Hydraulikkreisläufen und ist bereits mit einer Schneepfluggelastung ausgestattet: unentbehrlich für die Steuerung des Schneepflugs oder den Antrieb eines Streuautomaten bzw. Mähgerätes. Darüber hinaus kann ein Kippzylinder für die Kipp-Pritsche ergänzt werden. Das macht die Unimog-Hydraulik zum universellen Helfer bei allen Arbeiten im kommunalen Bauhof - rund ums Jahr.

Einfacher Anschluss

Farblich und numerisch gekennzeichnete Hydraulikkupplungen erleichtern den schnellen Geräteanschluss. Standardisierte Kupplungen machen den Gerätewechsel zum Kinderspiel. Und die Schwimmstellung lässt sich für jedes Ventil einzeln schalten. Ebenso einfach ist die elektrische Steuerung der Hydraulikfunktionen. □



Überraschend kompakt. Verblüffend günstig. Der neue Unimog U 20.

► Außen kompakt, innen geräumig. Groß im Einsatz, günstig im Preis. Der neue Unimog U 20 vereint Gegensätze. Durch und durch ein Mercedes-Benz Unimog. Dabei außergewöhnlich wendig. Und mit einem Gesamtgewicht bis 7,5/8,5 t eigens konzipiert für Kommunen, den Garten-

und Landschaftsbau oder als ideale Ergänzung Ihres Fuhrparks. Lassen Sie sich überraschen - bei Ihrem Unimog-Partner. Der Unimog U 20. Kompakt. Günstig. Echt Unimog.

► Mehr Informationen über den Unimog U 20 erhalten Sie auch unter www.mercedes-benz.com/neuer-U20



Mercedes-Benz

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt
Tel.: 0 94 53/99 11-10, Fax: 0 94 53/99 11-06
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.bassewitz.de

Carl Beuthauser GmbH & Co. KG
Albert-Ruckdeschel-Str. 19, 95326 Kulmbach
Tel.: 0 92 21/5 07-0, Fax: 0 92 21/8 44 81
E-Mail: info-ugv@beuthauser.de
Internet: www.beuthauser.de

Henne-Unimog GmbH
Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten
Tel.: 0 89/12 06 61-00, Fax: 0 89/12 06 61-27
E-Mail: henne-unimog.hst@mercedes-benz.de
Internet: www.henne-unimog.de

KLMV GmbH
Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau
Tel.: 0 92 86/95 11-0, Fax: 0 92 86/95 11-10
E-Mail: verkauf@klmv.de
Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm
Tel.: 07 31/97 56-2 14, Fax: 07 31/97 56-4 10
E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com
Internet: www.wilhelm-mayer.com

Spielplätze für Senioren sind die Zukunft

Noch sorgen die Bilder für verwunderte Blicke, doch schon in naher Zukunft dürften sie zum alltäglichen Geschehen werden: Senioren, die sich auf Spielplätzen vergnügen, schaukeln und sportlich betätigen.

Der erste offizielle Seniorensportplatz in Schöningen (Niedersachsen) zählt seit seiner Gründung 1999 rund 3.000 Besucher pro Saison. Seit Anfang Mai gibt es in Berlin den „Outdoor-Fitnessspielplatz“ im Prenzlauer Park. Auch in Spanien, China und anderen Teilen der Welt stehen und entstehen Spielplätze für Senioren. Ein Trend, der sich im Zuge des demographischen Wandels rasant entwickelt.

Die Koelnmesse nimmt dies zum Anlass, um mit der Fachzeitschrift Freizeit&Spiel einen „Seniorensportplatz“ auf der FSB,

wir haben eine stark wachsende Bevölkerungsgruppe: die Senioren. Zum einen haben sie viel Freizeit, zum anderen wollen und sollen sie sich ihre Gesundheit erhalten. Und für beides eignet sich der Seniorensportplatz.“

Spezielle Programme für Senioren

Ulrich Scheffler von der Lappset Spiel-, Park-, Freizeitsysteme GmbH rechnet vor: „Gemäß aktueller Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Bundesamtes wird die Anzahl der

können möglichst lange ein unabhängiges aktives Leben führen. Dabei ist es wichtig, dass die körperliche Bewegung nach Möglichkeit kostenlos und in der freien Natur erfolgen kann, z.B. auf einem Spielplatz. Aus Angst vor Stürzen oder Verletzungen nimmt die Bewegung der Älteren im Laufe des Lebens ab. Durch gezieltes Trainieren des Gleichgewichtssinns kann das Sturzrisiko verringert und somit auch Kosten für Behandlungs- und Rehabilitationskosten eingespart werden.

Niedrige Einstiegshöhe mindert Angst vor Stürzen

Die Firma Lappset bietet unter diesen Gesichtspunkten eine Produktserie an, die speziell auf die Bedürfnisse von Senioren abgestimmt ist. Mittels abgesenkter Produkthöhen wird der Einstieg erleichtert und die Angst vor gefährlichen Stürzen genommen. Eine Vielzahl von frei kombinierbaren Komponenten ermöglicht das Trainieren der motorischen Fähigkeiten und bietet die Grundlage für verschiedenartige Bewegungsaktivitäten. Selbsternanntes Ziel ist es, Spielplätze zu gestalten, die als Treffpunkt aller Generationen dienen. Eltern und Großeltern sollen gemeinsam mit den Kindern trainieren, sich bewegen und Spaß haben. Somit wird das Miteinander der Generationen gefördert und Senioren verbessern nebenbei ihr Wohlbefinden und nehmen aktiv am Leben teil.“

Vom Trimpfad bis zur Fitnessanlage

Auch andere Hersteller der Spielplatzgeräteindustrie haben die Zeichen der Zeit erkannt. Matthias Biek, Hags-mb-Spiel-idee GmbH: „Wie aus zahlreichen Erhebungen hervorgeht, altert die Gesellschaft in den kommenden Jahren dramatisch, nicht nur in Deutschland, sondern in nahezu allen so genannten entwickelten Volkswirtschaften. In der EU etwa wird in den nächsten 20 Jahren die Gruppe der 60+-Jährigen mit 50% wachsen und die Gruppe der unter 20-

Jährigen um 11%, die Gruppe der 20-59-Jährigen um 6,4% sinken. Anders formuliert reden wir von einem sich langsam abzeichnenden Erdbeben in nahezu allen Bereichen unserer Gesellschaft.“ Mit der „Planet“-Reihe zum Thema Fitness möchte Hags Impulse setzen. Unterteilt in die drei Produktreihen: Hags In Shape - der Fitness- oder Trimpfad für alle Altersgruppen. Hags Gym - die Outdoor-Fitnessanlage für die älteren Nutzergruppen und Hags Workout - die Outdoor-Trainingsanlage für Junge und Junggebliebene wird gezieltes Muskeltraining möglich.

Ein Trend geht um die Welt

Auch in Spanien gehören die Seniorensportplätze bereits zum öffentlichen Bild. Der Unternehmer Fausto Salgado hat die Idee ebenfalls auf einer Chinareise beobachtet und entsprechende Geräte importiert. Den ersten Spielplatz gründete er 2005 bei Madrid. Mittlerweile existieren in Spanien mehr als 40 so genannter „Parque de Mayores“-Parks für Senioren, oder „Seniorensport-Fitnessanlagen“, in denen sich ältere Erwachsene körperlich ertüchtigen können.

Weitere Infos: <http://www.fsb-cologne.de>.

Die FSB 2007 findet vom 31. Oktober bis 2. November 2007 in den Hallen 3, 11.1 und 11.2 der Koelnmesse statt. □

51. Internationale Beleuchtungsaktion 2007

Sicher durch den Herbst

Schmid: Gut beleuchtet mit angepasster Geschwindigkeit

Wegen der früh einbrechenden Dunkelheit ist „gutes Sehen und Gesehen werden“ gerade in den Herbst- und Wintermonaten für die Verkehrssicherheit unerlässlich. Innenstaatssekretär Georg Schmid macht daher alle Kraftfahrer darauf aufmerksam, die Funktionsfähigkeit der Beleuchtung ihres Autos im Rahmen der 51. Internationalen Kraftfahrzeug-Beleuchtungsaktion 2007 überprüfen zu lassen. Die Aktion läuft bis zum 31. Oktober und wird von der Deutschen Verkehrswacht sowie dem Kraftfahrzeuggewerbe organisiert. Kraftfahrzeugbetriebe, Fachwerkstätten und mobile Prüfstationen führen den Licht- und Sichttest von Kraftfahrzeugen meist kostenlos durch. Schmid appelliert zugleich an die Kraftfahrer, ihre Fahrweise den im Herbst veränderten Fahrbedingungen - früh einbrechende Dunkelheit, rutschige Straßen durch Laub und vor allem dichter Nebel - anzupassen und erhöhte Aufmerksamkeit und Vorsicht im Straßenverkehr walten zu lassen. □

der Internationalen Fachmesse für Freiraum, Sport- und Bäderanlagen, zu demonstrieren. Vom 31. Oktober bis 2. November wird dieser in Halle 3.2, Stand A-040/B-041 zu sehen sein.

Nürnberg plant

Spielplätze für Senioren plant auch Nürnbergs 2. Bürgermeister Horst Förther bis Ende des Jahres 2007 in der Frankentropole aufstellen zu lassen. Im Spiegel-Online-Interview sagte er: „Natürlich müssen wir ein besonderes Augenmerk auf die Kinder legen, das ist klar. Aber

Einwohner der Bundesrepublik Deutschland von derzeit ca. 82,4 Millionen bis zum Jahre 2050 auf ca. 69 bis 74 Millionen Einwohner sinken. Die Bevölkerungszahl wird nicht nur weiter abnehmen, es wird auch weniger Kinder und noch mehr ältere Menschen geben, die zudem noch länger leben.“ Viele Städte tragen der demographischen Entwicklung bereits Rechnung, indem sie spezielle Programme für Senioren anbieten, die unter anderem der Stützung und Aufrechterhaltung der körperlichen Fitness dienen. Auf diese Weise bleiben Senioren länger fit und

Liebe zum Kultauto eint alle

„Es ist ein so wunderschönes Auto“, bekannte sich Gitarrenlegende Pete Townshend beim Konzert von The Who vor 44.000 Zuschauern zum VW-Transporter. Das kam gut an auf dem Internationalen VW-Bus-Treffen. Die Kultband und die Bulli-Fans eint die alte Liebe zum Bulli. Aber es gab nicht nur alte Lieben, sondern auch neue bei dem Treffen auf dem Messegelände in Hannover. Und - zumindest eine von ihnen - hätte es ohne den VW-Bus nie gegeben.

Er heißt Bernd und erblickte 1963 in Hannover das Licht der automobilen Welt. Bulli Bernd hatte schon einige Kilometer auf dem Tacho, als sein derzeitiger Besitzer 1985 in Twistringen geboren wurde. Für Ingmar Denker war es Liebe auf den ersten Blick, als er beim Renovieren eines Zimmers ein Poster mit einem VW-Bus fand. Für den Schreiner aus Twistringen war ein Star geboren. 2002 wurde aus dem Traum ein echtes Auto. Ingmar entdeckte Bernd und restaurierte den Wagen drei lange Jahre. Was er da noch nicht wusste: Bernd würde ihn nicht nur zuverlässig von einem Ort zum anderen bringen, sondern auch in sein privates Glück chauffieren. Und das heißt Sandra Bäcker. Die beiden reisten frisch verliebt zum Treff auf dem Messegelände.

Kennen gelernt hatten sie sich über ein Internetforum: „Ich habe dort geschrieben, dass ich ein Bulli-Fan bin“, erzählt die 19-

Jährige. Das war Ingmar Denker nicht entgangen. Er mailte seiner Sandra und nur zwei Wochen später waren sie ein Paar. Händchenhaltend schlenderten sie durch die langen Bulli-Reihen und waren Teil des großen Festes. „Ganz großartig“, fanden sie es. „Ob jung und alt. Das hier ist eine echte Gemeinschaft.“

Echte Gemeinschaft

Und wenn die meisten auch nicht mit einer neuen Liebe beim Treffen waren, die alte Liebe zum Kultauto einte sie alle - ob jung oder alt. Allerdings können nicht alle so weit in die Zukunft planen wie das junge Paar aus Twistringen. Die sind sich sicher: „Zum 100. Bulli-Geburtsstag sind wir wieder dabei.“ Vielleicht bringen sie dann ja eine neue Generation von Fans des Kultautos mit.

Wer beim 100. Geburtstag zum Konzert aufspielen wird, ist noch unklar. Klar war dagegen

beim Treffen 2007, dass es The Who noch immer können, auch wenn die Herren in die Jahre gekommen sind. Roger Daltrey lässt immer noch das Mikrofon an der Schnur kreisen und Pete Townshend spielt die Gitarre nach wie vor mit diesem windmühlenartigen Armschwung. Man kann sich eben verlassen auf The Who. Und das eint sie mit dem Bulli.

Automobile Geschichte

Längst hat das Fahrzeug auto-



VW Typ 2 „Bulli“, Bj. 1967

mobile Geschichte geschrieben. Wenn der Käfer für die Mobilität stand, war der Bulli der Lieferwagen des Wirtschaftswunders. Und ein Wunder ist er auch noch heute. Anlässlich des Internationalen VW-Bustreffens fragte die Zeitschrift Stern ihre Leser: „Können Sie den Bulli-Kult verstehen?“ Die Antwort war mehr als deutlich: 96 Prozent stimmten mit ja. Und so ist der Transporter etwas, das er immer war: Einer für alle. Für den Hippie und den Handwerker, den Bürger und den Bürgerschreck, für Frischverliebte und Familien und als Kommunalfahrzeug. Kult eben. □

Bild: Deutsches Museum

Rosenheimer Landrat empört:

Bahn will kostenlose Fahrradmitnahme streichen

Nicht hinnehmen können und wollen Fremdenverkehrsregionen wie der Landkreis Rosenheim die Ankündigung der Bahn, mit dem aktuellen Fahrplanwechsel keine kostenlose Fahrradmitnahme mehr zu ermöglichen und dies, obwohl der Landkreis diesen Service jährlich mit 10.000 Euro an die Bahn bezuschusst. „Es kann nicht sein, dass auf der einen Seite der sanfte Tourismus mit Bahn und Rad gefördert werden soll und auf der anderen Seite entscheidende Voraussetzungen dafür gestrichen werden“, so Landrat Dr. Max Gimple zu der für ihn völlig unverständlichen Entscheidung der Bahn.

In dem Kündigungsschreiben der Bahn vom 27. September wird die Vorgehensweise vor allem mit Kapazitätsengpässen begründet, was wiederum die sehr hohe Akzeptanz des Angebotes bestätigt. Die Bahn signalisiert zudem keinerlei Gesprächsbereitschaft wie etwa über eine Fortführung unter leicht geänderten Rahmenbedingungen.

Der Rosenheimer Landrat wandte sich daher an den Landkreistag, um gemeinsam Druck gegen das Vorhaben der Bahn auszuüben. Auch die Tourismusverbände Chiemsee und Rosenheimer Land unterstützen den Vorstoß Dr. Gimples, da sie mit dem Wegfall der Fahrradmitnahme Einbußen bei den Übernachtungszahlen befürchten. An die Bahn selbst wurde inzwischen vom Landkreis Rosenheim ein konkreter Vorschlag gemacht. So solle nach Vorstellungen des Landrats doch zumindest auf den für Urlauber interessanten Nebenstrecken der Chiemgau- und Mangfallbahn die Mitnahmemöglichkeiten von Fahrrädern aufrecht erhalten werden.

Immerhin nutzen 45% der Deutschen das Fahrrad im Urlaub. Der durch den Landkreis Rosenheim verlaufende Innradweg steht in der Beliebtheitsskala der Urlauber gleich hinter dem Donau- und dem Mainradwanderweg. „Für unsere Gäste ist die kostenlose Fahrradmitnahme ein entscheidendes Kriterium bei der Wahl des Urlaubsortes. Ein Wegfall dieser Möglichkeit hätte auch wirtschaftliche Auswirkungen auf die heimische Hotellerie und Gastronomie zur Folge“, so Dr. Gimple abschließend.

3,1 Millionen Euro für die Maschinenringe

Die Leistungen der Maschinenringe in den Bereichen soziale Betriebshilfe sowie wirtschaftliche Betriebshilfe und Maschinenvermittlung sind nach den Worten von Landwirtschaftsminister Josef Miller für die bayerischen Landwirte unverzichtbar. Sie werden deshalb nach dem neuen Agrarwirtschaftsgesetz gefördert: In diesem Jahr erhalten die im Kuratorium bayerischer Maschinen- und Betriebshilfsringe zusammengeschlossenen Einrichtungen insgesamt rund 3,1 Millionen Euro.

Wie der Minister bei der Übergabe der beiden Förderbescheide an den Vorsitzenden des Kuratoriums, Leonhard Ost, sagte, hat sich diese bäuerliche Selbsthilfeeinrichtung zu einem erfolgreichen Dienstleister im ländlichen Raum entwickelt. „Sie helfen, Kosten zu senken, Arbeitsbelastungen zu reduzieren, soziale Notlagen zu mildern und zusätzliche Einkom-

men zu erwirtschaften“, so der Minister.

Agrarwirtschaftsgesetz

Nach dem Agrarwirtschaftsgesetz werden laut Miller nur noch die konkret erbrachten Leistungen in der Maschinenvermittlung, der wirtschaftlichen Betriebshilfe und der sozialen Betriebshilfe gefördert. Es sei gelungen, ein unbürokratisches,

nachvollziehbares Fördersystem aufzustellen, das gezielte Ansätze für die unternehmerische Weiterentwicklung der Maschinenringe biete. „Insbesondere werden Leistungssteigerungen und das Engagement der Ringe bei der Verbesserung ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer Effizienz belohnt“, so der Minister.

Die Organisation ist im Freistaat mit 75 Maschinen- und Betriebshilfsringen flächendeckend vertreten. 83 Prozent der bayerischen Landwirte sind Mitglied beim Maschinenring. Die Mitglieder können die wirtschaftlichen Vorteile großer Betriebsstrukturen nutzen, ohne dabei die eigenen bäuerlichen Strukturen aufgeben zu müssen. □

Bundesweit einmalige Aus- und Fortbildung:

70 Jahre Bayerische Waldbauernschule

Ein bundesweit einmaliges Aus- und Fortbildungszentrum feiert 70-jähriges Bestehen: Die Bayerische Waldbauernschule in Kehlheim hat, wie Forstminister Josef Miller bei der Jubiläumsfeier betonte, in den sieben Jahrzehnten mehr als 25.000 Waldbesitzer das für ihre Arbeit notwendige Rüstzeug vermittelt. Heute sei die Schule attraktiver denn je, die Nachfrage steige von Jahr zu Jahr. Seit dem Umzug von Scheuern im Landkreis Pfaffenhofen auf den Goldberg bei Kehlheim hat sich die Zahl der Lehrgangsteilnehmer mehr als verdoppelt. Heuer wird nach Angaben des Ministers wohl erstmals die Marke von 2000 Teilnehmern erreicht.

Das Schulungsangebot der Waldbauernschule wurde nach Angaben von Miller deutlich verändert und erweitert. Nach wie vor absolvieren die Auszubildenden zum Forstwirt im Privat- und Körperschaftswald, die Seiteneinsteiger und die Forstwirtschaftsmeister den überbetrieblichen Teil ihrer Aus- und Fortbildung in Kehlheim.

Zusammenschlüsse

Dem Bedarf entsprechend ausgebaut wurde das Lehrgangsangebot für die privaten Waldbesitzer. Im forstfachlichen Bereich stehen Themen wie Waldbau und Holzverwertung auf dem Lehrplan. Im forsttechni-

schon Bereich werden die fachgerechte Durchführung der Forstbetriebsarbeiten und die sichere Handhabung der Maschinen und Geräte vermittelt. Darüber hinaus begleitet die Waldbauernschule die Forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse auf ihrem Weg zum umfassenden Dienstleister für den Privat- und Körperschaftswald.

In seiner Festrede lobte der Forstminister auch Schulleiter Manfred Schwarzfischer. Er habe mit seinen 26 Mitarbeitern, davon 15 Lehrkräften, hervorragende Arbeit geleistet. Im vergangenen Jahr sei die Schule für ihr Qualitätsmanagementsystem von unabhängigen Gutachtern zertifiziert worden. **dhg.**

Infotag des Energieforums Oberpfalz:

Biomasse und Wärmenetze

Die Oberpfalz als Energieregion positionieren – das ist eines der Ziele des Regionalmarketing Oberpfalz. Um dies zu erreichen, gibt es seit Frühjahr das Energieforum Oberpfalz, bei dem Themen aus verschiedenen Bereichen dieses Segments diskutiert werden und sich Firmen bzw. Anbieter präsentieren können. Das dritte Forum fand am 27. September im Haus am Habsberg statt und widmete sich dem Schwerpunktthema „Biomasse und Wärmenetze“.

Sehr zufrieden mit dem Zuspruch zeigte sich Dr. Wilhelm Weidinger, 1. Vorsitzender des Regionalmarketing Oberpfalz in Ostbayern e.V. „Die Oberpfalz durch Vernetzung aller Kräfte in

ihren Strukturen verbessern“ sieht er als die wesentliche Aufgabe des Regionalmarketings. Im Energiesektor sollten durch das Energieforum die Akteure der Landkreise vernetzt und so

Synergieeffekte geschaffen werden. Aber auch die Vermittlung kompetenter Gesprächspartner im Feld der erneuerbaren Energien soll mit dem Forum erreicht, insgesamt die regionale Wertschöpfung gesteigert werden. Dabei sollen auch konträr diskutierte Fragen wie etwa die Nutzung von Produkten der Landwirtschaft als Nahrungs- oder Energiemittel nicht ausgeschlossen werden.

Beispiel Neumarkt

Die Förderung regenerativer Energien in seinem Landkreis stellte der Neumarkter Landrat Albert Löhner vor. Ein Schwerpunkt liegt hier in der Biomasse-Nutzung. „Damit fördern wir landwirtschaftliche Aspekte und das Geld kann in der Region bleiben“, argumentierte er.

Seit den 90er Jahren mit alternativen Energien befasst sich C.A.R.M.E.N. (Centrales Agrar-Rohstoff-Marketing- und Entwicklungs-Netzwerk e.V.), die in Straubing tätige Koordinations-einrichtung für Nachwachsende Rohstoffe. Dipl.-Ing. (FH) Daniel Miller stellte das Kompetenzzentrum sowie mit ihm zusammenarbeitende Einrichtungen vor und nannte die Klimaproblematik sowie die endlichen Energieträger als Motivation für die Umstellung auf erneuerbare Energien. Anhand vieler Zahlen und Statistiken (Weltenergiebedarf, Mittelabfluss aus der Oberpfalz, Heizöl- bzw. Biomassepreise) sowie verschiedener Argumente zeigte er die Vorzüge von Biomasse auf und gab einen Überblick über die diversen Brennstoffe. Ferner beschrieb er die Abläufe in einem Biomasse-Heizwerk und zeigte Visionen für die Biomassenutzung auf.

Regionaler Brennstoff Holz

Dass der Einsatz regenerativer Energien aus mehreren Finanztopfen gefördert wird, zeigte Gerold Eger, Abteilungsleiter des Bereichs Wirtschaft, Landesentwicklung und Verkehr an der Regierung der Oberpfalz, auf. Die Praxis eines Biomasse-Heizkraftwerkes - also die Planung

und Herstellung von Wärme, Kälte und Strom - verdeutlichte Volkmar Schäfer, Geschäftsführer der in Pfaffenhofen angesiedelten eta Energieberatung. Bei dem von ihm präsentierten Kraftwerk wird Holz aus den regionalen Wäldern verbrannt und mittels einer Dampfturbine zu Strom sowie Wärme und Kälte umgewandelt. Als wichtige Voraussetzung sah er den Faktor, dass Kunden auch ganzjährig Wärme abnehmen. „Das Holz ist ein regionaler Brennstoff, das Geld bleibt also in der Region“, fasste Schäfer zusammen.

Mehr Wertschöpfung aus dem eigenen Wald

Das im November 2006 ans Netz gegangene Hackschnitzelheizwerk im Ortsteil Engelsberg stellte Bürgermeister Peter Braun von der Gastgebergemeinde Lauterhofen vor. Von den 27 Anwesen sind 24 ans Heizwerk angeschlossen, 323.000 Euro wurden investiert, ein guter Teil davon über Fördergelder. Für die Engelsberger sei ein entscheidender Grundgedanke gewesen, „mehr Wertschöpfung aus dem eigenen Wald“ zu erhalten. Mit dem Amt für Ländliche Entwicklung konnte das Projekt in 15 Monaten umgesetzt werden, wobei 5000 Stunden Eigenleistung eingeflossen sind. „Der Bau hat die Dorfgemeinschaft sehr zusammengeschweißt“, zog der Bürgermeister ein positives Fazit und nannte als weitere Faktoren für das Funktionieren die Gewährleistung einer Mindestabnahmemenge Strom einerseits und das Hackschnitzellieferrecht seitens der örtlichen Waldbauern. „Einen Nutzen hat auch unsere Umwelt, 287 Tonnen CO₂ wurden schon eingespart und bis jetzt im Jahr 2007 eine Wertschöpfung von 36.000 Euro erreicht“, bilanzierte Braun.

Besichtigung des Heizwerks

Moderiert von Gero Wieschollek, Regionalmanager der Regina GmbH, konnten die Teilnehmer vertiefende Fragen stellen und die Thematik diskutieren. Im Anschluss standen die Vertreter regionaler Firmen für Informationen zur Verfügung, und auch das Hackschnitzelheizwerk in Engelsberg konnte besichtigt werden. □



Von links: Gerold Eger, Daniel Miller, Landrat Albert Löhner, 1. Vorsitzender Dr. Wilhelm Weidinger, Bürgermeister Peter Braun, Regionalmarketing-Geschäftsführerin Nicole Stelzle, Volkmar Schäfer. Text und Bild: Markus Bauer

Regionales Entwicklungskonzept Hallertau:

Ziele und Visionen

Mit der Vorstellung des Regionalen Entwicklungskonzepts (REK) geht die LAG Hallertau einen weiteren wichtigen Schritt bei der Verwirklichung der Vision, sich auf allen Ebenen zu vernetzen. Das Projektpaket, mit dem sich die Hallertau für das ELER-Förderprogramm bewirbt, enthält 23 Gemeinschaftsmaßnahmen mit einem geschätzten Gesamtvolumen von 8,2 Mio. Euro.

Zentrale Punkte der Entwicklungsbestrebungen sind die Bereiche Wirtschaft, Landwirtschaft, Soziales, Umwelt und Tourismus. „Wir haben eine Vision und klare Ziele, die wir erreichen wollen“, hob Pfaffenhofens Landrat Rudi Engelhard bei der Vorstellung des Konzepts in Fürstentfeldbruck hervor. Begleitet und unterstützt wurde er dabei von den Bürgermeistern Josef Schäch (Wolnzach), Josef Alter (Seisenfeld), Karl Ecker (Au), Dieter Huber (Rohrbach), Konrad Schickaneder (Rudelzhausen) sowie Margarethe Zurek (Tourismusverband Hallertau).

Wichtiges Bindeglied

Die LAG Hallertau ist ein wichtiges Bindeglied zwischen dem bereits bestehenden LAG's Kelheim-Alt- und Altbayerisches Donaumoos. Letzteres bezieht neben Gemeinden aus dem Landkreis Neuburg-Schrobenhausen auch Geroltsbach und Hohenwart aus dem Landkreis Pfaffenhofen mit ein. Um die „Verbindungsfunktionen“ zu verstärken, wirken auch die Landkreise Pfaffenhofen und Freising in der LAG mit.

Im sozialen Bereich geht es z. B. darum, Hauptschulabgänger noch besser zu qualifizieren, damit sie Berufschancen haben. Im Bereich der Landwirtschaft sollen die Initiativen zur besseren Nutzung von Ressourcen noch besser miteinander kommunizieren können. Beim Tourismus ist es das Ziel, bereits vorhandene Verkehrs- und Besucherströme gezielt auf die bereits bestehenden Angebote aufmerksam zu machen, z.B. die vorhandenen Museen, aber auch Wander- und Radwandermöglichkeiten. Auch die Vermarktung regionaler Produkte soll verstärkt in den Fokus rücken.

Neues Selbstbewusstsein

Wie Landrat Rudi Engelhard weiter betonte, sei die Bewerbung des „Hopfenlandes“ der zweite Versuch nach 2003, in ein regionales Förderprogramm aufgenommen zu werden. In den vergangenen Jahren seien gerade in der Hallertau eine Reihe von „identitätsstiftenden Maßnahmen“, verursacht durch die Marketingaktivitäten im Bereich Tourismus, durchgeführt worden. Das neue Selbstbewusstsein spiegelt sich in vielen Firmen-, Hotel- und Produktbezeichnungen, aber auch in der Tatsache, dass sich das Gymnasium in Wolnzach künftig „Hallertau-Gymnasium“ nennen wird. Dies ist Ausdruck einer neuen „Identitätskultur“ der Hallertau, so der Landkreischef.

Ziel ist die Erarbeitung von Lösungen für die vier zentralen Handlungsfelder, um die Hallertau als Standort für die gewerbliche Wirtschaft und die Landwirtschaft zu stärken. Ferner will man die Erholungs- und Wohnsituation verbessern. Bei der Wirtschaftsfunktion geht es z. B. darum, die Pendlerquote zu senken, gemeindeübergreifende Gewerbe- und Industriegebiete zu schaffen und ein gemeinsames Marketing auf die Beine zu stellen. Zudem wird der Nachwuchsförderung in Gewerbe, Handwerk, Handel und Industrie eine wichtige Rolle beigemessen. Bei der Landwirtschaftsförderung heißt die Devise: Produktwerbung für Hopfen und Spargel, alternative Verwendungsmöglichkeiten für das „Grüne Gold“ sowie alternativer Einsatz von landwirtschaftlichen Produkten. Auch spielen der Hochwasserschutz und die Grundwasserschonende Landnutzung eine bedeutende Rolle in den Zielen der LAG.

„Hopfenland Hallertau“

Bei der Naherholung ist vor allem daran gedacht, die kulturelle Identität der Marke „Hopfenland Hallertau“ zu stärken. Dabei geht es in erster Linie darum, die touristischen Höhepunkte, wie die Museen, die Darstellung der Kunst und des Kunsthandwerks sowie die touristischen Routen deutlich hervor zu heben und noch besser überregional zu bewerben. Der Wohnwert soll gesteigert werden durch eine Verstärkung der sozialen Komponente (insbesondere Ausbau der Kleinkinderbetreuung, Unterstützung der Familien, Integration von Neubürgern) sowie eine ambulante Seniorenbetreuung. Ferner ist geplant, die Strukturen des Rettungsdienstes und der Krankenhausversorgung zu festigen.

Aufbruchstimmung

Landrat Engelhard wies darauf hin, dass es auch ein wichtiges Ziel sei, in den Kommunen der Hallertau das „Entwicklungsbewusstsein“ zu stärken und eine „Aufbruchstimmung“ auszulösen, nicht zuletzt mit dem Ziel, der interkommunalen Zusammenarbeit weitere Impulse zu geben. Zwischen den Landkreisen der Hallertau (Pfaffenhofen, Kelheim, Freising und Landshut) habe man auf diesem Gebiet schon sehr positive Erfahrungen gesammelt. Internationale Kontakte im Rahmen einer strukturbezogenen Zusammenarbeit gibt mit es mit Satakunta in Finnland und dem Landkreis Tarnow in Polen. DK



Ministerin Christa Stewens mit Bürgermeister Ludwig Zellner. □

Initiative des Landshuter Bürgermeisters Zellner:

Kostenloses letztes Kindergartenjahr

Bürgermeister Ludwig Zellner verfolgt beharrlich das familienpolitische Ziel, dass für Landshuter Eltern das letzte Kindergartenjahr in der niederbayerischen Bezirkshauptstadt kostenfrei sein soll. Die Bayerische Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Christa Stewens, begrüßte bei einem Meinungsaustausch mit Bürgermeister Ludwig Zellner in München ausdrücklich seine Initiative für Kinder und Familien.

Die für Kinderbetreuung und Kindergärten zuständige Ministerin hält die Übernahme der Elternbeiträge im letzten Kindergartenjahr für einen großen Pluspunkt auf dem Weg zu einer familienfreundlichen Kommune. Christa Stewens und Bürgermeister Zellner waren sich einig, dass die finanzielle Entlastung der Eltern auch bei der Kindertagesbetreuung die Stadt Landshut für junge Familien mit Kindern attraktiv machen würde und dass Familienfreundlichkeit nicht nur mit schönen Worten propagiert, sondern tatsächlich ernst genommen würde. Beide sehen in einem kostenlosen letzten Kindergartenjahr ein deutliches familienpolitisches Signal.

Teil des Wahlprogramms

Gemäß Beratungen der CSU-Stadtratsfraktion soll dieses Ziel ein wichtiger Punkt im Wahlprogramm der CSU für die Stadtratswahlen im März 2008 sein. Ludwig Zellner wird vehement darauf drängen, dass die Stadt Landshut die Elternbeiträge des letzten Kindergartenjahres ab dem neuen Kindergartenjahr im September 2008 übernimmt, gelte es doch, den hohen Stellenwert der Familienpolitik in Landshut tatsächlich zu beweisen. Denn Kinder und Bildung sind eine Zukunftsinvestition und sollten laut Zellner oberste Priorität haben. Dabei soll der städtische Haushalt weiterhin ohne Nettoneuverschuldung auskommen.

Mittelfristig soll der Freistaat Bayern nach Zellners Vorstellungen das letzte Kindergartenjahr, das als Vorschuljahr besonders wichtig ist, für die Eltern genau so wie den Schulbesuch komplett kostenlos machen. Damit seien dann derartige freiwillige Leistungen von Kommunen, die eine Vorbildwirkung und Signalfunktion haben, nicht mehr erforderlich. Die wichtigsten Investitionen

sind Zellner zufolge diejenigen in Erziehung und Bildung. Daher sollen alle Landshuter Kinder die Chance haben, dass ihre Talente bestmöglich gefördert werden. Diese Förderung beginne bereits im Kindergarten.

Kinder haben von frühestem Alter an Neugier, Wissensdurst und Erkenntnisdrang. Frühe individuelle Förderung sei eine wichtige Grundlage für die spätere Entwicklung. Immer mehr Untersuchungen belegten, dass Schulerfolg und frühkindliche Förderung eng zusammenhängen. Deshalb würden bereits im Kindergarten gute Bildungsangebote benötigt. Gerade sozial benachteiligte Kinder seien auf frühe Förderung bereits im Kindergarten angewiesen. Chancengerechtigkeit auch für diese Kinder bedeute, hier gezielt gegenzusteuern.

Ein entscheidender Schlüssel zum Erfolg im späteren Leben ist laut Zellner die Sprache. Weder Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache noch deutsche Kinder mit unzureichenden Sprachkenntnissen dürften in ihrer Entwicklung durch Sprachbarrieren beeinträchtigt werden. Eine intensive Sprachförderung dieser Kinder könne im Kindergarten erfolgen. Dazu sollten aber alle Kinder wenigstens ein Jahr im Kindergarten erleben.

Im Jahr 2006 hat die Stadt Landshut mit 43,9 Millionen Euro die höchste Gewerbesteuerentnahme der Nachkriegszeit verzeichnen können (2002: 8 Millionen Euro, 2003: 8,8 Millionen Euro, 2004: 20,6 Millionen Euro, 2005: 25,5 Millionen Euro, 2007: 28 Millionen Euro eingeplant). Bei solch hohen Einnahmen der Gewerbesteuer ist eine beantragte Förderung für Familien und Kinder bei einer Nettoneuverschuldung Null möglich. Dann aber sollte eine solche Zukunftsinvestition für Familien, Kinder und Bildung erfolgen, meint Landshuts Bürgermeister. □



100 Jahre LEW-Wasserkraftwerk Langweid

Das Wasserkraftwerk Langweid liefert seit 100 Jahren Strom für die Region. Die Lechwerke (LEW) und ihre Tochtergesellschaft Bayerische Elektrizitätswerke (BEW) luden anlässlich dieses Jubiläums zu einem Tag der offenen Tür ein. Auf dem Programm standen unter anderem Führungen durch das Kraftwerk und eine Ausstellung mit historischen Fotos. Die BEW-Kraftwerkstaucher führten ihr Können vor. Das Augsburger Spielmobil unterhielt die kleinen Besucher, die Feuerwehr veranstaltete ein Zielspritzen und ganz mutige Besucher konnten sich an einer Kletterwand versuchen. Infostände von LEW forschule und easy living boten umfangreiches Informationsmaterial an. Vorträge rund um das Thema Wasserkraft rundeten das Programm ab. Das Wasserkraftwerk Langweid gehört zu den 34 Wasserkraftwerken der Bayerischen Elektrizitätswerke GmbH (BEW), einer Tochtergesellschaft der Lechwerke AG. Die BEW erzeugt jährlich rund eine Milliarde Kilowattstunden Strom aus regenerativer Energie und bietet Dienstleistungen in den Bereichen Energie und Umwelt an. □

Regionale Kultur und Geschichte lebendig vermitteln

Die „Jura-WegWeiser“ bieten im Oberpfälzer Jura zahlreiche Führungen

„Wir laden Sie ein, mit uns neue Landschaften und Orte im Oberpfälzer Jura kennen zu lernen und Bekanntes mit neuen Augen zu sehen.“ Mit diesen Worten werben die „Jura-WegWeiser“ auf ihrer Homepage für ihre Aktivitäten. Sie haben sich, dem oft feststellbaren Trend der Zeit entsprechend, zur Aufgabe gemacht, touristische Führungen mit allerlei kreativen Elementen anzureichern und so Brauchtum, Kultur bzw. Geschichte der Orte und der Region, wo sie tätig sind, lebendig und für alle Generationen spannend zu vermitteln.

Die Entstehung der Gruppe Oberpfälzer Natur-, Kultur- und Landschaftsführer ist eng mit dem seit 2002 laufenden Netzwerkprojekt Oberpfälzer Jura - Mensch Umwelt Natur (nepomuk) verknüpft, das sich über die Landkreise bzw. Landschaftspflegeverbände Amberg-Sulzbach, Neumarkt, Schwandorf und Regensburg erstreckte, inzwischen aber auch Teilbereiche der angrenzenden Regionen in seine Arbeit mit einbezieht. Als ein Angebot seines ganzheitlichen Ansatzes hatte „nepomuk“ auch eine Ausbildung zu qualifizierten Gästeführern mit dem Titel „Juradistl-WegWeiser“ im Programm.

Plattform schaffen

Es zeigte sich bald, dass die Kursteilnehmer, die im Sommer 2005 ihre Zertifikate erhielten, ganz unterschiedliche Interessen und Fähigkeiten mitbrachten, die sich zudem gegenseitig gut ergänzten. Kurz nach dem Abschluss der Ausbildung beschloss ein Teil der Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer, sich zu einem Verein zusammenzuschließen, um so die unterschiedlichen Begabungen, Neigungen und Führungsangebote der Gästeführer in ganz verschiedenen Orten und Regionen zu bündeln und eine gemeinsame Plattform zu schaffen.

Breites Angebot

Seit Januar 2006 bilden sie den Verein „Jura-WegWeiser e.V.“ und präsentieren der Öffentlichkeit ein breites Angebot an Führungen. Damit wird außerdem das seit dem Lehrgang bestehende Netzwerk aufrecht erhalten. Mit ihren Natur-, Kultur- und Landschaftsführungen wollen die Jura-WegWeiser ferner das Naherholungsangebot erweitern. Sie sind inzwischen auch Mitglied im Bundesverband

der Gästeführer Deutschland e.V.

Zu den Führungen der Jura-WegWeiser gehören besondere kreative Elemente – ob nun schauspielerische Einlagen, Musik und Tanz oder literarische Aspekte. So erklären beispielsweise zwei (gespielte) Mönche den Zusammenhang zwischen Obst und Bibel, bei einer Brauereiführung wird eine Brauhexe aus dem Mittelalter wieder lebendig, die Geschichte des Rittergeschlechts der Herren zu Laaber veranschaulichen Burgfrauen und -herren in bunten Kostümen von damals oder auch ein Musikant mit Musikstücken, die er - natürlich live - auf Instrumenten jener Jahrhunderte spielt. Die Jura-WegWeiser bieten ein sehr breites Spektrum - von historischen Themen, Natur- und Pflanzenführungen, über Führungen mit Schauspiel bis hin zur Selbstfindung bei geführten Wanderungen zu Fuß, mit dem Rad oder Kanu im Oberpfälzer Jura.

Adressaten

Neben den offenen Angeboten wollen die JuraWegWeiser auch Urlauber ansprechen, darüber hinaus aber auch Firmen oder Gasthäuser, für die Komplettangebote nach deren Wunsch und Bedarf erstellt werden können. Natürlich gehören auch die Schulen zu den Adressaten.

In den Führungen sollen vor allem die Besonderheiten der Region, also des Oberpfälzer Jura, im Mittelpunkt stehen. Neben den genannten Beispielen seien etwa die Führungen „Schäferstündchen - das unvergessliche Erlebnis für Jung und Alt!“, speziell für die junge Generation eine „Heilpflanzenführung für Kinder“ und eine Heilkräuterführung erwähnt.

Die Führungen der Jura-WegWeiser finden im gesamten

Oberpfälzer Jura statt, der den in der Oberpfalz gelegenen Teil des Fränkischen Juras bezeichnet. Er erstreckt sich über den westlichen Teil der Landkreise Amberg-Sulzbach, Neumarkt und



Bei der Brauereiführung der Jura-WegWeiser kommen historische Aspekte wie etwa eine Brauhexe ebenso bildhaft zur Sprache wie der chemische Entstehungsprozess des Gerstensaftes.

„Den Dialog mit dem Ort ermöglichen!“

Ein zeitlich begrenztes Kunstwerk im Raum des Regensburger Donaumarcktes

„Es ist vor allem die Freude, für die Gemeinschaft etwas zu tun.“ Für die Regensburger Künstlerin Regina Hellwig-Schmid ist dies die grundsätzliche Motivation für ihr aktuell laufendes und im Juli 2008 vollendetes Projekt „Perspektivwechsel“. Konkret geht es bei diesem Vorhaben darum, den Teil des Donaumarcktes, auf dem noch Abbruchreste einer früheren Wurstfabrik stehen, in eine Rassenkulptur zu verwandeln. Die vorhandene Geländeform mit den Bauwerksresten wird in frischem Grün aufleben, um die Pflege und den Unterhalt wird sich das Gartenbauamt der Stadt Regensburg kümmern.

Die lange Zeit auf dem Areal bestehende Wurstfabrik Ostermeier war die letzte Nutzung des Geländes. Ausgrabungen haben aber gezeigt, dass hier bereits zur Zeit der Römer und im Mittelalter das Leben pulsierte. Mauerwerke, Hypokausten und Kellergewölbe sind zum Teil noch sichtbar.

Positiv steht auch die Stadt Regensburg dem Vorhaben gegenüber. Einstimmig beschloss der Ausschuss für Stadtplanung, Verkehr, Umwelt- und Wohnungsfragen am 15. Mai 2007 die Teilnahme am Bundeswettbewerb „Entente Florale“.

Ein nicht alltäglicher Teil davon ist die Rassenkulptur „Perspektivwechsel“ von Regina Hellwig-Schmid. Im Untertitel nennt sie ihr Projekt „temporäre Intervention im öffentlichen Raum“. Als eine „grüne Oase“ stellt sie sich ihr Rassenkulpturprojekt vor, das zur Gattung „Installationskunst“ bzw. „Raumgestaltung“ gehört. „Ich habe immer das Bild vor meinem inneren Auge gesehen“, blickt sie auf die Genese des Projektes zurück. Wie ein englischer Rasen, mit absoluter Ästhetik gegenüber dem ruinösen Umfeld, sollte die Skulptur zur Geltung kommen. Es wird ein Unikat sein, denn genau an diesem Ort und unter den Einflüssen von Natur und Wetter wird es sich einzigartig entwickeln. Noch ein weiterer Aspekt ist Regina Hellwig-Schmid wichtig: „Der öffentliche Raum ist immer auch ein Raum in Bewegung, wo es um historische und aktuelle Bezüge geht, die einen Dialog mit dem Ort und dessen Geschichte ermöglichen. Das Abrissgelände mit seiner Architektur, hier seinen Ruinen und Ausgrabungen, macht die Vergangenheit sichtbar und ermöglicht die Verknüpfung künstlerischer Fragestellungen mit gesellschaftlichen Prozessen und politischen Diskursen. Dabei geht es um ein neues Erleben des Erin-

dem nördlichen Landkreis Regensburg sowie Teilen des Landkreises Kelheim. Nach Westen stellen Sulz, nach Süden Altmühl und Donau, und nach Osten das Naab-Tal die natürlichen Grenzen des Gebiets dar. Größere Gewässer in der eher wasserarmen Gegend sind die Lauterach, Vils, die Weiße und Schwarze Laber, sowie mehrere Zuflüsse der Pegnitz. Weitere Informationen unter www.jura-wegweiser.com

Neue Wege im Tourismus im Leinleiertal

Heiligenstadt (fpo) - Der Markt Heiligenstadt in Oberfranken arbeitet intensiv an einem Tourismuskonzept. Ziel ist, die Stärken der Tourismusgemeinde Heiligenstadt in der Fränkischen Schweiz herauszuarbeiten und Marketingmaßnahmen zu entwickeln. Bürgermeister Helmut Krämer hat dazu alle wichtigen Partner an den Tisch geholt.

Tourismusexperten und Praktiker arbeiten seit einem halben Jahr an einer Neuausrichtung im Tourismusbereich im Leinleiertal. Die IHK und Uni Bamberg unterstützen dabei den Markt. Erste Inhalte werden noch im Herbst bekannt werden.

Der Bürgermeister hat Studierende des Praxisprogramms Wirtschaft ins Leinleiertal eingeladen. Das Praxisprogramm Wirtschaft - ein Kooperationsprojekt der Universität Bamberg, IHK-Akademie Oberfranken und des Hochschulteam der Arbeitsagentur Bamberg - bereitet Studierende geisteswissenschaftlicher Fachrichtungen studienbegleitend auf eine Position in der Wirtschaft vor. Zielsetzung ist, insbesondere immer wieder an konkreten Projekten in Wirtschaft und Verwaltung in der Region Oberfranken mitzuwirken.

Fachexkursion

Auf einer Marketing-Fachexkursion konnten sich die Studenten zunächst ein Bild von den zahlreichen touristischen Möglichkeiten in Heiligenstadt und im Leinleiertal machen. Besonders beeindruckten die geologischen Natur-Highlights Trockental, Leinleiterquelle und die zahlreichen naturbelassenen, gut erschlossenen kleineren Nebentäler. Touristisch überzeugend auch die hervorragend ausgedehnten (Themen-) Wanderwege, der durchgehend autofreie Radweg und die ausgedehnten Mountainbike-Strecken durch unberührte Natur.

Rund um Burg Greifenstein wurden bei der Analyse der Markt-, Kultur- und Kunstveranstaltungen die kulturellen Potenziale des Ortes deutlich. Die bereits bestehenden Aktivangebote, z. B. Kletterkurse, Nordic Walking, geführte Rennradtouren, die Einbindung in überregionale Rad- und Marktgemeinderat und ein MTB-Verleih verdeutlichen auch den Wert des Leinleiertales als sportlich-aktiv ausgerichtete Touristikdestination. Abgerundet wurde die Exkursion durch eine kurze Bestandsaufnahme des herausragenden Angebots der Gastronomie- und Hotelleriebetriebe im Leinleiertal.

Nach der Exkursion bearbeiteten die Studierenden - unter der Leitung von Dipl. Kfm. Klaus Göller - in Arbeitsgruppen verschiedene Aufgabenstellungen im

im kommenden Jahr beteiligen wird. Über die Kosten äußert sich Stösser nur sehr vorsichtig. „Den Rasen versucht die Künstlerin über Sponsoren zu finanzieren. Die Verwirklichung und Pflege der Rasenplastik kostet allerdings ein Mehrfaches des Rasenwertes.“

In die Umsetzung wird nach Vorstellung der Künstlerin nicht allein der Boden einbezogen. „In den hügeligen sowie ebenen Bodenbereichen wird Rollrasen verlegt, an den Hausfassaden wird der Rasen mittels Anspritzverfahren auf Erosionsmatten befestigt“, beschreibt sie ihr Vorhaben. Und die verbliebenen aufgerissenen Innenräume sollen spärlich von innen beleuchtet werden.

Ab Oktober wird das Areal für die Aufbringung des Rollrasens aufbereitet. Voraussichtlich im März /April wird der Rollrasen ausgelegt. Die Finanzierung erfolgt zu einem guten Teil über Sponsoren. Die Eröffnung wird voraussichtlich am 2. Juli 2008 sein. **Markus Bauer**

Heiligenstädter Rathaus. Ein Team entwickelte Konzepte für touristische Angebote im „Tal der Leinleiter“.

Das zweite Team machte Vorschläge für Werbe- und Kommunikationsmaßnahmen, um den Bekanntheitsgrad des Markt Heiligenstadt mit seinen touristischen Stärken regional und überregional zielgerichtet zu erhöhen. Nach der Präsentation der Ergebnisse versicherte Bürgermeister Krämer, dass die kreativen Vorschläge der Marketing-Studenten ergänzend in das derzeit laufende Tourismuskonzept einfließen werden. Erste Inhalte des Tourismuskonzeptes werden im Herbst dem Marktgemeinderat und der Öffentlichkeit vorgestellt. Dabei ist geplant, so Krämer, die Bürger, Vereine, Gewerbe und Gastronomie im Heiligenstädter Leinleiertal in offenen Veranstaltungen aktiv einzubeziehen. □

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner
Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Dr. Sabine Schwarz (Berlin)
Brigitte Scherriele (Wirtschaft und Messen)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)
Peter Müller
Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Viktoria Bertele (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-11
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41 vom 01.01.2007

Anzeigenschlußtermin:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende
schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags
und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:
Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Pantaleon Baur feierte 70. Geburtstag

Stellvertretender Günzburger Landrat und 2. Bürgermeister

Freunde nennen Pantaleon Baur „Pantale“. Seit 1966 ist der stellvertretende Günzburger Landrat und Ursberger 2. Bürgermeister im kommunalpolitischen Ehrenamt. Kürzlich konnte er seinen 70. Geburtstag feiern.

Die politische Karriere von Pantaleon Baur begann 1966 im Gemeinderat von Mindelzell.



Pantaleon Baur. □

1972 wurde der Landwirt zum zweiten Bürgermeister gewählt. Dieses Vertrauen wurde ihm dann auch 1978 nach der Eingemein-

dung in den größeren Ort Ursberg übertragen.

Politisches Urgestein

1990 kam Baur in den Günzburger Kreistag. Seit 2002 ist er der erste Stellvertreter von Landrat Hubert Hafner. Kein geringerer als sein Jugendfreund Theo Waigel empfahl das politische Urgestein 1984 für das Amt des stellvertretenden CSU-Kreisvorsitzenden. 23 Jahre lang übte er dieses Amt aus. Wie verwurzelt Pantaleon Baur in der Bevölkerung ist beweisen viele seiner weiteren Ehrenämter u.a. Pfarrgemeinderatsvorsitzender seit 1960, Schöffe am Landgericht (1985 - 1993), Vorstand der Molkereigenossenschaft (1970 - 1996) und Vorstand des Musikvereins (1971 - 1980). Der Freistaat dankte ihm mit der kommunalen Verdienstmedaille in Bronze. **Hans Joas**

Leistungsschau „Get 07“ in Gundelfingen:

„Energiespar-Forum“ mit starkem Echo

Gundelfingen (jdt). Überregionale Beachtung fand bei der „Get 07“, der Leistungsschau Gundelfingen, das „Große Energiespar-Forum des Landkreises Dillingen“. Die vielseitige Sonderschau stand im Mittelpunkt der dreitägigen Ausstellung in der westlichen Stadt des Kreises Dillingen. Den Erfolg, der nicht zuletzt dokumentiert wird durch die eindrucksvolle Zahl von rund 30.000 Besuchern, sicherte ein vielgelobtes Bündnis zwischen der Stadt (mit Bürgermeister Franz Kukla als Schirmherr), der aktiven Wirtschaftsvereinigung mit dem Vorsitzenden Rainer Hönl, dem Ausstellungsorganisator Bernd Böhme (Böhme Event Marketing, Diedorf) und dem Landkreis Dillingen.

Landrat Leo Schrell dankte den Veranstaltern für die hervorragende Einordnung des „Energiespar-Forums“ und die erneut bewährte „Brückenfunktion“ von Gundelfingen zwischen Nord- und Westschwaben sowie dem benachbarten Baden-Württemberg.

Besonderer Magnet

Das Energiespar-Forum in der Halle 1 der „Get 07“ war ein besonderer Ausstellungsmagnet. In Zusammenarbeit mit der „Agenda 21“ des Landkreises gab es vielfältige Energieberatungen für Privathaushalte, Hausverwaltungen und unter anderem auch Kommunen.

Fortgesetzt werden diese

Schwerpunkt-Aktivitäten des Landkreises mit wichtigen Kooperationspartnern. Zu ihnen gehören, mit der „Agenda 21“, die „Initiative Dillinger Land“, Donautal Aktiv e.V., die Bauinnung, die Kaminkehrer-Innung Schwaben-Augsburg, Lechwerke AG, Erdgas Schwaben, das Unternehmen EnBW ODR AG, die BayWa und weitere Partner. Weitere Experten aus Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer und den Geldinstituten helfen mit, die Zukunftsentwicklung zu steuern.

Ein regelmäßiger Beratungsservice wurde im Landratsamt Dillingen eingerichtet an jedem zweiten und vierten Donnerstag des Monats von 14 bis 18 Uhr

(erster Stock, Zimmer 103-104). Erbeten sind vorherige Terminvereinbarungen am Telefon 09071/51-248. Zur Verfügung stehen 19 offizielle Energieberater. Die Koordination der Energieberatung wurde Peter Hurler im Landratsamt übertragen.

Förderprogramme nutzen

Der Dillinger Landrat Leo Schrell steuert selbst vielseitige Aktivitäten im Kreis Dillingen zum bewussten Energiesparen, zum nachhaltigen Einsatz erneuerbarer Energien bei der Strom- und Wärmeerzeugung, zur Modernisierung ineffizienter Heizanlagen und zur gezielten Wärmedämmung von Gebäuden. Die gesamte Bevölkerung - so Schrell - sei aufgerufen, einen aktiven Beitrag zur Reduzierung des klimaschädlichen Ausstoßes von Kohlendioxid und zum nachhaltigen Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu leisten.

Mit Genugtuung registriert Landrat Schrell eine ständig wachsende Aufgeschlossenheit der kommunalpolitisch Verantwortlichen für effiziente Energieeinsparung, den Einsatz von Photovoltaik, Solarstrahlung, Biomasse usw. zur Strom- und Wärmeerzeugung, den Einsatz von Baumaterialien aus nachwachsenden Rohstoffen und zur Nutzung aktueller staatlicher und anderer Förderprogramme.

Landkreis ein „Vorreiter“

Im Blick auf die absehbare Endlichkeit der fossilen Energieträger ist es nach Ansicht von Landrat Schrell und der maßgebenden Kommunalpolitiker im Dillinger Kreistag höchste Zeit für ein anhaltendes Umdenken zugunsten des nachhaltigen Klimaschutzes.

Der Landkreis geht dabei mit gutem Beispiel voran. In den Kreiseinrichtungen werden bei anstehenden Heizungssanierungen Umstellungen auf erneuerbare Energieträger erfolgen. In dieser Richtung wird in absehbarer Zeit auch die Heizzentrale im Landratsamt Dillingen modernisiert.

Und im „Umweltwettbewerb“ des Landkreises Dillingen gibt es zunehmend Ehrenurkunden und Geldpreise für vorbildliche Aktivitäten von Städten, Gemeinden und Privatpersonen zugunsten erneuerbarer Energien. □

re man sich das vorgestellte Achsensystem vor Augen, so sei Amberg hier nicht besonders gut positioniert. Sein Ratschlag: „Wir müssen schauen, dass wir die Kräfte bündeln und nicht noch mehr splitten.“ DK

1000 Jahre Holzheim

„In Holzheim hat sich über die Jahrhunderte hinweg ein Gemeinwesen entwickelt, in dem es sich gut leben lässt; ein Gemeinwesen, das wirklich Heimat im besten Sinne ist; Heimat, mit der sich die Bürgerinnen und Bürger identifizieren und die sie aktiv mitgestalten können“, betonte Innenstaatssekretär Georg Schmid anlässlich des 1000jährigen Jubiläums der Gemeinde Holzheim, Landkreis Donau-Ries.

„Holzheim bietet seinen Bürgerinnen und Bürgern beste Voraussetzungen. Im reichen und vielfältigen Vereinsleben spiegelt sich die tiefe örtliche Verbundenheit wieder, die dem einzelnen gerade in der heutigen Zeit den wichtigen Halt gibt“, so Schmid. Er führte als Beispiel für die gelungene und vorausschauende geplante gemeindliche Entwicklung die bedarfsgerechte Baulandausweisung an, die zu einem gesunden Einwohnerzuwachs beigetragen hat. Durch die Ausweisung eines Gewerbegebietes im Gemeindeteil Pessenburgeheim wurden zudem die Voraussetzungen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung und eine Absicherung der ca. 200 ortsnahen Arbeitsplätze geschaffen. □

GZ

Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Diese blöden Neidhammeleien perlen an mir persönlich ab. Fragt sich nur, ob so was die Wähler beeindruckt?“ Mein Chef, der Bürgermeister, ärgert sich gerade über eine ziemlich perfide Geschichte in der Zeitung, die von seinem Gegenkandidaten bei der nächsten Wahl lanciert wurde.

Es dreht sich um die Frau des Bürgermeisters. Eine patente Gefährtin für ihn, eine liebenswerte Persönlichkeit für die, die mit ihr zu tun haben und eine engagierte „First Lady“ der Stadt, die gerade im sozialen Bereich so manches angeschoben hat, das ohne sie auf halber Strecke liegen geblieben wäre. Allerdings kommt sie aus einer wohlhabenden Familie und entgegnet dem alten Spruch, wonach altes Geld unsichtbar wäre, zeigt sie gerne, dass sie sich Dinge leisten kann, von denen andere nur träumen. Mein Haus, mein Auto, mei-

Land der Neidhammel

ne Yacht, mein Pferd - das ist der Stoff, aus dem alle Jahre wieder Dreck gemischt wird, um auf den Bürgermeister zu werfen. Motto: Die einen pressen, die anderen darben.

Schwer ist es ja nicht, solche Reaktionen bei uns auszulösen. Deutschland ist ein Land der Neidhammel. Es gibt fast nichts, was die Menschen einander nicht missgönnen. Wir nehmen politische Aussagen ernst, wonach man Einkommensobergrenzen für bestimmte Berufsgruppen, etwa Unternehmer, einführen müsste. Die Presse und alle, die es nichts angeht, empören sich, wenn Manager sich einen Bonus für die Trennung von einem Verlustbringer genehmigen. Nur die, die es angeht, finden es ganz in Ordnung, nämlich die Eigentümer, die Aktionäre. Der Aktienkurs steigt.

Ein ganzes Volk auf dem Weg in die Verdammnis? Denn schließlich ist Neid eine Todsünde. Das gesellschaftliche Phänomen der Neidgesellschaft dürfte weniger theologisch zu fassen sein, als soziologisch. Wir haben kollektiv ein tiefes Gefühl für Egalität, vielleicht sogar für Konformität. Wir sind noch nicht in der Gegenwart angekommen.

Der Bundespräsident hat es doch eigentlich in

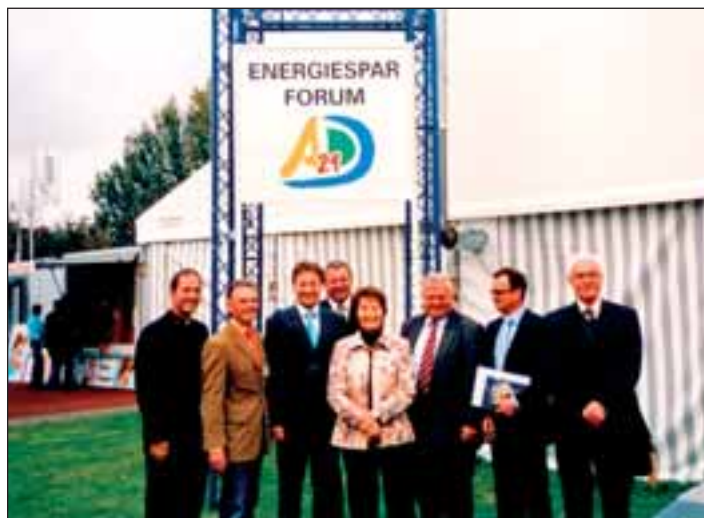
seiner letzten Berliner Rede auf den Punkt gebracht: Es ist nichts Schlimmes daran, wenn einzelne Erfolg haben und es ihnen gut geht. Das Entscheidende ist, dass diese Erfolgreichen dann auch den Geleitzug anführen und alle in dem Sog dieses Erfolgs vorwärts kommen. Erfolg sollte also nicht Missgunst auslösen, sondern den Nachahmungstrieb beflügeln. Der Ehrgeiz sollte darauf gerichtet sein, dem Erfolgreichen nachzueifern und sich nicht darüber Gedanken zu machen, wie man seinen Erfolg schmälern könnte - über Erbschaftsteuer, Reichensteuer oder sonstige Demotivationsinstrumente.

Ich bin davon überzeugt: Würden wir nur annähernd soviel Phantasie, Arbeit und Mühen für die Förderung von Talenten, Anlagen und Ideen der Menschen einsetzen, wie wir aufbringen, um umzuverteilen, Unternehmergeist abzuwürgen und Anreize zur Nichtleistung zu geben, wären wir nicht nur eine wohlhabendere, sondern auch eine harmonischere, zufriedene und in letzter Konsequenz auch sicher eine solidarischere Gesellschaft. Denn das ist natürlich die andere Seite der Medaille: Wer Erfolg hat, zur Elite zählt, der muss auch seine persönliche Verpflichtung erkennen, die er den Schwachen gegenüber hat. Heute kauft man sich durch eine übergroße Steuerlast frei und überlässt alles dem anonymen Vater Staat.

Denken wir an den schwarzen amerikanischen Rockstar, der - selbst aus ärmlichsten Verhältnissen stammend - bekannte, dass sein soziales Engagement begann als er erkannte, dass man eigentlich nur ein Auto fahren kann.

Mein Chef, der Bürgermeister, hat keinen Bock auf Defensive. Er wird seinen Konkurrenten frontal angehen und ihn entlarven: Als einer, der ins Persönliche gehen muss, weil er keine Orientierung hat und dem Erfolg nur platte Missgunst entgegenzusetzen kann. Und er wird sich an dem heutigen Kalenderblatt aufrichten, das die humorvolle Erkenntnis des Quizmasters Robert Lembke verzeichnet: „Mitleid bekommt man geschenkt. Neid muss man sich verdienen.“

The Sabriul



Vor der großen „Visitenkarte“ der attraktiven Sonderschau (von links): Stadtpfarrer Frank Schneider, Ausstellungsorganisator Bernd Böhme, Landrat Leo Schrell, Kulturreferent Stadtrat Walter Hieber, stellvertretende Landrätin Angela Rieder, Bürgermeister Franz Kukla, der Vorsitzende der Wirtschaftsvereinigung, Rainer Hönl, Bundestagsabgeordneter Hans Reidel. Bild: -jdt-

Ostbayern, Österreich und Tschechien:

Neuer Regiopolraum

Mehrere Städte aus Ostbayern, Österreich und Tschechien wollen gemeinsam kommunale Projekte anstoßen und sich so bessere Förderperspektiven in der EU verschaffen. An der in Regensburg vereinbarten Kooperation beteiligen sich neben der Oberpfälzer Bezirkshauptstadt auch Weiden und Deggendorf, Linz aus Oberösterreich sowie Pilsen und Budweis aus Tschechien.

Laut Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger soll eine europäische Modellregion geschaffen werden, die zu dauerhaftem Wachstum verhilft. Schaidinger verfolgt diese Idee seit einhalb Jahren. Ausschlaggebend dafür war die Ausrufung der beiden Metropolregionen München und Nürnberg, was Regensburg vor die Wahl stellte, sich einer der beiden Metropolen anzuschließen. „Dann wären wir das fünfte Rad am Wagen einer der großen Metropolen geworden“, zeigte sich das Stadtoberhaupt überzeugt. Deshalb entschied er sich dafür, das spezifische Profil Ostbayerns als Tor nach Osten in ein eigenständiges Konzept zur Entwicklung eines transnationalen Regiopol-Raums einzubringen.

Gleichwohl stößt der neue Regiopolraum bei Oberpfälzer Städten auf geteiltes Echo. Tirschenreuth würde sich „sehr gern anschließen“, stellte Bürgermeister Franz Stahl fest. Zur Gründung des Regiopolraums

habe er zwar keine Anfrage erhalten, sei aber dennoch sehr interessiert an einer Zusammenarbeit. „Die Kreisstadt Tirschenreuth ist ja in mehrere städtebauliche Maßnahmen eingebunden, beispielsweise bei der Gartenschau ‚Natur in der Stadt 2013‘“, erklärte Stahl.

Keine Interessenkollision

Auch Weidens OB Kurt Seggewiß will der Stadt keine Chancen verbauen. Der Regiopolraum biete eine Möglichkeit, um an dem Potenzial teilzuhaben, das in dieser Region steckt. Seggewiß sieht keine Interessenkollision zur Mitgliedschaft in der Metropolregion. Schon bisher sei die Stadt Weiden Mitglied der Regional Kooperation Oberpfalz/Niederbayern-Pilsen gewesen. „Die Mitarbeit im Regiopolraum knüpfe an diese bestehenden Verbindungen an.“

Ambergs Oberbürgermeister Wolfgang Dandorfer hingegen beurteilte die Konstellation als insgesamt eher schwierig. Füh-

Landkreis Aschaffenburg:

100-Dächer-Programm ein voller Erfolg

Etwas überrascht von der überaus großen Nachfrage nach Photovoltaikanlagen in seinem Landkreis hat sich Landrat Prof. Ulrich Reuter gezeigt. Knapp zwei Wochen nach Start des 100-Dächer-Programms seien bereits die meisten der zur Verfügung stehenden Photovoltaikanlagen verbindlich bestellt gewesen.

Das 100-Dächer-Programm verfolgt den Zweck, der Nutzung der Solarenergie einen zusätzlichen Schub zu geben. Viele potentielle Nutzer scheuen vor dem Einbau einer Photovoltaikanlage zurück, da ihnen die dazu erforderlichen Schritte als zu kompliziert erscheinen. Technische Details der Anlage, das Verfahren mit der Einspeisevergütung und eine in vielen Fällen erforderliche Finanzierung haben manchen Hauseigentümer zurückschrecken lassen.

Mit dem eigens für das 100-Dächer-Programm geschürten Gesamtpaket sollte aufgezeigt werden, dass Einbau und Betrieb einer Photovoltaikanlage mit vergleichsweise geringem Aufwand möglich sind.

Leistungsfähige Partner

Als Partner für das Projekt hatte der Landkreis leistungsfähige Partner gewinnen können. Die Firma SCHOTT Solar, einer der führenden Solaranbieter in Europa und mit Hauptsitz in Alzenau, stellt für das Programm ein zusätzliches Kontingent von 100 Photovoltaikanlagen mit einer Gesamtkapazität von über 400 kWp (Kilowatt/peak) zur Verfügung. „Eigentlich ist unsere gesamte Jahresproduktion 2007 schon komplett verkauft. Es ist uns aber dann doch noch gelungen, die zusätzlichen Panels für das 100-Dächer-Programm noch bereitzustellen“ freut sich auch Michael Schmidt, Leiter des Europavertriebs bei SCHOTT Solar, über die rege Nachfrage.

Sparkasse bietet günstige Finanzierung

Der Vertrieb der Solarstrommodule erfolgt über die Kleinstheimer Firma PV5 Solarconcept. Den Einbau übernehmen dann leistungsstarke Betriebe der beiden Innungen „Elektro- und Informationstechnik Bayerischer Informant“ sowie „Spengler-Sanitär-Heizungstechnik

Aschaffenburg-Miltenberg“. Abgerundet wird das Programm durch ein günstiges Finanzierungsangebot der Sparkasse Aschaffenburg-Alzenau, das unter dem Motto „Zins und Tilgung zahlt die Sonne“ so ausgelegt ist, dass die monatliche Belastung nicht höher ist als die Einnahmen aus der Einspeisevergütung.

Lohnenswerter Einbau

Bis Ende Juni 2007 gab es im Landkreis Aschaffenburg insgesamt 1006 Photovoltaikanlagen mit einer Gesamtleistung von knapp 9500 kW. Mit den zusätzlichen Kapazitäten aus dem 100-Dächer-Programm wird im Landkreis bald die 10 Megawatt-Grenze überschritten werden.

Aber auch wenn das Kontingent erschöpft ist, sind sich alle Beteiligten einig: Auch nach Auslaufen des 100-Dächer-Programms ist der Einbau von Photovoltaikanlagen eine sinnvolle Sache, die sich für alle Beteiligten rechnet - für die Betreiber ebenso wie die Umwelt.

Ziel erreicht

„Unser Ziel, zusätzliches Interesse für die Nutzung der Sonnenenergie zu wecken, haben wir eindeutig erreicht“, zieht Dr. Reuter eine Zwischenbilanz. „Und wir werden uns mit unseren Partnern zusammensetzen und schauen, ob wir im kommenden Jahr ein zweite Runde des 100-Dächer-Programms auflegen können.“ DK

Kommunale Altenhilfekonzepte:

Lebensqualität im Alter sichern

Miltenberger Kommunalpolitiker diskutierten über Modellprojekt des Sozialministeriums

Auf Einladung von Miltenbergs Landrat Roland Schwing trafen sich kürzlich Bürgermeister, Senioren-Netzwerker und Mitglieder der ARGE Wohlfahrt, um über das vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen geförderte Modellprojekt „Kommunale Altenhilfekonzepte für kleine Gemeinden“ zu diskutieren. Modellkommunen im Projekt waren Stegaurach (Oberfranken), Hofkirchen (Niederbayern), Deiningen (Schwaben), Hausham (Oberbayern), Röttingen (Unterfranken, Langenfeld (Mittelfranken), Edelsfeld, Vilseck, Schnaittenbach, Hirschau, Freihung, Hahnbach, Poppenricht, Gebenbach und Freudenberg als Gemeinden der AOVE-Region (Oberpfalz).

Wohnen bleiben oder Wegzug? Aus der Perspektive der Befragten zeigt sich u. a., dass der überwiegende Teil der Befragten am Ort und in seiner Wohnung bleiben möchte. Nur wenige sind bereit, den Ort zu wechseln, wobei hierfür meist persönliche Motive im Vordergrund stehen.

Schlüsselposition

Aus der Perspektive der Gemeinde ist es gerade für diejenigen, die mit schrumpfenden Einwohnerzahlen rechnen müssen, durchaus ein Ziel, den Verbleib der älteren Bürgerinnen und Bürger zu sichern. Dass Schlüsselpersonen wie Architekten und Handwerksbetriebe hier eine besonders wichtige Beratungsaufgabe wahrnehmen sollten, ist hinlänglich bekannt,

aber noch nicht umgesetzt. Allerdings gibt es auch die Hoffnung, dass insbesondere die jüngeren Senioren sich zum Thema Wohnen im Alter mehr Gedanken machen als die ältere Generation.

Hohes ehrenamtliches Engagement

Ein weiteres Ergebnis des Modellprojekts ist, dass in den Gemeinden im ländlichen Raum ein hohes ehrenamtliches Engagement vorhanden ist. Überdies konnte im Rahmen der Befragungen auch eine Bereitschaft zu weiterem Engagement festgestellt werden. Allerdings war man sich in der Diskussion auch einig, dass Projekte, die über das vorhandene Engagement hinausgehen, Anleitung, Führung und Betreuung

benötigen. Dies kann allerdings von den Gemeindeverwaltungen nicht oder nur kaum geleistet werden, weil die personellen Ressourcen zu knapp sind. Auch bereits ehrenamtlich Tätige wie Leiter von Seniorenangeboten sind mit zusätzlichen Arbeiten womöglich überlastet. Professionelle Dienste wie z. B. Sozialstationen könnten dies leisten, aber nur, wenn es in ihr eigenes Tätigkeitsprofil passt. Lösungsansätze bzw. konkrete Maßnahmen zur Weiterentwicklung des ehrenamtlichen Engagements wurden deshalb nur punktuell formuliert.

„Große“ Lösungen

Beispiele hierfür sind die Benennung von (ehrenamtlichen) Ansprechpartnern für Senioren am Ort oder der Aufbau spezieller Sportangebote für Senioren in den bestehenden Vereinen. Wünschenswerte „große“ Lösungen, wie professionell Tätige, die ehrenamtliches Engagement auf- bzw. ausbauen, konnten wegen nicht geklärter Finanzierung und fehlender personeller Ressourcen vor Ort nicht realisiert werden.

Sinnvolle Ergänzung

Die Entwicklung kommunaler Altenhilfekonzepte für kleine Gemeinden ist eine sinnvolle Ergänzung zu der Altenhilfeplanung der Landkreise und kreisfreien Städte, so ein weiteres Ergebnis des Modellprojekts. In allen Modellgemeinden wurden in Bezug auf das „Alter werden“ zentrale Grundbedürfnisse

wie Mobilität, Versorgungsinfrastruktur, Information und deren Zugangswege, Wohnen und soziales Miteinander in der Gemeinde genannt.

Die Referentin der Miltenberger Veranstaltung, Sabine Weng, Leiterin der Koordinationsstelle „Wohnen zu Hause“, hatte die Ergebnisse vorgestellt und betonte in einer anschließenden Diskussion mit den Teilnehmern, dass Altenhilfe mehr als ambulante und stationäre Pflege sei. Es seien deshalb auf Gemeindeebene passgenaue Altenhilfekonzepte notwendig, die das ganze Lebensumfeld der älteren Bevölkerung umfassten.

Teilhabe am sozialen Leben

So zeige sich Lebensqualität im Alter z. B. in der Mobilität der Senioren, durch Barrierefreiheit in der eigenen Wohnung, durch ein Geschäft, eine Bank und einen Arzt in erreichbarer Nähe sowie in den Möglichkeiten, am sozialen Leben teilzuhaben und sich in den Gemeinden einzubringen. Die vor Ort vorhandenen Ressourcen sollten genutzt werden. Entsprechende Akteure gebe es. Notwendig sei es, diese an einen Tisch zu holen, um gemeinsam zu erörtern, was bereits gut laufe und wo in der Gemeinde Bedarf bestehe. Für die konkrete Umsetzung vor Ort bot Sabine Weng Unterstützung an.

Grundbedürfnisse

Stellvertretender Landrat Hermann-Josef Eck freute sich über die große Zahl an Teilnehmern und stellte dabei die besondere Bedeutung von Altenhilfekonzepten auf Gemeindeebene heraus. Diese seien eine wichtige Ergänzung zu den Altenhilfeplanungen der Landkreise und kreisfreien Städte, gehe es doch in Bezug auf das Alterwerden um zentrale Grundbedürfnisse der Bevölkerung in den Gemeinden vor Ort. Aufgrund der demographischen Entwicklung

An der Umweltstation Unterallgäu:

LEW fördert Bildungsprojekt zum Klimaschutz

Mit insgesamt 10.000 Euro fördern die Lechwerke (LEW) Bildungsmaßnahmen zum Thema Klimaschutz an der Umweltstation Unterallgäu in Legau. LEW-Vorstandsmitglied Paul Waning und der 1. Vorsitzende des Fördervereins, Altlandrat Dr. Hermann Haisch, haben hierzu ein Sponsoringsabkommen geschlossen.

Die Unterstützung der Deutschen Waldjugend Legau und der Umweltstation Unterallgäu durch die Lechwerke hat eine lange Tradition. Bereits 1988 wurde mit einer Förderung von LEW eine alte Trafostation in Legau Straß zu einem Tierhotel um- und ausgebaut. Im Jahr 2003 konnte mit Hilfe einer weiteren LEW-Unterstützung eine über 50 m² große Solarthermische Kollektoranlage zur Warmwassererwärmung und Heizungsunterstützung auf dem Multifunktionsgebäude installiert werden. Diese wurde durch den Großbrand am 18.04.2006 völlig zerstört.

Animationsmodell

Mit der nun erneuten Förderung soll die Wärmepumpentechnik in der Region einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt und für diese neue innovative und energieeffiziente Technik geworben werden. Die Umweltstation

in den nächsten Jahren und Jahrzehnten sowie der Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung seien entsprechende Konzepte dringend notwendig und in der Zukunft ein wichtiger Standortfaktor und Wettbewerbsvorteil. Die von den Wohlfahrtsverbänden im Landkreis derzeit geplante, über die Verbandsarbeit hinausreichende Zusammenarbeit im Bereich der Seniorenbetreuung und -pflege könne hierbei ein wichtiger Baustein sein. Eck bat die Gemeinden und anwesenden Bürgermeister, in der Altenhilfe aktiv und tätig zu werden. **DK**

erhält hiermit ein Animationsmodell für ihre Ausstellung. Des Weiteren wird durch eine finanzielle Unterstützung die Bildungsarbeit und hier vor allem die Umweltbildung mit Kindern und Jugendlichen gefördert. Bei der offiziellen Vorstellung des Sponsorprojektes waren neben Dr. Hermann Haisch auch Landrat Hans Joachim Weirather und Markus Grauer, Vorsitzender des Kreisjugendringes Unterallgäu, anwesend.

Impulse für die Region

In seiner Begrüßung ging Altlandrat Dr. Haisch näher auf die Bedeutung der Legauer Einrichtung für die Region ein. Mehr als 16.000 Belegungstage konnten 2006 verbucht werden. Für 2007 sind bereits heute mehr als 120 Gruppen mit über 18.000 Belegungstagen fest angemeldet. Landrat Weirather und LEW-Vorstandsmitglied Waning lobten in ihren Grußworten das Engagement der Umweltstation und hoben die Bedeutung der Umweltbildung für Jugendliche hervor.

FV Geschäftsführer Jürgen Aust führte die Gäste anschließend durch die Einrichtung und stellte das Entwicklungskonzept 2010 vor. Waning zeigte sich erfreut über die traditionsreiche Kooperation zwischen dem Umweltzentrum und den Lechwerken. Beide, so Waning, verfolgten beim Thema Energieeffizienz die selben Ziele. Die Lechwerke engagieren sich als Sponsor beim Sport, in der Kultur sowie bei sozialen Projekten für die Region. **□**

Vorschau auf GZ 20

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 20, die am 25. Oktober erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzen
- Wasserversorgung • Wasserentsorgung
- Fachliteratur
- Rechtsfragen
- Kommunale Repräsentation

LIEFERANTEN-



NACHWEIS

Absperrpfosten



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen



FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
e-Mail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache

Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Inserieren bringt Erfolg!

www.bayerische-gemeindezeitung.de

Aussenmöblierung



- Abfallbehälter
- Absperrpfosten
- Fahrradständer
- Sitzbänke u.a.

Möblierung für Aussen
Max-Eyth-Straße 31/1 - 71364 WINNENDEN
Telefon 07195/693300 - Fax 07195/693333
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen



FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
e-Mail info@fahnen-koch.de



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahradabstellanlagen



Kindergarteneinrichtungen



Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de • www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Schacht-Ausrüstungen



Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk - Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 - D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 - Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen



KOMPAN GmbH
Ralfseisenstraße 11 - 24941 Flensburg
Tel.: 0461-77306-0 - Fax: 0461-77306-35
E-Mail: KOMPAN.gmbh@KOMPAN.com
www.KOMPAN.com

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen



Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de • www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte



Grüninger Straße 1-3 - 71364 Winnenden
Tel. 07195/6905-0 - Fax 07195/690577 - info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

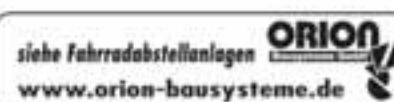
Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst



Gmeiner GmbH
Bgm.-Knecht-Str. 26
D - 92245 Kümmerbruck
Telefon: +49 (0) 96 21 / 76 85-0
Internet: www.gmeiner-online.de
E-Mail: info@gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen



siehe Fahrradabstellanlagen
www.orion-bausysteme.de

Weihnachtsbeleuchtung



deko-jochum
ihr partner für LICHT
postfach 1141
90519 oberasbach

weihnachtsbeleuchtung + fest-illuminationen
telefon: 0911/893965
telefax: 0911/893963
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de



Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (089) 749 949 74